

Arbeiterstimme

Heute und morgen
Menschenverrat unserer Zeitung und Massenwerbung in Stadt und Land unter der Leitung
Vorwärts für die rote Presse!

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdb.

Bezirk Sachsen
Illustration . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 26. November 1932 Nummer 270

Steigert den Massenturm gegen ein neues faschistisches Präsidial-Kabinett!

Heute soll das neue Präsidial-Kabinett gebildet werden . SPD schwenkt in die Isolierungsfront ein . Wir alarmieren die Arbeitermassen . Vorwärts in der kämpfenden Einheitsfront!

Berlin, 26. Nov. (Eig. Draht.)

Der nach dem Scheitern der Besprechungen mit Hitler mit einem Auftrag betraute Zentrum-Vorstand Kuno, hat vielen Auftrag gleichfalls zurückgegeben und Hindenburg die Bildung eines Präsidialkabinetts vorgeschlagen. Heute findet eine interne Sitzung in den Räumen des Reichspräsidentenpalais statt, in welcher die Entscheidung darüber fallen soll, wer die Führung des kommenden Präsidialkabinetts übernehmen soll. Genannt werden an erster Stelle Papen und Neurath.

Gleichzeitig werden auch erneut Schleicher und der ihm unter Papen für die Bourgeoisie bewährte Dr. Bracht als Kabinettsmitglieder genannt. Wie immer ist jedenfalls auch im einzelnen dieses Kabinett auch zusammenlegen mag, eins ist im großen und ganzen zur Zeit schon klar:

Es kommt also ein neues Kabinett Papenischer Prägung. Die Personentage ist für das Proletariat insofern gleich, als

Herrn von Papen gebildet werden. Ein Mann wie Papen wird im Reichstag nie mehr als die Unterstützung der Deutsch-nationalen finden."

Also ein Kabinett ohne Papen wäre für die SPD das neue „kleinere Übel“.

Die billigen Worte des Zentralorgans der SPD sind wohl das Stichwort für die SPD-Presse, um ein Einlenken der SPD in die Isolierungsfront bei den Arbeitern vorzubereiten.

Die Arbeiterklasse wird auf den Fall sein! Sie wird auf ein neues Betrugsmännchen der SPD nicht hereinfallen. Die Arbeiterklasse wird einem neuen Präsidialkabinett in unerschütterlicher Gegnerschaft gegenüberstehen und diesem Kabinett die unüberwindliche kämpfende Einheitsfront aller Werktätigen entgegenstellen.

In dieser Front müssen die hinteren Pläne der Bourgeoisie ebenso scheitern, wie das vergangene Kabinett Papen!

Protest-Demonstrationen in Dresden

Dresden, 26. November.

Wie aus gemeldet wird, fand gestern gegen 17 Uhr eine Protestdemonstration in Dresden-Friedrichstadt, an der sich ca. 300 Arbeiter beteiligten. Hauptgegenstand der Demonstration war die Forderung: Wieder mit dem faschistischen Lohndiktator gegen den Arbeiter-Herrn! Heute mit den 3000 proletarischen politischen Gefangenen! Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen! Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen! Wieder mit der faschistischen Diktatur!

Vor dem GSH-Heim fand die Menge. Ein Redner forderte zum Kampf gegen Hunger und Frost gegen die faschistische Diktatur, für die Herstellung der roten Einheitsfront zum Kampf für den Sozialismus an!

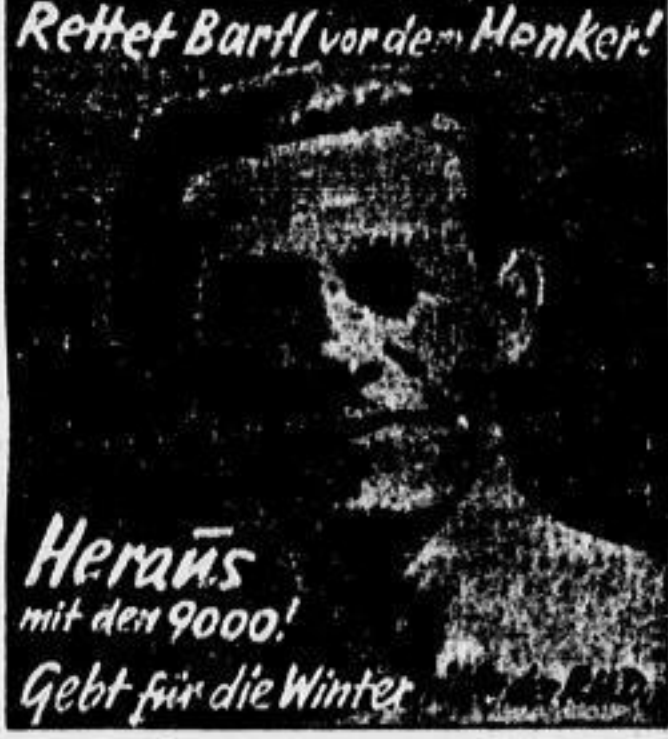
Als die Mitglieder der Polizei ankamen war die begeisterte Kundendemonstration zu Ende. Weiter wird gemeldet, daß in den Abendstunden eine Demonstration von Jungarbeitern in Dresden stattfand. Die mit begeisterten Rufen von der Arbeiterklasse begrüßte die Jungarbeiter rief die Massen zum Kampf gegen

das Lohndiktator an, gegen den Wahlrechtverstoß an der Jungarbeiterschaft und gegen den Bürgerkrieg unter der Fahne des KPD an! Nach Beendigung der Demonstration erschienen in der Nähe des Altmarktes noch wiederholt Sprecher der Jungarbeiter mit den obigen Forderungen.

Auch aus Berlin werden weitere harte Massendemonstrationen in allen Stadtteilen gemeldet, wobei 15 Arbeiter verhaftet wurden.

Polizeilaktion gegen marxistische Arbeiterschule

In den Räumen der marxistischen Arbeiterschule Berlin wurde gestern abend eine große Polizeilaktion durchgeführt, die über zwei Stunden dauerte. Wie die Polizei mitteilt, soll es sich dabei um eine Hausdurchsuchung handeln. Ein Personen wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Ein Teil mußte aber halb wieder freigelassen werden.



Scheinheilige Fensterstecher

Schmutzige sozialfaschistische Mandar, für die sogar ein Arbeiterleben herhalten muß

Dresden, 26. November 1932

Eine notwendige Vorbemerkung

Wer die Geschäfte der letzten Tage aufmerksam verfolgt hat, wird vor allem den massenmäßigen Einbruch der gegenwärtigen Regierungskrise zu erkennen bestritten sein, wird sich nicht der klaren Erkenntnis verschließen können, daß sich alle Parteien und Gruppen im Lager der herrschenden Klasse um die Festigung der faschistischen Diktatur in Deutschland bemühen. Dabei springt vor allem immer wieder jene Eigennützigkeit des deutschen Faschismus ins Auge, die darin zum Ausdruck kommt, daß der Klassenfeind des Proletariats seine Diktatur so zu konsolidieren versucht, daß bei deren weiterer Verschärfung und bei deren weiterer Ausbau aber gleichzeitig einem offenen Ausbruch der revolutionären Bewegung, einer massiven Entfaltung der revolutionären Gegenkräfte möglichst vorgebeugt werden kann.

Aus diesem Bestreben wird auch jene Erklärung Hindenburgs verständlich, mit der er heute die Abgabe an Hitler begründet hat. Es liegt darin beinahe ausschließlich, daß eine von Hitler geführte Diktatur „eine außerordentliche Verschärfung der Gegenkräfte im deutschen Volk“ hervorgerufen würde.

Das kennzeichnet die fürchterliche Angst der deutschen Bourgeoisie vor der Entladung des revolutionären Stoffs im Lande und vor dem Brande, den das Wetterleuchten der kommenden Massenrevolte entzünden könnte.

Die deutsche Bourgeoisie will deshalb die faschistische Diktatur möglichst in einer solchen Weise weiterentwickeln, daß der ihr der schlimmsten Entfaltung revolutionärer Massenrevolte möglichst vorgebeugt werden kann. Darum wählt sie beim Ausbau des weiteren Ausbaus ihrer faschistischen Diktaturmaßnahmen einen solchen Weg, auf welchem ihr die SPD und Gewerkschaftsführer Hindenburg vor den immer entsetzlicher entzündenden und massiver gegen die faschistische Reaktion vorstoßenden Arbeitermassen haben können.

Die sozialfaschistischen Führer brauchen zur Festigung dieser Diktatur immer wieder das Stichwort vom „kleineren Übel“, mit welchem sie die Arbeitermassen zu beschwichtigen und vom Kampfe gegen das für die Arbeiter immer größer werdende faschistische Übel abzulenken versuchen. Im Falle der Realisierung einer Hitlerregierung würde diese Diktatur der SPD-Jünger ungenügend erspart werden.

Diese Zusammenhänge sind nun im Zusammenhang mit dem von den Faschisten betriebenen Versuch, die Arbeitermassen durch die Verhaftung der 9000 politischen Gefangenen zu beschwichtigen, besonders deutlich zu sehen. Die Verhaftung der 9000 politischen Gefangenen ist ein Versuch, die Arbeitermassen durch die Verhaftung der 9000 politischen Gefangenen zu beschwichtigen, besonders deutlich zu sehen.

Das muß man sich aber auch vergegenwärtigen, wenn man die immer wiederholten und jetzt besonders massiven Mandate der SPD beachtet. Darin haben wir eine Warnung vor dem Scheitern der SPD in der Isolierungsfront.

Die „Rote Fahne“ wieder auf 3 Wochen verboten!



Verbotsgründe dürfen nicht veröffentlicht werden. Veröffentlicht werden und müssen wir aber, wie die Arbeiterschaft darauf antwortet.

Unsere Antwort: Verstärkte Presswerbung!

Tausende neue Abonnenten für die „Arbeiterstimme“ und das „Volkswort“ sind tausende neue Kämpfer gegen Unterdrückung unserer Presse, gegen Hunger und Frost, gegen faschistische Diktatur! Deshalb:

Morgen alles heraus zum Großwerbepfad!

Antwort der Bourgeoisie, indem für uns morgen von 17 bis 19 Uhr (Telefon 17350 und 27855) gute Werbergebnisse meldet!

Nächste Woche: Verstärkte Presswerbung in sämtlichen Schreibz.

Die sozialdemokratische Demagogie am das Todesurteil gegen den Arbeiter Partii

Es handelt sich dabei um das Leben des vom Chemnitzer Schlichtungsgericht verurteilten Arbeiters Partii, für dessen Freilassung inwieweit infolge der intensiven Mobilisation der Kommunisten eine breite Massenbewegung entfaltete wurde.

Wenn die Kommunisten darüber hinaus in der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages die in einem Antrag enthaltene Forderung, das Todesurteil an Partii aufzuheben, erhoben haben, so um mit diesem Antrag dem Willen der Arbeiter Kampfbund zu entsprechen und den aus Parteien und Arbeiterwohngemeinden immer häufiger anwachsenden Ruf: "Heraus mit Partii aus dem Kerker!" auch von der Tribune des Parlaments herab zu bekräftigen!

Um so empfindlicher und für die Rolle der Sozialdemokratie begrifflicher ist es, wenn der bisher von ihr gewählte Präsident des Sächsischen Landtages diesen Ruf frontal ablehnt

und zur Begründung dieses schändlichen Tuns den von den Kommunisten gestellten Antrag als "ungültig" und "gegen bestehende Reichsgesetze verstoßend", böhmisch zur Seite legt und nicht zur Beratung zuläßt.

Die sozialdemokratische Presse von gestern gibt diese Ungehörlichkeit und Schamlosigkeit selbst zu, indem sie gesteht, daß "der sozialdemokratische Präsident im Interesse des zum Tode Verurteilten selbst" die Behandlung eines ungültigen Antrages ablehnen mußte. Sie behauptet, daß die Sozialdemokratie nicht die Höhe sozialistischer Erbärmlichkeit, der die bisherige sozialdemokratische Landtagspraxis nicht verweigert hat, sondern die Abweisung des kommunistischen Antrages noch höhneroll damit zu begründen, daß die Kommunisten "überhaupt noch nicht die Forderung auf Behauptung des Antrages in derselben Sitzung gestellt" hätten.

In diesem Satz spiegelt jenes schon oben als schamlos gekennzeichnete Mandat der sächsischen Sozialdemokratie, für das ihr das Leben des Arbeiters Partii recht genug ist.

Was heißt nun dieses Mandat? Es heißt in einem erst kurz vor Beendigung der letzten Landtagssitzung von den Sozialdemokraten in jenem Moment eingereichten parlamentarischen Antrag, in welchem ihr Parteigenosse Wedel den Volksentscheid nicht mehr gesteht.

Es ist in diesem Moment schwingt sich die Sozialdemokratie zu einem unterwürfigsten Appell an die Staatsanwaltschaft auf, das Urteil über Partii "nachzuprüfen". Von der Freilassung Partii ist dabei immer noch keine Rede. Der ganze Antrag ist nichts als eine heuchlerische Geste — und auch dazu schwingen sich die Sozialdemokraten erst auf, weil die Wahlen sich in Bewegung befinden.

Wie aber der Sozialdemokrat sich wenige Minuten zuvor noch im Präsidentenstuhl räkelte, da legte er den konsequenter Antrag der Kommunisten mit einem förmlichen Einwand und mit höhneroller Gedärde zur Seite. Aber

nach andere weit wichtigere Tatsachen trennen die schamhaften Mandat der Sozialdemokratie von dem Leben eines Kampfbundes der Arbeitermassen. So die Tatsache, daß die SPD-Vereine die wegen des Urteils empörten und dagegen zum Kampf entschlossenen Arbeitermassen mit dem Hinweis auf die "Reaktion" und die "wahrscheinliche Beendigung" immer wieder zu besänftigen veruchen.

Im übrigen las man in den sozialdemokratischen Zeitungen bislang nicht eine Zeile des Protestes gegen das Schandurteil oder auch nur eine Zeile der Information über die doch auch breite Kreise sozialdemokratischer Arbeiter erfaßte Protestbewegung.

So hat die Sozialdemokratie die außerparlamentarische Protestbewegung und ihre blühende Steigerung zu wirksamen außerparlamentarischen Aktionen nicht nur verhindert, sondern — wie sie das auch in allen anderen Fällen tat — vor solchen Aktionen durch den immer wiederkehrenden Hinweis auf "Reaktion" und "Wahrscheinlichkeit" verurteilt.

Und schließlich weiß das der Sozialdemokratie nichts mehr nutzt, weil die Welle der außerparlamentarischen Aktionen der Arbeitermassen über den Kopf der sozialdemokratischen Führer hinwegschlägt, versuchen sie durch verstärkte Mandat über die Wucht und die Kraft dieser außerparlamentarischen Kämpfe der Massen zu mindern.

So geht ihnen um eine Plebeie im Sächsischen Landtag.

In dieser Richtung liegt auch die im Zusammenhang mit diesem schamhaften Mandat um die Freilassung Partii entfaltete Hege gegen die kommunistische Partei, durch welche die Sozialdemokraten die Führer der außerparlamentarischen Aktionen der Massen vor diesen brachliegen und in Widerstand zu bringen versuchen.

Darum schreibt Böckel in der gestrigen Dresdner Volkszeitung "Frei und Redlich über ein Neues Verdrängertum der SPD" — über "Kosofans Fliege für die Reaktion" und was es nicht sonst noch alles gibt.

Und was ist das alles? Weil die kommunistische Landtagsaktion bei der Wahl des Landtagspräsidenten für ihren eigenen Kandidaten stimmte. Da infolge der diesmaligen latenten Unterwerfung der Nationalsozialisten unter das Kommando der Hugenberger, in welcher sich die zunehmende Konzentration der sächsischen Rechte der Bourgeoisie äußert, ein Deutschnationaler als Landtagspräsident gewählt wurde, lehnten die Sozialdemokraten dieser in alle Welt hinaus: "Die Kommunisten haben das Präsidium an die Kominternrevolution ausgeliefert".

Wie geht es nun damit? Die Kommunisten haben doch auch bis jetzt ihren eigenen Kandidaten gewählt. Ihre Haltung hat sich also in keiner Weise geändert. Eine Veränderung hingegen ist in den Kreisen der bürgerlich-reaktionären Reaktion in Erscheinung getreten, von der ein Teil dieser die sozialdemokratische Präsidentenwahl im Sächsischen Landtag ablehnt hat.

Denn der sozialdemokratische Landtagspräsident war ja immerhin ein demokratischer Kandidat der sächsischen Reaktion, wie die ganze sozialdemokratische Landtagsaktion infolge der sich am "Juni" empfinden Selbständig als eine eher demokratische Partei und treuer Stütze der Sozialdemokratie.

Wachsende Protestwelle gegen das Schandurteil

Neue Betriebsproteste gegen das Todesurteil

Am Freitag fand eine Belegschaftsversammlung der Werkhals- und Schlossarbeiter des Strubenbahnwerkes Tschandberg, an der ca. 200 Arbeiter teilnahmen. Nach einstimmiger Wahl des Ausschusses der amnestierten SPD-Arbeiter wurde eine Resolution angenommen, in der die Aufhebung des Todesurteils und die Zurücknahme der Strafverurteilung gegen unsere politischen Gefangenen gefordert wird.

Gegen die Stimmen von zwei Nazis nahm die Belegschaft des Sammerles Dresden-Reich eine Protestentscheidung für die sofortige Aufhebung des Todesurteils gegen den Arbeiter Partii an.

Der Betriebsrat der Zigarettenfabrik Bulgaria, Dresden, sowie eine Betriebsversammlung der Firma Stengel & Co. in Dresden forderten ebenfalls in Protestresolutionen, die an das Justizministerium gelangt wurden, die Aufhebung des Todesurteils gegen den Antifaschisten Partii.

Ähnliche Resolutionen wurden in den Betrieben Schlüter und Kreyer in Grimshorn Bennede in Bismark, vom Betriebsrat der Firma Tiede, H.S. Leipzig, der Juche Biergarten 3 in Witten, der Kaserer Thullen 4/8 in Hamburg und dem Gesamtbetriebsrat der sächsischen Arbeiter Bevolass angenommen.

Gewerkschaftler fordern Freilassung Partii

In einer am Donnerstag, dem 21. November stattgefundenen Mitgliederversammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zahlreiche Gewerkschaften wurde einstimmig eine an das Justizministerium gerichtete scharfe Protestresolution angenommen. Der Ortsausschuß des DGBW Jizna, nahm auf Antrag der

Verboten!

Berlin, 20. November 1932. (Eig. Drahtbericht). Seitens der Zentralorgane der KPD, die Rote Fahne, erzwangt auf drei Wochen verboten worden. Verbotgründe dürfen nicht veröffentlicht werden.

Die KPD ist bis 21. Dezember einschließlich verboten worden. Es handelt sich bei der Verbotbegründung um das Schicksal Erich Weiserts: "Der von der roten Partei" in der Ausgabe vom 27. November, in dem eine Straßenschlichtung der Reichswehr erlaubt wird.

Massenproteste aus den Betrieben, Massenwerbung neuer Abonnenten müssen die Antwort sein!

Faschistische Vorstöße gegen proletarische Jugendfeiern

Aus Chemnitz wird uns gemeldet: Am Mittwochnachmittag wurde eine vom Jn-Komitee einberufene Zusammenkunft der Arbeiterkinder, die sich für die Jugendfeier der Jn angemeldet hatten, von der Polizei aufgelöst. An den Zugangstüren zum Versammlungsort stand ein Doppelposten der Landespolsizei, gegenüber dem Lokal ebenfalls ein Posten der Kriminalpolizei. Dem Leiter der Zusammenkunft wurde mitgeteilt, daß den Kindern die Teilnahme an der Zusammenkunft verboten sei und diese sofort das Lokal verlassen müßten.

Das ist nicht der einzige Fall! Wir berichteten vor einigen Tagen bereits, daß der Vörmser Schulrat die Anmeldung an die Lehrer gegeben hat, die Eltern aller derjenigen Kinder zu benachteiligen, die an den proletarischen Jugendfeiern teilnehmen. Die Eltern sollen dafür bestraft werden. Im Zusammenhang mit diesem unerhörten Vorgehen der faschistischen Kulturreaktion

Proteststreiks gegen die Sondergerichtsjustiz

In Chemnitz haben die Arbeiter der Vereinigten Blechmetallwerke einen selbständigen Proteststreik gegen die Urteile der Sondergerichte beschließen. Die 200 Mann starke Belegschaft nahm eine Resolution an, die sofortige Freilassung aller politisch-politischen Gefangenen fordert.

brachte die kommunistische Landtagsfraktion folgenden Antrag ein:

„Die Vollziehbehörden gehen auf Anweisung der Schulbehörden dazu über, die Vorbereitungsfahrer zur Schulentscheidung für nichtreligiöse Kinder zu verhindern oder auszulösen.“

Die Behörden berufen sich dabei auf die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 6. August 1927.

Diese Maßnahmen sind eine unerhörte Mißachtung der weltanschaulichen Freiheit von Proletarierkinder und ihrer Eltern. Wir beantragen deshalb:

- 1. die Behörden sofort angewiesen, die Vorbereitungsfahrer für

in Erscheinung getreten ist. Sogar den Etat, den für die Klassen gewaltige Straftaten und unermessliches Elend bedeutenden Haushaltplan, haben diese sozialdemokratischen Führer der Schiedsregierung bewilligt. Sie haben die Schiedsregierung nicht nur offen toleriert, sondern sind ja selbst — nicht minder auch die Nationalsozialisten — im Apparat der Schiedsregierung verortet. Sogar in jenem Justizapparat, durch den die Arbeiter hinter Gittern verbannt werden, sitzen SPD-Führer, wie der Landesgerichtspräsident Heu, wie der Ministerialrat Schröter, der sogar im Justizministerium sitzt und für die gegen die Arbeiter gerichteten Justizmaßnahmen mit verantwortlich ist.

Und wenn die sozialdemokratische Presse, die bisherige Landtagspräsidentenwahl als "eine Position" nennt, von der aus es möglich war, "den Schrei der gequälten Massen im Landtag ausbrüllen zu verheißt", so erkläre sie mit dieser Behauptung die Höhe des Schandurteils, den wir durch die Freilassung von nur ein paar Tausenden, aus der großen Fülle der Verurteilten Massentragwerk Wedels anprangern wollen:

Als die Kommunisten in der Landtagssitzung am 6. Juli Anwesenheitsurteile einreichten, lehnt Wedel deren Behandlung ab obwohl er bereits gedruckt vorlag. Kommunistische Abgeordnete wurden sogar mit dem Hinweis auf die Verurteilung von 6. Juli durch die Sozialdemokraten

Opposition in seiner Sitzung am Donnerstag, dem 21. November

eine scharfe Entschließung gegen das Chemnitzer Todesurteil erließ, die an das sächsische Justizministerium gelangt wurde. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Seitdem kam es in den Vertikalen der Chemnitzer Jizna in den Abendstunden zu einer Kundgebung gegen das Chemnitzer Todesurteil. Ein revolutionärer Arbeiter protestierte in einer Kampfsprache gegen das Schandurteil gegen Partii. In die Reihen der Kundgebung schlossen sich auch die amnestierten Arbeiter ein.

In Jizna kam es in einer belebten Straße zu einer größeren Kundgebung revolutionärer Arbeiter die in scharfer Protestentscheidung gegen das Chemnitzer Todesurteil und die Freilassung Partii verlangten. Gegenüber der Rüttlerischen Druckerei schlossen revolutionäre Arbeiter in riesigen Lettern eine wirksame Forderung an. Dies ist ein direkt ins Auge springender Appell zur Rettung Partii vor dem Henkerhieb.

Die Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes Jizna nahm eine Protestresolution gegen das Chemnitzer Todesurteil an und fordert vom Vorstand des Verbandes die Einleitung einer Protestaktion.

Eine Konferenz der Gemeinde- und Betriebsarbeiter Jizna, welche das Gewerkschaftsamt Jizna-Mitteln sowie die Jizna-Mittler Betriebsräte forderte ebenfalls die Aufhebung des Todesurteils.

Von den proletarischen Massenorganisationen, aus allen Schichten der Vertikalen laufen täglich in großer Zahl Protestschreiben von Protestresolutionen, die an das sächsische Justizministerium gerichtet sind, ein. So von der KPD Stahleberg, der KPD Jizna, von der roten Fliege Mitteln, von der KPD Dörfels, von sämtlichen proletarischen Massenorganisationen in Königsdorf, vom Kampfband Strickfeld.

Konium-Genossenschaftler für die Freilassung Partii

Seitdem fand eine von der Genossenschaftsopposition einberufene Versammlung der Vertikalen der Jizna am 11. und 12. des Monats in Dresden statt. Nach hier wurde eine Entschließung auf sofortige Freilassung Partii angenommen. Nur der reformistische Vertreter Wagner blühte dagegen.

Eine am Mittwoch abendende Konferenz der Gewerkschaften Jizna, Chemnitz und Umgebung forderte ebenfalls die sofortige Freilassung Partii und gelobt, alle Kräfte einzusetzen im Kampf gegen das Todesurteil, für die Beizahlung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Nicht nur in der Organisation des Massensturms gegen dieses schändliche Schandurteil mobilisiert die gesamte Arbeiterkraft zu Massenprotesten und außerparlamentarischen Protestaktionen. Der Arbeiter Partii darf nicht getötet werden! Die Einheitsfrontaktion aller Arbeiter allein ist imstande, den Henker und der sächsischen Diktatur in den Arm zu fallen.

Schulentscheidungsfeiern von nichtreligiösen Kindern in Jizna

Welle zu verhindern; 2. die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 6. August 1927 sofort zurückzuziehen.

Kennet immer frecher erhebt die faschistische Reaktion ihr Haupt. Die Arbeiter müssen diese faschistische Reaktion schlagen, indem sie in Massen Protestaktionen organisieren und alle revolutionären Arbeiter gegen diese furchtbaren Vorstöße des Faschismus mobilisieren.

Neue ungeheuerliche Zuchthausurteile

Bamberg, 26. November. (Eig. Drahtbericht). Vor dem Erlanger Sondergericht wurde am Mittwoch ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen drei Arbeiter und eine Arbeiterfrau gefällt, die bei der Verteidigung des Streiks in der Jutefabrik in Bamberg im September Zulassung für die Streikführer hatten. Zwei Arbeiter erhielten je ein Jahr Zuchthaus für die Verteidigung des Streiks gegen Zuchthaus, ein Arbeiter drei Monate und die Arbeiterfrau einen Monat Zuchthaus.

Das Sondergericht in Gladbach-Khrendt verurteilte am 23. November gegen einen Reichsbannerarbeiter wegen Landfriedensbruchs. Die Nazis waren an dem Gericht, in dem er arbeitete, vorbeisitzend und prozessierten ihn. Es kam zu einem Zusammenstoß. Das Gericht verurteilte den Reichsbannerarbeiter auf Grund der Rotverordnungen Hinderburgs 18 Jahren Zuchthaus!

Auch mit dergleichen Schandurteilen kann die Bourgeoisie den Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsgewalt gegen den Faschismus nicht unterdrücken. Immer lechter schließt sich die Einheitsfront, immer breiter und mächtiger werden ihre Reihen. Im revolutionären Massenkampf wird die Einheitsfront aller Arbeiter Klassenjustiz, Sondergerichte und faschistische Diktatur hinwegjagen!

Schulentscheidungsfeiern von nichtreligiösen Kindern in Jizna

Welle zu verhindern; 2. die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 6. August 1927 sofort zurückzuziehen.

Kennet immer frecher erhebt die faschistische Reaktion ihr Haupt. Die Arbeiter müssen diese faschistische Reaktion schlagen, indem sie in Massen Protestaktionen organisieren und alle revolutionären Arbeiter gegen diese furchtbaren Vorstöße des Faschismus mobilisieren.

Neue ungeheuerliche Zuchthausurteile

Bamberg, 26. November. (Eig. Drahtbericht). Vor dem Erlanger Sondergericht wurde am Mittwoch ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen drei Arbeiter und eine Arbeiterfrau gefällt, die bei der Verteidigung des Streiks in der Jutefabrik in Bamberg im September Zulassung für die Streikführer hatten. Zwei Arbeiter erhielten je ein Jahr Zuchthaus für die Verteidigung des Streiks gegen Zuchthaus, ein Arbeiter drei Monate und die Arbeiterfrau einen Monat Zuchthaus.

Das Sondergericht in Gladbach-Khrendt verurteilte am 23. November gegen einen Reichsbannerarbeiter wegen Landfriedensbruchs. Die Nazis waren an dem Gericht, in dem er arbeitete, vorbeisitzend und prozessierten ihn. Es kam zu einem Zusammenstoß. Das Gericht verurteilte den Reichsbannerarbeiter auf Grund der Rotverordnungen Hinderburgs 18 Jahren Zuchthaus!

Auch mit dergleichen Schandurteilen kann die Bourgeoisie den Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsgewalt gegen den Faschismus nicht unterdrücken. Immer lechter schließt sich die Einheitsfront, immer breiter und mächtiger werden ihre Reihen. Im revolutionären Massenkampf wird die Einheitsfront aller Arbeiter Klassenjustiz, Sondergerichte und faschistische Diktatur hinwegjagen!

Schulentscheidungsfeiern von nichtreligiösen Kindern in Jizna

Welle zu verhindern; 2. die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 6. August 1927 sofort zurückzuziehen.

Kennet immer frecher erhebt die faschistische Reaktion ihr Haupt. Die Arbeiter müssen diese faschistische Reaktion schlagen, indem sie in Massen Protestaktionen organisieren und alle revolutionären Arbeiter gegen diese furchtbaren Vorstöße des Faschismus mobilisieren.

Neue ungeheuerliche Zuchthausurteile

Bamberg, 26. November. (Eig. Drahtbericht). Vor dem Erlanger Sondergericht wurde am Mittwoch ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen drei Arbeiter und eine Arbeiterfrau gefällt, die bei der Verteidigung des Streiks in der Jutefabrik in Bamberg im September Zulassung für die Streikführer hatten. Zwei Arbeiter erhielten je ein Jahr Zuchthaus für die Verteidigung des Streiks gegen Zuchthaus, ein Arbeiter drei Monate und die Arbeiterfrau einen Monat Zuchthaus.

Das Sondergericht in Gladbach-Khrendt verurteilte am 23. November gegen einen Reichsbannerarbeiter wegen Landfriedensbruchs. Die Nazis waren an dem Gericht, in dem er arbeitete, vorbeisitzend und prozessierten ihn. Es kam zu einem Zusammenstoß. Das Gericht verurteilte den Reichsbannerarbeiter auf Grund der Rotverordnungen Hinderburgs 18 Jahren Zuchthaus!

Auch mit dergleichen Schandurteilen kann die Bourgeoisie den Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsgewalt gegen den Faschismus nicht unterdrücken. Immer lechter schließt sich die Einheitsfront, immer breiter und mächtiger werden ihre Reihen. Im revolutionären Massenkampf wird die Einheitsfront aller Arbeiter Klassenjustiz, Sondergerichte und faschistische Diktatur hinwegjagen!

Schulentscheidungsfeiern von nichtreligiösen Kindern in Jizna

Welle zu verhindern; 2. die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 6. August 1927 sofort zurückzuziehen.

Kennet immer frecher erhebt die faschistische Reaktion ihr Haupt. Die Arbeiter müssen diese faschistische Reaktion schlagen, indem sie in Massen Protestaktionen organisieren und alle revolutionären Arbeiter gegen diese furchtbaren Vorstöße des Faschismus mobilisieren.

Neue ungeheuerliche Zuchthausurteile

Bamberg, 26. November. (Eig. Drahtbericht). Vor dem Erlanger Sondergericht wurde am Mittwoch ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen drei Arbeiter und eine Arbeiterfrau gefällt, die bei der Verteidigung des Streiks in der Jutefabrik in Bamberg im September Zulassung für die Streikführer hatten. Zwei Arbeiter erhielten je ein Jahr Zuchthaus für die Verteidigung des Streiks gegen Zuchthaus, ein Arbeiter drei Monate und die Arbeiterfrau einen Monat Zuchthaus.

Neuer Milliarden-Tributraub droht!

Die Vereinigten Staaten fordern Kriegsschuldenzahlung — Sprengung des Lausanner Abkommens — Katastrophale Verschärfung der Weltwirtschafts Krise und der imperialistischen Gegenläufe

Washington, 24. November. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, hat eine Erklärung veröffentlicht, daß die bestehenden Schuldenabkommen zwischen Amerika und den europäischen Ländern revidiert werden müssen. Die Schuldnerstaaten hätten in ihren Besuchen keine ausreichende Begründung für einen Zahlungsausschub gegeben. Die Vereinigten Staaten verlangen, daß die am 18. Dezember fällige Schuldensumme abgeführt werde. Amerika würde die Lage derjenigen Länder (gerne ist zweifellos England), deren Währung entwertet ist, bei der Schuldenszahlung berücksichtigen.

Das englische Regierungsjournal, die „Times“, erklärt im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Schuldennachlasses durch die Vereinigten Staaten, die Folge dieser amerikanischen Haltung werde sein, daß die englische Währung weiter sinken würde. Das Blatt droht offen mit einer Sprengung des Lausanner Abkommens und schreibt: „Am ernstesten werden die Auswirkungen auf das Lausanner Abkommen ist davon abhängig gemacht worden, daß die Schuldner zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung mit Amerika gelangen. Da sich diese Forderungen nicht erfüllen, so kehrt man wieder zu einer Lage zurück, wie sie reichlich vor Ablauf des Lausanner Abkommens bestand.“

Auch die französische Presse erklärt klar und eindeutig, daß nun keine Rede von einer Ratifizierung des Lausanner Abkommens sein könne.

Wir zeigen den Ausweg aus Katastrophe und Tributneuschicht

Welche Gründe führten zur Ablehnung des Schuldennachlasses durch die Vereinigten Staaten?

1. Die würgende Hand der kapitalistischen Krise, die immer weiter fortschreitende Zerrüttung des Finanzsystems und der Vereinigten Staaten macht es dem amerikanischen Imperialismus immer schwieriger, auf die Zahlung der Kriegsschulden zu verzichten oder auch nur Zusicherungen an seine Schuldner zu machen. In dem gleichen Augenblick, wo Frankreich und England einen Rückhalt ihrer Schulden verlangen, hebt sich der amerikanische Imperialismus einem Milliardenbestritt im Staatshaushalt gegenüber, wächt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten von Monat zu Monat, geht die Produktion der entscheidenden Industriemaschinen in katastrophalem Ausmaß zurück.
2. Der amerikanische Imperialismus verläßt durch seinen Schritt die sich anbahnende Einheitsfront der Schuldnerstaaten zu zerschlagen und einen Schuldner gegen den anderen auszuspielen. Nichts anderes bedeutet es, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, daß sie mit den Schuldnern nur einzeln verhandeln wolle und bereit sei, die Länder, deren Währung entwertet ist, entsprechend zu berücksichtigen.
3. Die Vereinigten Staaten benutzen ihre Machtposition als Quasibank der europäischen imperialistischen Mächte zu einer Entfaltung ihrer Position in der Frage des Mandchurien-Konfliktes und des Kampfes um die Vorherrschaft am Südpazifik. In dem Washington insbesondere dem französischen Imperialismus den Wechsel zur Zahlung seiner Kriegsschulden überträgt, läßt es auf Frankreich den härtesten Druck mit dem Ziel einer Zerrüttung des japanisch-französischen Bündnisses aus. Schon diese Tatsache zeigt, wie eng die Kriegsschuldenfrage mit dem Ausbruch des imperialistischen Krieges zusammenhängt.
4. Im Kampf um die militärische Überlegenheit zwischen den imperialistischen Mächten benutzt der amerikanische Imperialismus seine Glaubwürdigkeit zur Durchsetzung seiner Kältenspläne. Diese Pläne haben nichts zu tun mit einer Abrüstung, sondern sollen lediglich die Überlegenheit der Vereinigten Staaten gegenüber ihren imperialistischen Rivalen sichern.

Die unangenehme Haltung des amerikanischen Imperialismus in der Kriegsschuldenfrage, selbst erzeugt durch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise, hat eine weitere Verschärfung der Weltwirtschaftskrise zur Folge. Der englische Imperialismus läßt offen mit einer Verstärkung des Inflationsturms, mit einem neuen Sturz des Pfund-Sterlings. Die Silber-

reisen-Prophezeiungen, die man noch vor wenigen Wochen von allen amtlichen und nichtamtlichen „Sachverständigen“ des kapitalistischen Systems vernahm, wo sind sie geblieben? Verhängter Kampf um die Abkämpfung, weitere Zerrüttung des Finanzsystems der kapitalistischen Staaten, Steigerung aller imperialistischen Gegenläufe, Kenausschaltung der Tributfrage, das ist von diesen verlogenen Prophezeiungen übriggeblieben.

Das Lausanner Abkommen, von den kapitalistischen Regierungen sowohl Deutschlands, wie Frankreichs und Englands und ihren sozialdemokratischen Parteien als „Lösung der Reparationsfrage“ gepriesen, kann heute schon als gesprengt angesehen werden. In Lausanne, wo dem wertvollen deutschen Volk erneut drei Milliarden Tribute auferlegt wurden, haben die Verfallener Mächte unter Mitwirkung des deutschen Imperialismus ein Abkommen getroffen, daß der Lausanner Vertrag nur dann Gültigkeit habe, wenn die Tributmächte zu einem entsprechenden Abkommen mit den Vereinigten Staaten gelangen. Die Regierungspresse der Verfallener Mächte erklärt heute schon offen, daß angeht die amerikanische Haltung des Lausanner Abkommens ungültig sei. Und der französische Imperialismus fügt hinzu, daß er nur dann keine Kriegsschulden bezahlen werde, wenn er von Deutschland Repa-

tationen erhalte. Ob der Young-Plan gesprengt wurde, sagt man seit drei Jahren. Unter den Umständen der verschärften Weltwirtschafts Krise genügen wenige Monate, um das Lausanner Abkommen zwischen den imperialistischen Mächten zu sprengen. Es gibt keine klarere Festlegung als diese Tatsache für die Einschätzung des G.A.Z.-Plenums, daß die Konferenz in Lausanne nicht dazu beigetragen hat, die Gegenläufe zwischen den imperialistischen Mächten auszuklären.

Die unmittelbare Folge der Kenausschaltung der Kriegsschulden und Tributfrage wird eine weitere Verschärfung der deutsch-französischen Gegenläufe, eine Verschärfung des Druckes Frankreichs auf Deutschland sein. Der französische Imperialismus hat es in der Hand, den in Lausanne beschlossenen Zahlungsausschub aufzuheben und die sofortige Zahlung des fälligen Tribute zu fordern. Aber selbst, wenn es „nur“ zu einer neuen Tributkonferenz kommt, so drohen die schwersten Gefahren für die deutschen Verfallenen, denn es ist ohne weiteres klar, daß neue imperialistische Abmachungen nur eine Verschärfung der Tributneuschicht bringen können.

Wo ist der Weg aus der drohenden Katastrophe und aus der würgenden Tributneuschicht? Mit jedem Tag wird es den wertvollen Deutschen klarer, daß die Politik der deutschen Bourgeoisie, die Politik der Sozialdemokratie und der Kassa zur unenträglichsten Steigerung der Sklaverei des deutschen wertvollen Volkes führt. Immer neue Hunderttausende erkennen, daß der einzige Ausweg aus der Tributneuschicht, aus den drohenden imperialistischen Kriegskonflikten, aus Elend und Not der Kommunisten ist. Wir wollen uns eins mit den wertvollen französischen, englischen, amerikanischen und aller Länder im gemeinsamen Kampf gegen die Tribute und Kriegsschulden, gegen den drohenden imperialistischen Krieg. Diese unüberwindliche internationale Front unter Führung der kommunistischen Parteien ist die einzige Kraft, die imstande ist, durch ihren gemeinsamen Kampf die Gefahren, die den wertvollen Deutschlands und der anderen Länder drohen, abzuwenden. Nicht mit Verfallenen! Nicht mit den Tribut! Nicht mit den kapitalistischen Machthabern, die das Volk in die Katastrophe treiben! Die Lösungen des Kommunismus werden immer mehr zum Gemeingut der Millionenmassen der Wertvollen in Deutschland und in allen kapitalistischen Ländern!

Erfolg der Sowjet-Friedenspolitik

Sowjetisch-polnisches Schlichtungsabkommen unterzeichnet — Sowjetunion, Hort des Weltfriedens

Moskau, 24. November. Im Außenministerium wurde gestern das sowjetisch-polnische Schlichtungsabkommen unterzeichnet, das einen Teil des Nichtangriffsvertrages bildet, der am 23. Juni in Moskau unterzeichnet wurde. Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens, die einen Erfolg der sowjetischen Friedenspolitik der Sowjetregierung bedeutet, rückt auch der Zeitpunkt näher, wo der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Polen ratifiziert wird.

Die unerwünschte Friedenspolitik der Sowjetunion und die anwachsenden imperialistischen Schwierigkeiten Polens haben die polnische Bourgeoisie gezwungen, den sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes anzunehmen, um auf diese Weise die Möglichkeit zu haben, von der Sowjetunion Aufträge für ihre demoralisierende Inaktivität zu erhalten. Die Friedenspolitik der Sowjetunion wurde unterstützt durch den Kampf der polnischen

Wertvollen gegen die Kriegspläne des polnischen Imperialismus. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes und des Schlichtungsabkommens zwischen Polen und der Sowjetunion bedeutet in keiner Weise eine Kapitulation der Kriegsgefahr, in welcher das sozialistische Arbeitervolk nach wie vor kämpft. Die ganze Vergangenheit hat bewiesen, daß die imperialistischen Staaten keinen Augenblick zögern, eingegangene Abmachungen zu verletzen.

Sofar, 24. November. Nachdem der rumänische Außenminister Titulescu, ein Vertrauensmann des Deutschen Reiches und einflussreicher Finanzkapitalistischer Kreise Frankreichs, aus dem wachsenden gegen den Widerstand eines sowjetisch-polnischen Nichtangriffspaktes intrigierte, verständete er in der gestrigen Parlamentssitzung, daß die rumänische Regierung die Verhandlungen über den Nichtangriffspakt einseitig abbrechen

ILLEGAL

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

7. Fortsetzung

Trotz dem strengen Verbot der Versammlungen, trotz den wütenden Verfolgungen der Polizei und Gendarmen, die eine förmliche Jagd nach allen revolutionären Genossen machten, gelang es doch, zwei Meetings bis zu Ende durchzuführen, an denen ungefähr zweihundert Menschen teilnahmen.

Die im April geführte Organisation in Datschik und in den anderen Bezirken Obdass war im besten Falle dazu fähig, Streiks durchzuführen, Demonstrationen, illegale Meetings, Massenversammlungen, Propaganda-Zirkel, im gewissen Maße auch den sogenannten „Selbstschutz“ zu organisieren, jedoch zur Durchführung eines bewaffneten Kampfes, besonders aber zur Ausübung der Aufgabe des Propagandisten „Datschik“, der am 14. Juni abends nach Obdass kam, war sie absolut nicht vorbereitet.

Später stellte es sich heraus, daß sie sogar zur Durchführung von Streiks nicht genügend stark war, da sie die Arbeit infolge Verhaftungen und Kufflegens, infolge Mangel an Geld und Wohnungen, wie es Ende Mai und Anfang Juni 1906 der Fall war, nicht weiterführen konnte.

Das Komitee in Obdass bestand aus fünf Genossen. Einer von ihnen leitete die „Technische Abteilung“ (Schreiben, Drucken und Verteilen von Flugblättern und legaler Literatur), der zweite leitete die gesellschaftliche Section, der dritte die intellektuelle Section, der vierte war Sekretär, der fünfte Organisationsleiter für die ganze Stadt, der die Propaganda und Agitation leitete, wie auch die literarische Gruppe.

Im Mai 1906 spielte außer der Organisation der Agitation und Propaganda die sogenannte „Gesellschaftliche Section“, die unter der literarischen Intelligenz arbeitete, eine große Rolle. Obgleich die Mitglieder des Komitees mit Wohnungen für die Leitung von Versammlungen wie auch mit Geldmitteln zu ver-

fügen. In dem Maße, in dem sich die revolutionäre Arbeiterbewegung verbreitete und immer mehr Funktionen übernahm, denen es unmöglich war, einen Verstoß zu finden, wurden immer größere Geldsummen aufgetrieben, um diese Genossen erhalten und die sich ständig steigende Nachfrage der Arbeiter nach Flugblättern und illegaler Literatur befriedigen zu können.

Von dem Führer der Gesellschaftlichen und Intellektuellen-Section hing es ab, ob das Komitee Wohnungen zur Verfügung bekam, die der Polizei noch nicht bekannt waren, und wo man sich ruhig, ohne Angst vor Ueberwachungen und Verhaftungen, versammeln konnte, um ihm hing es auch ab, ob das Komitee mit genügendem Geldmitteln versehen wurde, die es ermöglichen, Flugblätter herauszugeben und die Genossen, die keinen Verdienst fanden, zu erhalten.

Der Streik brach gerade zu Beginn des Sommers aus, das war die Zeit, wo die ganze liberale Bourgeoisie und Intelligenz, von der man Geld für die Partei austreiben konnte, zu vertreiben pflegte. Es lagte sich auch so, daß die beiden Komittees, in deren Händen die Verbindungen zur Geldsammlung lagen, infolge Enttarnung, unausführlicherer organisatorischer Behandlung und beginnender Selbstzerstörung, gezwungen waren, Obdass für den ganzen Sommer zu verlassen.

Besonders die Arbeit des Komittees und seine Organisation, das es kein Geld für ein Jahr und in nächster Zeit auch keines aufzutreiben kann, versetzte uns in eine ausweglose Lage und wirksamer als eine Bombe. Wir besaßen keinen Geld, nicht nur zur Erhaltung unserer Genossen, sondern vor allem, um eine neue „Technische Abteilung“ zu organisieren — die alle war hochgeplant. Die Revolutionäre brauchen es nämlich aus Konstruktionsgründen fertig, nicht weniger als zwei-mal wöchentlich Flugblätter für die Arbeiter herauszugeben, und ohne Mittel konnten wir mit ihrer Propaganda nicht Schritt halten.

Ich muß hinzufügen, daß die Sowjetische, bei denen die Genossen sich häufig versammelten, eben im Sommer, der Revolution zu ergehen waren, daß sie für die Verteilung, für die Unterhaltung der Genossen, für die Erhaltung der illegalen Druckerei, für das Herausgeben der Flugblätter nicht nur Geld, sondern auch die Bourgeoisie sammelten, sondern auch den größten Teil ihres Besitzes hergaben. Man so nicht denken, daß die Genossen, die von einigen Verfallenen gegen Komittees

haben wurden und die in seiner Person das Komitee der Arbeiter-unfähigkeit beschuldigten, vollständig unbedeutend. Genosse Demitsch, der die schweren Kämpfe gegen den Detonismus, gegen den Desertismus, gegen die Revolutionen aufgenommen und auch durchgekämpft und eine ganze Reihe von Genossen im sozialistischen Geist erogen hatte, war durch die früheren Umstände gezwungen, aus dem Komitee auszuscheiden und zu vertreiben. Die Hauptursache seiner Abreise war die beginnende polizeiliche Beobachtung.

Die Abreise des Genossen Oksa und des Einiges des Genossen Michail (Lomitsch) an seine Stelle verschoberten die Lage der Obdass-Organisation. Oksa war ein energischer, sehr selbstbewußter Mann, den man sich verlassen konnte, hingegen war Genosse Michail schwach und leicht, was besonders in der Zeit der Kämpfe mit den Revolutionären erweist sich besonders in der Zeit der Kämpfe des „Datschik“ als verhängnisvoll.

Inferer Tage war im Mai 1906, zur Zeit der angespannten Arbeit zur Durchführung der Streiks, außerordentlich schwierig. Der Mangel an Wohnungen für Versammlungen, ja, selbst für Sitzungen des Komitees, unsere vollständige Mittellosigkeit gezwungen uns zu sehr unüberwindlichen Schritten für die weitere Arbeit, vorerstigen sogar die Mitglieder des Komitees, die zu jener Zeit vier Kopien täglich bekamen, zum Hunger und zwangen viele Arbeiterzentralen und viele Gruppenmitglieder, Obdass für immer zu verlassen, um in einer anderen Stadt Arbeit zu suchen.

Zur selben Zeit, wo die revolutionäre Arbeiterbewegung in Obdass immer mehr Massencharakter annahm, wo sie aus dem engen Rahmen der Zirkel herauskam, wurde unsere Arbeit und ihre Weiterentwicklung dadurch gebremst und gehindert, daß das Komitee weder Wohnungen noch Geld aufzutreiben konnte.

Einmal Tages ging ich während des Streiks auf die Moskauerstraße. Michail wurde mir ein Aufmerksamkeits auf eine ganz ungewöhnlich aussehende Person gelenkt. Langsam, sah ich mich um, sah ich ein mit mir sehr Ähnelndes. In jedem dieser Augenblicke sah ein wichtiger Genosse, hielt mit der linken Hand einen verheißenen roten Arbeiter am Kragen und lächelte mit dem rechten mit einem Lächeln auf ihn ein. Von mir aus konnte man sehen, wie sich Michail, ein Revolutionär, dem Genossen, der die Schritte überprüfte und die Hände mit Ringen schloß.

(Fortsetzung folgt)

Neue Unternehmervorstöße gegen Arbeiterlöhne

Verdrängt die Streikkränze in allen Betrieben gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Die Arbeitnehmer der Röhrenindustrie Mitteldeutschlands haben den Mantelvertrag und das Lohnabkommen gekündigt. Der Schlichtungsausschuss habe das durch Schlichtung des Mantelvertrages bis 31. Dezember 1933 verlängert, die Löhne um 3 Prozent gekürzt.

Neue Betriebsstillelegungen

Aus Obersachsen wird mitgeteilt, daß die zu den Hohenloher Werken gehörige Pann-Grube stillgelegt wird, wodurch 670 Arbeiter und Angestellte auf die Straße fliegen. Die Abbl.

Der Steinkohlen-Betriebsrat wird 900 Arbeiter entlassen. Auf der Pann-Grube werden 600 und auf der Königs-Grube 150 Arbeiter ab 1. Dezember entlassen.

Holzmindener Pflichtarbeiter streifen

Die Wohlfahrtsvereine, die zur Verrichtung von Pflichtarbeit herangezogen worden sind, haben die Arbeit verweigert und sind in den Streik getreten. Kinderprücherei durchziehen die Straßen der Stadt, um für den Streik zu werben.

Eisenbahner

kämpfen gegen Überstunden

Die bei dem Planer Eisenbahnbau beschäftigten Streckenarbeiter sollten doppelte Schicht arbeiten, um den Eisenbahnbau zu beschleunigen. Nachdem am 1. Tage die Arbeiter die Überstunden machte, verließ sie vorgehen nach der normalen Arbeitszeit die Arbeitsstätte. Die Vorarbeiter fanden ganz verblüfft da. Bisher verließen die Arbeiter ihre Arbeitsstätte jeden Tag nach der regulären Arbeitszeit.

Demonstrationen gegen Hunger und Frost

In verschiedenen Stadtteilen Berlins kam es wieder zu neuen Demonstrationen, die durch ihre außerordentlich harte Beteiligung ausfielen.

Naziüberfall auf Reichshammerarbeiter

Berlin, 26. November 1932 (Eig. Drahtbericht). Gestern Abend überfielen in der Bismarckstraße in Friedenau Nazis einen Reichshammerarbeiter, wobei einer der Nazis verletzt wurde und im Krankenhaus verstarb. Der Reichshammerarbeiter wurde als angeblicher Täter verhaftet.



DER ROTEN HILFE!

RUNDFUNK

Samstag, den 27. November
Königsbrunnener, 6.15 Gumnastik, 6.35 Konzert, 8.55 Morgenfeier, 11.00 Dichterstunde, 11.30 Fach-Konkerte, 12.15 Konzert, 13.00 Punkte Stunde, 13.50 Gedichte, 14.00 Elternstunde, 15.25 Alte italienische Klavierkonzerte, 16.00 Konzert, 20.00 Drei alte Schachteln, 23.00 Konzert.
Veitshausen, 6.15 Gumnastik, 6.35 Konzert, 8.00 Landwirtschaft, 8.30 Orgelkonzert, 9.00 Morgenfeier, 11.30 Reichshaus, 12.15 Konzert, 14.35 Elperanto, 15.00 Das Gewandhaus-Quartett spielt, 15.30 Reile durch die Schweiz und Südrantien, 17.30 Jugendkonzert, 18.15 Der heitere Matthias Claudius, 18.45 Klavierkompositionen, 20.00 Abendkonzert, 22.15 Nachrichten, anschließend Tanzmusik.
Wosau Romintern, 4.45 Gumnastik, 5.15 Morgenbegrüßung, 5.45 Gumnastik, 6.15 Nachrichten, 6.30 Schallplatten, 7.40 Programm, 8.00 Wirtschaftsabrechnung, 8.30 Für die Kleinen, 9.00 Konzert, 9.55 Zeit und Stelle, 10.10 Aus Tonfilmen, 13.30 Schulfest, 14.00 Literatur, 15.00 Konzert, 15.55 Zeit, Kinderfest, 16.30 Vortragsunterricht, 17.30 Stunde der Notarmen, 18.15 Konzert, 19.00 Literatur, 20.00 Wie machen wir unsere Wandzeitung (deutsch).

Montag, den 28. November
Königsbrunnener, 6.15 Gumnastik, 6.30 Wetter, Anst. Frühkonzert, 10.00 Nachrichten, 10.10 Schulfest, 11.00 Arbeiterbericht, 12.05 Schulfest, Anst. Große Gelänge, 13.35 Nachrichten, 14.00 Konzert, 15.00 Kinderstunde, 15.30 Wetter, 15.45 Jugendstunde, 16.00 Vögelgänger zum, 16.30 Konzert, 17.30 Bücherstunde, 18.00 Klavier mit unerschütterlichen Partnern, 18.55 Wetter, 19.00 Wandzeitung, 19.25 Kunstschau, 20.00 Konzert, 21.00 Der Gosenhof, 22.20 Wetter, Preis, Sport, Anst. Konzert.
Veitshausen, 6.15 Gumnastik, 6.35 Frühkonzert, 9.40 Wirtschaft, Wetter, Stelle, 10.10 Schulfest, 10.40 Folge, A.F. Welt, me, 12.00 Opernstunde, 13.00 Stelle, Wetter, Zeit, 13.15 Blasmusik, 14.30 Erwerbslosenrat, 14.40 Kunst und Filmbericht, 15.10 Frauenfest, 15.35 Wirtschaft, 16.00 Konzert, 17.30 Wetter, Zeit, 18.00 Vögelgänger zum, 19.30 Eine halbe Stunde humor, 20.00 Österreichische Volkslieder, 20.30 Musik und Tanz, 21.30 Brudner-Johann, 22.15 Nachrichten, Anst. Konz.
Wosau Romintern, 4.45 Gumnastik, 5.15 Morgenbegrüßung, 5.45 Gumnastik, 6.15 Nachrichten, Schallplatten, 7.40 Programmübertragung, 8.00 Wirtschaftsabrechnung, 8.30 Schulfest, 9.00 Konzert, 10.10 Aus Tonfilmen, 11.30 Für die Kleinen, 13.30 Oktoberfestbericht, 14.00 Literarische Übertragung, 15.00 Konzert, 15.55 Zeit, Kinderfest, 16.30 Wie die Fernparteilichung im Jahre 1933 organisiert wird, 17.30 Stunde der Notarmen, 18.15 Konzert, 19.00 Literatur, 20.00 Bericht auf Georgia (deutsch).

Die Generalbuchkontrolle der Partei

wird mit dem 28. November abgeschlossen
Berichtsbogen sind jetzt an die NSD einzuliefern. Die Gruppen, die an diesem Termin noch nicht fertig sind, haben die NSD zu melden.

Ueber die Mitgliederbücher, die am 26. November noch nicht in Ordnung sind, ist sofort besondere Bericht an die NSD zu geben.

Teile der Generalkontrolle waren folgende Ortsgruppen nach mit der Abrechnung an den Bezirk im Rücklauf:
Eiben, Königsberg, Venterdorf, Rüdendorf, Mari, Petersdorf, Großdubrau, Eohland, Oberkammern, Weitz, Zaga, Reichswitz, Schwernau, Kammern, Schmiltz, Saule, Zepitz, Elitz, Weibing, Chorn, Schöna, h. Ramenz, Bergwitz, Hölz, Hertigswalde, Jahnitz, Langenbrennersdorf, Kleinhardt, Grimma, Söbigen, Altendorf, Birkwitz, Gieschütz, Richterhain, Stolpen, Hohenberg, Niederhohenberg, Madenburg, Wülkau, Kirschberg, Walsitz, Bolkow, Jäitzsch, Werthausen, Gohla, Oberdöbrietz, Grauscha, Jankow.

Wochen-Spielplan der Dresdner Theater

vom Sonntag, dem 27. 11., bis mit Montag, dem 5. 12. 1932

Opernhaus	
18.30 Sonntag: Ariadne auf Naxos	3135-3180
19.30 Montag: Cello	2301-2365
19.00 Dienstag: Der Rosenkavalier	2301-2365
18.30 Mittwoch: Cagliostro	2120-2200
20.00 Donnerstag: Ariadne auf Naxos	2120-2200
20.00 Freitag: Salome	2360-2615
19.00 Sonnabend: Don Carlos	2360-2615
17.00 Sonntag: Die Meistersinger	2360-2615
20.00 Montag: Gefühlens Vorstellung	

Schauspielhaus	
20.00 Sonntag: Einem Jung will er sich machen	2766-2845
20.00 Montag: Der 18. Oktober	2846-2899
20.00 Dienstag: Die verlorene Glorie	401-415
20.00 Mittwoch: Achtung! Frisch getrichen!	401-415
20.00 Donnerstag: D. Tannebaum	1931-2000
20.00 Freitag: Florian Geyer	416-495
20.00 Sonnabend: Knie Bernh	
20.00 Sonntag: Achtung! Frisch getrichen!	
20.00 Montag: Florian Geyer	

Die Komödie	
20.15 Sonntag: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Montag: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Dienstag: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Mittwoch: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Donnerstag: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Freitag: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Sonnabend: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Sonntag: Hebern Sonntag	2611-2650
20.15 Montag: Hebern Sonntag	2611-2650

Central-Theater	
20.00 Sonntag: Die Tubarry	1161-1180
Montag: Gefühlens	
20.00 Dienstag: Schwarzwaldbüchel	1151-1209
20.00 Mittwoch: Schwarzwaldbüchel	1351-1370
20.00 Donnerstag: Schwarzwaldbüchel	1371-1380
20.00 Freitag: Schwarzwaldbüchel	1391-1410
20.00 Sonnabend: Schwarzwaldbüchel	1411-1420
20.00 Sonntag: Schwarzwaldbüchel	1431-1450
20.00 Montag: Schwarzwaldbüchel	1451-1470

Albert-Theater	
20.00 Montag: Napoleon und Bonaparte	
Dienstag: Wie die Alten lachen	
Mittwoch: Jugendfreunde	
Donnerstag: Die Großstadt	
Freitag: Wie die Alten lachen	
Sonnabend: Jugendfreunde	
Sonntag: 300 Frauen	
Montag: Jugendfreunde	

Reigen-Theater	
Sonntag, 16.00 Weihnachtsmärchen "Jugend marschiert"	
20.00 Wiener Blut; Montag, 20.00 Wiener Blut; Mittwoch 16.00 Weihnachtsmärchen "Jugend marschiert", 20.00 Wiener Blut; Donnerstag 20.00 Wiener Blut; Freitag 20.00 Der fidele Bauer; Sonnabend 16.00 Weihnachtsmärchen "Jugend marschiert", 20.00 Der fidele Bauer; Sonntag 16.00 Weihnachtsmärchen "Jugend marschiert", 20.00 Der fidele Bauer; Montag 20.00 Der fidele Bauer	

ZENTRUM

Lichtspiele, Seestraße, Tel. 14700

Liebe in Uniform

Erstes Auftreten der langvershoten Tonfilm-Lieblinge

Harry Liedtke
Erl Broys

Samstag 6, 7, 9 Uhr täglich

Otto Graichen

Trompeterstraße 14, Fernruf 22133

Haus-, Küchen- und Tafelgeräte
Sanitäre Anlagen und Artikel
Niedrigste Preise

Reserviert für Schandauer Str. 88

HEINRICH

BEWAHRER WAG

Cigarren billiger!

Decken Sie Ihren Raucherbedarf bei

Johannes Richter

Landhausstraße 8., Amalienstraße 9
Seestraße 19 (technische Dreieck-Str.)

Gasthof Ubigau

neue Bewirtung

Sonntag, den 27. Nov., ab 17 Uhr
Tanz auf neuem Parkett

Schubertorchester

Aus Küche und Keller des Hauses
Zu erziehen mit Bratenbrot in Dampfhitze, Chokolade, Rot 1931!

Paulsen & Co

Freiberg

Georg Hilscher

Beschleunigt Freiberg Domgasse 2

Herrenschonchen 2.00 Mark
Damenhoch 1.50 Mark
Kinderhoch 0.75, 1.25 Mark
Herrenschonchen (Leder oder Gemischt) 2.50 Mark
Damen- und Kinderhoch 0.50 Mark

Johannes Müller, Oberdöbrietz

Stickererei

Möbel-, Bau- und Inneneinrichtung
Verteilung aller in) moderner
Draht-Zusammenbau und Eingrimmer

Geschw. Lück, Eibau

Baum- und Stein-Frisier-Salons

Dauerwellen zu zeitgemäßen Preisen

Hotel zum Hirsch, Eibau

Wohlfühlort unter schönem (okulierten) und Naturschönheit aus geistigen Genüssen
Doppelkategorie noch einige Tage bei

Robert Walde

Reinhold Stolle

Kohl- und Kohlenhandlung

Seiffhennersdorf

Pfand-Auktion Meissen

Nr. 42401 bis 44200

findet am 10. Dezember statt

Holz, Kohlen, Briketts

2 to Lastfuhran aller Art
sowie Personalfahrt im Vierräderauto km.-15

Willy Rich'er

Altanstraße 8, Telefon 11633

Zeitgeist

der bekannte gute Sandblatt-Stampen 5,-

Wairam
in einer Preislage unverricht. 6,-

Der große Erfolg (aktuelle Komiker) 10,-

J. SCHOLZ & CO.

Wettinerstraße 49, Frauenstraße 8-10

Wachtelshänke

Vorbereitung aller Arbeiter-Organisationen
Billige Preise - Gute Küche

Ungstör Land- und Bauernbrot!!!

1 kg Landbrot 50 Pf. 1 kg Bauernbrot 45 Pf.
3 kg Ansechtbrot 40 Pf. (unverf. vorzüglich)

Printen, Wägen- und Ansechtbrot sehr preiswert
Hausbrotbäckerei, Bauern-, Gaswerkler Straße 8

Werbt Leser für die Arbeiterstimme

Reserviert P. N.

Nr. 17259

M.S. LIGHTSPIELE

MORITZSTRASSE 10

Wochentags: 1,5 / 1,7 / 1,9, Sonntags: 1,3 / 1,5 / 1,7 / 1,9

Einer der sensationellsten Filme der Gegenwart:

Das Geheimnis des schwarzen Falken

(Der fliegende Tod)

Ein Tonfilm, der keine Minute die Spannung sinken läßt. Unerhörte, gewaltige Sensationen! Unerreichtes Tempo in der Handlung! Glänzendes Spiel erster Darsteller.

Vorteile bietet die Etage!

Bettwäsche, 1 Garnitur (9 Klassen, 1 Bezug ungewöhnt)	Linon	Stoffwebe	Damaal	Moko-Damaal
	4.20	5.65	7.50	9.75

Freiwilligen in großer Auswahl 3⁰⁰
z. B. Badewand 180x190 cm. 5.25, 4.75.

Ferner: Nachts, Hemden, Handtücher, Down, Kissen, Oberhemden, Socken usw.

Bei 1/2 Anzahlung, werden die gesamten Waren bis Vollendung zurückgeliefert.

Bettwäsche wird auf Wunsch in Containern transportiert.

Besuchen Sie uns unverzüglich!

Textil-Versand G. M. Dresden A

Markstraße 15, 1. Etage (gegenüber Hotel Drei Raben)

Maul aufreißen

Die Rechte letzter
Sagen, die mit diesem
Sach und 500 Mark
angegeben in den Sozial-
demokratischen „Arbeiter-
stimme“ befindet die
Rechte von
Bürger-
meistern,
Polizei-
präsidenten,
Gewerkschafts-
führern und
Parlamentarier-
renten. Mit Ver-
weise benutzten sie
revolutionäre Arbeiter der Klas-
senmäßig. In der übrigen Zeit
wurden sie Streiks ab, werden
oppositionelle Elemente aus den
Sport- und Kulturverbänden
abgegrenzt gegen die Sozial-
demokratie. Auf Tod und Teufel sind
diese Leute mit dem kapitalisti-
schen System verbunden. Für
uns kommt es darauf an, die Arbeiter in der Kampfbahn
einen Einheitsfront gegen das System und ihre Gefahren zu for-
mieren. Zu diesem Zweck müssen die sozialdemokratischen Ar-
beiter an Hand unserer Presse über den Verrat ihrer Führer auf-
geklärt werden. Also gibt es jetzt, die Arbeiterstimme und
das Multizentrische Sozialistische Partei als bisher unter die sozial-
demokratische Arbeiterstimme zu bringen!



SPD Brand-Erbisdorf will um Posten schwächern

Berschlagt die Lügenmanöver der SPD

Die SPD ruft: Schluß mit parlamentarischen Kuddelmuckereien der SPD. Mobilisiert zum außerparlamentarischen Kampf für die Forderungen der Kommunistischen Partei

Die sozialdemokratische Einheitsfrontaktion, die bei der letzten Einheitsfrontwahl die Antwort auf ihre Ver-
ratspolitik erhalten hat, versucht jetzt durch einen neuen Dreh,
durch Erweckung neuer parlamentarischer Illusionen unter der
wertlosen Bevölkerung einen neuen Verrat an der Arbeiter-
klasse durchzuführen und die SPD vor ihren Wählern bloßzu-
stellen.

Die SPD-Fraktion bietet uns an, mit ihr gemeinsam am
grünen Tisch, unverbündelt, wie sie das extra betont, über die
zu vergebenden Gemeinderatsposten zu verhandeln.

„Auswertung der Linksmehrheit“ nennt die SPD so etwas
dann. Wir fragen hier in aller Deutlichkeit:

„Ist in unserem Orte praktisch eine Linksmehrheit er-
reicht? Kann man die SPD als Linkspartei betrachten?
Oder ist sie nicht vielmehr als konterrevolutionäre Partei
zur Eingekerkelung auf die Erhaltung des kapitalistischen
Systems?“

Bekannt nicht in unserem Orte auch jetzt schon eine loge-
nannte Linksmehrheit mit einem sozialdemokratischen Bürger-
meister an der Spitze, und wo hat die starke SPD mit ihrem
Bürgermeister auch nur einmal versucht, der Arbeiterklasse zu
helfen? Nirgend!

Die SPD kommandierte ihren Fraktionsgenossen Feld-
sch, um mit den Bürgerlichen für die Arbeitsdienstpflicht
zu stimmen. Im Vorausschuß stimmte die SPD ge-
schlossen mit den Bürgerlichen für Arbeitsdienstpflicht!

Unter Mithilfe der SPD-Fraktion erfolgte die Verschlep-
pung der Winterhilfsforderungen der Erwerbslosen vor den Be-
ratungsausschuss, was gleichbedeutend mit Übertragung der Forderun-
gen ist.

Das gleiche trifft zu auf den Antrag der SPD auf 50pro-
zentige Ermäßigung des Strompreises.

Weiter ermöglichte die SPD-Fraktion durch passive Rei-
kung die 50prozentige Erhöhung der Pächtersteuer und deren
Eintreibung.

Die SPD als konterrevolutionäre Partei ist für Konterrevolu-
tionen und führt dieselben durch ihre Bürgermeister zettlos im In-
teresse des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse durch.

Die SPD steht auf dem Boden der bürgerlichen Gesell-
schaftsordnung und lehnt deshalb alle Anträge der Arbeiter-
klasse als „ungeleglich“ ab.

Unsere Forderungen,
die mit dem Geschreibsel der SPD entgegenstehen:

- 1. Ablehnung der Konterrevolution!
- 2. Ablehnung der Bürgersteuer!
- 3. Sofortige Herabsetzung der Mieten in den städtischen Ge-
bäuden!
- 4. Gewährung von Mietbeihilfen für alle Verdienenden und
Rentner in den privaten Haushalten!
- 5. Sofortige Durchführung der Winterhilfsforderungen der
Erwerbslosen und Rentner!
- 6. Schaffung von Küchen für die Erwerbslosen und Abgabe
von täglich je einer Portion warmes Mittagessen für alle
Erwerbslosen und deren Angehörige!
- 7. Sofortige Einführung der unentgeltlichen Kindererziehung
für alle schulpflichtigen Kinder der Verdienenden!
- 8. Bereitstellung von Mitteln für die Eltern die Schule ver-
lassen und neu in die Schule eintretenden Kinder der
Verdienenden!
- 9. Sofortige Einstellung des freiwilligen Arbeitsdienstes
und Durchführung der Arbeiten im Wege des Tariflohnes!

Arbeiter! Diese Forderungen werden natürlich nicht durch
parlamentarische Abstimmungen, sondern nur durch den außer-
parlamentarischen Klassenkampf durchgeführt werden können!

Deswegen: Keine parlamentarischen Illusionen, sondern
Kampf mit der SPD — einer Führerin — in außerparlamentarischen
Klassenaktionen für die Durchführung der Forderungen!
Glaubt nicht den SPD-Führern, diese zu rufen jetzt mit
allerlei rabulischen Phrasen und sozialen Wankeln ihre ver-
lorenen Positionen wieder zu gewinnen.

Kämpft mit uns für ein freies sozialistisches Deutschland!

Nur Kampf führt zum Sieg

Arbeitsdienstler verhindern Maßregelung

Witten. Bei der Handhabung sind auch ca. 20 Mann im
„heimlichen“ Arbeitsdienst beschäftigt. Diese Jungproleten,
die durch das kapitalistische System gezwungen werden, zu
menschunwürdigen Bedingungen zu arbeiten, sollen sich auch
die Schläge gefallen lassen und beim geringsten Widerspruch
werden sie entlassen. Die Folge ist, daß sie keine Unterstützung
erhalten. Wie im ganzen Reich, so in Witten auch keine Aus-
nahme.

Witterte es auf dem oben erwähnten Handhabungsbau, daß
die Arbeitsdienstler infolge großer Kälte sich in die Baubude
ziehen gängen. Doch der anwesende Gemeindebaumeister Hoff-
mann, darauf aufmerksam gemacht, holte die Jungarbeiter heraus
und brachte ihnen mit sofortiger Entlassung, wenn sie nicht sofort
weiter arbeiten würden. Ein Jungarbeiter erwiderte, sie wollten
sich bloß wärmen, denn sie könnten vor Kälte nicht mehr ar-
beiten. Die Folge war fristlose Entlassung. Ein anderer Arbeit-
er, welcher nur über seinen entlassenen Kollegen sagte,
„Ich komme nur wieder zu arbeiten, wegen so einer Kapelle können
sie sich nicht entlassen“, wurde ebenfalls fristlos entlassen.

Diese Maßregelung der beiden Jungproleten war den übri-
gen Arbeitsdienstlern nun aber doch zu hart und sie erklärten sich
wider mit den übrigen Kollegen solidarisch. Eine gewählte Ab-
ordnung unter der Führung eines Genossen wurde beim Bürger-
meister vorstellig und verlangte sofortige WiederEinstellung der
zwei entlassenen Kollegen, andernfalls alle die Arbeit nieder-
legen und die Handhabung bestreiten. Die Arbeit wird nicht
weiter aufgenommen, „weil die Forderungen erfüllt sind.“
Unter dem Druck des freiwilligen Arbeitsdienstes wurden

die zwei entlassenen Kollegen sofort wieder eingekerkelt und
sollten auch noch weitere Maßregelungen verhindert werden.

Arbeitsdienstler, dieser Fall beweist immer wieder, daß nur
Schlossenheit und Kampf schließliche Siege jeder Art abweh-
ren können. Darum schließt sich jeder der Reihen der Einheits-
front unter revolutionärer Führung. Kämpft für die Befreiung
der Arbeiterklasse, gegen Reichswehrmacht und Ausbeutung,
für ein freies sozialistisches Deutschland.

Stürmische Genossenschaftsberamm-
lung in Döberitz

(Arbeiterkorrespondenz 973)

Bereits vorgestern brachten wir einen Bericht über die Mit-
wirkerschaft im Warenverkaufverein Döberitz. Die Genossenschafts-
berammung der Zweigstelle Döberitz, auf der der Re-
gierungsbericht für das vergangene Geschäftsjahr gegeben
wurde, verlief sehr kümmerlich. Die Mitglieder verlangten die
Auszahlung der Dividende. Der Geschäftsführer erwiderte dar-
auf, daß die Regiergemeinschaft Deutscher Konsumvereine dem Ver-
ein 132 000 Mark zur Verfügung gestellt hat, aber die Bedingung
stellt, daß die Mitglieder keine Rückvergütung ausgezahlt er-
halten dürfen. Außerdem müsse vom Geschäftsanteil 10 Mark
abgezogen werden. In der Aussprache wurden derartige Zu-
muthungen aufs energischste zurückgewiesen.

Die Genossenschaftsmitglieder müssen über diese Proteste
hinaus durch Wahl von oppositionellen Vertretern stehen, daß
sie nicht gewillt sind, den reformistischen Kurs mitzumachen!

Baterunser verurteilt. Sorgen wir dafür, daß eine Zeit kommt,
in der niemand wegen Gotteslästerung bestraft werden kann!

Eindbruch in ein Goldwarengeschäft

Reiche heute erlangten Eindrehen in der Nacht zum Don-
nerstag in einem Goldwarengeschäft in der Nähe des Altmarktes.
Die Arbeitsweise läßt erkennen, daß es sich um gewerksmäßige
Eindrehen handelt. Gestohlen wurden goldene, silberne und
Golddouble-Hetten- und Damenarmbänder (Anker- und
Zollenderhaken mit bräunlichen und manganen Lederarmbän-
dern) andere Herrenarmbänder, silberne Speise- und Kaffeelöffel,
Smaragde, Saphire, Rubine und echte weiße Perlen.

Selbstmordversuch

Gestern früh 7.30 Uhr verlor ein 51jähriger Heilfandiger,
auf der Cranachstraße wohnhaft, sich das Leben zu nehmen. Er
durchschnitt sich mit einer Rasierklinge beide Schlagadern. Er
wurde jedoch rechtzeitig aufgefunden und ins Krankenhaus trans-
portiert.

Gefängnis für das proletarische Vaterunser

Das Landgericht Bauen verurteilte die Genossen Friedrich
Cernid aus Bilschwerda und Martin Richter aus Oberbach
zu drei und fünf Monaten Gefängnis wegen Beschimpfung der
christlichen Kirche.

Genosse Cernid hatte im „Roten Beobachter von Bilsch-
werda“ das proletarische Vaterunser abdrucken lassen. Genosse
Richter war angeklagt, beim Arbeiter-Sport- und Kulturtag in
Lützenheim am 4. 9. 1932 100 Exemplare des proletarischen Va-
terunsers verkauft zu haben auch gebildet zu haben, daß eine
Pionierin auf der Bühne das proletarische Vaterunser vor-
las.

Bei der Vernehmung durch den Landgerichtsrat Georgi er-
klärten die beiden angeklagten Genossen daß sie nicht an Gott
und die christliche Kirche glauben. Sie leben in der Kirche ein
Mittel zum Kapitalistischen Staates zur Unterdrückung der
Arbeiterklasse. Genau so wie man den Kapitalismus bekämpft,
so muß man die Religion als Opium bekämpfen. Während die
Pfeifen und angeblichen Diener Gottes sich in Samt und Seide
sitzen muß das Volk hungern.

Echon mehrfach wurden Genossen wegen dieses proletarischen

An alle Seiten und Ortsgruppen!

Wir machen darauf aufmerksam, daß zur Zeit im gesamten
Bezirk Ostpreußen die Werbung von Führern für die
Arbeiterstimme stattfindet.

Sämtliche Seiten- und Ortsgruppenleitungen sind verpflich-
tet, entsprechend den Empfehlungen unseres Komitees, die
Kampferwerb in der wirksamsten Weise zu unterstützen.
RSP, 24. Sektion.

Gesellschaftliche Mitteltung
Stadtblatt

beweisen die Zigarettenfabriken mit den heute unerlässlichen Be-
lagen. Unter den verschiedenen Fabrikaten, die den Rauchern
nach dieser Richtung hin zulassen, wählen sie die beste Qualität.
Hieraus erklärt sich der immer weiter schreitende Erfolg der
Bulgaria-Sport. Es sind die Bulgaria-Gold-Altmbilder, die
heute bereits jedes Kind kennt, weil sie eben unter Kindern und
Erwachsenden augenblicklich das begehrteste Sammelobjekt dar-
stellen.



Was bietet MENDE 148 ?

Mehr als Sie von einem Gerät dieser Preisklasse erwarten können. Er ist mit allen Neuerungen
der Funktechnik ausgestattet, spielend leicht empfängt er alle maßgebenden Stationen Europas
— also kein Ortsempfänger —, und der eingebaute Selektionskreis ermöglicht die absolute
Ausschaltung des Ortsenders. Geeichte Skala. Alle diese Vorzüge und nicht zuletzt die fabel-
hafte Tonfülle und Klangschönheit des dynamischen Lautsprechers begeistern seine Besitzer.
Sein Preis! Sie werden es kaum glauben — er kostet einschließlich Röhren und dynam. Lautsprecher
nur RM. 148.—, für Gleichstrom RM. 155.—. Mende, die führenden Radiowerke, Solingen mehr als 2000 Personen

MENDE 148

Apparate aller Fabrikate 8 Tage zur Probe Günstige Teilzahlung! Das Fachgeschäft der Neustadt Königsbrücker Straße Nr. 24 Telefon 5066 Verlangen Sie Vertreterbesuch!

Die Streikbruchpolitik der „linken“ SPD

„Der Streikkampf in der Krise, von dem es bis jetzt immer gehalten hat, daß er nicht möglich sei, weil die große Zahl der Erwerbslosen einen Erfolg der Streikverwirklichung von vornherein unmöglich mache, hat sich als möglich erwiesen... Im Gegenteil, gerade der Druck der Krise ist es, der in Verbindung mit der Lohnabbaukonkussion der Arbeiterbewegung dem Streikkampf bestimmte Erfolgserwartungen schafft.“

So gutzute der „linke“ Chemnitzer Gutshaus am 8. Oktober in seiner „Volksstimme“, nachdem durch die Klassenfronttheorie in Deutschland durch die Legitimität in Sachsen, die reformistische linientheoretische Theorie vom „nicht kämpfen können in der Krise“ endgültig zerfallen war. Die sächsischen „Linken“ erzielten sich mit diesem Eingeständnis wieder einmal als die, die am besten dazu übergingen, mit neuen schamhaften Manövern den gemäßigten Stimmungsumschwung, den die von der KGO ausgelöste Streikwelle unter den westfälischen Massen Deutschlands herbeiführte, Rechnung zu tragen, um ihn „umzubiegen“. Man legte eine neue Platte auf, — um den Anschluss nicht zu verlieren —, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ zu dieser neuen Taktik erklärte. Wer konnte auch meinen, daß die SPD- und Gewerkschaftsführer, die noch genau einen Monat vorher, am 7. September, in der „Volksstimme“ geschrieben hatten:

„Wer sich dagegen auflehnt, (gegen den Normverordnungslohnabbau. Die KGO), wird tarntätig. Eine Belegschaft, die von den normverordneten Lohnabbau in den Streik treten läßt, würde auf den Rücken ihrer Gewerkschaft zu rechnen haben, weil der Verband bei der ersten Verhandlungsbildung wegen Verletzung der Arbeitspflicht verurteilt werden könnte.“

ernstlich daran denken, jetzt, nachdem sich dieser Streikkampf in der Praxis als möglich erwiesen“ hatte, diesen Streikkampf auch zu organisieren und zu führen. So wie sich in der Praxis der von der KGO und den roten Verbänden ausgelösten Kämpfen erwiesene hatte, daß nicht nur Streiks „möglich“ waren, sondern in den meisten Fällen auch erfolgreich beendet werden konnten, so erwies sich auch in der Praxis, daß die „linken“ SPD- und Gewerkschaftsführer bei den sächsischen Streiks die gleiche niederträchtige Rolle spielten, wie ihre Herren Tarnow, Geipert und Konietzki, die dem Vapen-Plan, um „eine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen“ eine „Chance“ abzuliegen. Die „Linken“ wählten in der Praxis, daß sie dieselben Streikführer und Streikbruchorganisatoren waren, wie ihre Kollegen beim Hamburger und Berliner Verkehrsarbeiterstreik. Aus der Streikbruch-Praxis der sächsischen „Linken“ seien einige Beispiele erwähnt:

Der Kampf der 1100 Textilproleten und der Dolchstoß des DVB

In den letzten Tagen des Septembers trafen in Chemnitz hintereinander drei Textilbetriebe in den Streik. Erst der Betrieb Sigmund Goerlich mit rund 300 Mann Belegschaft, dann Fritz Frank, ein Teilbetrieb des Marschel-Frank-Sachs-Konzerns und zwei Tage später schloß sich noch die 200 Mann starke Belegschaft von Müller & Horn an.

In allen drei Betrieben sollte ein Lohnabbau von 25 bis 50 Prozent für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunden durchgeführt werden. In den Betrieben Goerlich und Müller & Horn legten die Arbeiter geschlossen die Arbeit nieder, kein einziger Streikbrecher war in diesen Betrieben, außer den SPD-Betriebsräten bei Goerlich, die nach dem Betriebsratsgelingen „mühten“, zu verschwinden. Nur bei Frank blieben circa 30 Arbeiter und Arbeiterinnen von 400 im Betrieb.

Bei Müller und Horn handelte es sich um den Kampf voll unter Führung der KGO, der Deutsche Textilarbeiterverband hatte keinerlei Einfluß. Allein bei Goerlich war der DVB mit 40 Mitgliedern in der Belegschaft organisiert. Hier begann die sozialistische Verratsaktion. Zunächst versuchte der Angestellte des DVB Runge, der wenige Tage vorher noch erklärt hatte, „legt einen Streik anzuzuleiten oder Behauptung“

mit allen Mitteln die geschlossene Einheitsfront der Belegschaft, die in einer Streikleitung zum Ausdruck kam, in der alle Teile der Belegschaft, Organisierte, Unorganisierte, DVB- und KGO-Mitglieder vertreten waren, zu zerlegen.

Runge leitete jede Streikversammlung unter seinem Terror. Er versuchte zu verhindern, daß der KGO-Mitglieder in der Streikversammlung sprach. Jeden Tag provozierte, hetzte und intriglierte er aufs neue, bis es ihm durch einen gemeinen Handstreich gelang.

Die einseitige Streikleitung zu zerlegen und durchzusetzen, daß eine neue Streikleitung, die nur aus DVB-Mitgliedern besteht, an die Stelle der früheren trat.

Dieser Schandtreib war nicht gegliedert, wenn die oppositionelle Arbeit innerhalb der Gewerkschaften auf einem besseren Stand gewesen wäre. So konnte Runge den größten Teil seiner Mitglieder benutzen — unter der Drohung, daß er nicht mehr verhandeln, wenn seinem Willen nicht Rechnung getragen und damit der Streik zu einem „wildem“ würde —, um seine Streikbruchtaktik durchzusetzen.

Die alte Streikleitung, die in einer von der KGO organisierten Streikversammlung von der Hälfte der Belegschaft weiter anerkannt wurde, wurde aus dem „Volkshaus“, das unter der Chemnitzer Arbeitererschaft das „Streikerhaus“ genannt wird, hinausgeworfen.

Für eine Streikversammlung im „Volkshaus“, die von der alten Streikleitung einberufen werden sollte, verlangten die Gewerkschaftsführer 30. — 40. Mark Eintrittsgeld, während in ähnlichen Fällen sonst kein Geld für alle drei wirtenden Belegschaften zu zahlen war, röh bis abend zur Verfügung stellte.

Die verdrängte Zerlegung der Einheitsfront der Belegschaft des Betriebes Goerlich war die Basis für die Vollendung des Verrats. Runge schloß mit der Direktion des Betriebes eine freie Vereinbarung ab, nach der 5 Prozent Lohnabbau auf den Gesamtlohn erfolgte. Diese freie Vereinbarung leitete er mit Hilfe seines schon vorher geführten Dolchstoßes durch, der Streik wurde abgebrochen. Die Belegschaft wurde um den Erfolg ihres Kampfes betrogen, wurde dem Unternehmer ausgeliefert. In einer kurz darauf stattgefundenen „Publikumsfeier“ des Unternehmers beging der SPD-Betriebsrat gemeinsam mit dem Unternehmer die „Arbeitsgemeinschaft“ und das „gute Einverständnis“ zwischen Betriebsrat und der Direktion. Der rote Betriebsrat wurde gemahnt, weil er es ablehnte, während des Streiks Streikzucht zu leisten, wie es die SPD-Betriebsräte getan hatten.

Verrat bei Goerlich bringt Streikabbruch bei Frank

Durch den Dolchstoß bei Goerlich wurde verhindert, daß die Streikenden den Kampf gegen die Streikbrecher im Frank-Werk gemeinsam führen konnten. Die Folge war, daß die Anzahl der Streikbrecher in diesem Betrieb stieg. Dann war das Frank-Werk ein Nebenbetrieb des Marschel-Frank-Sachs-Konzerns. Das Hauptwerk dieses Konzerns ist das Marschel-Werk in Chemnitz. Die Streikenden im Frank-Werk erwarteten eine Verbreiterung ihres Kampfes durch diesen Betrieb und nahmen dort die Verbindung auf. Hier wiederholte sich der Verrat des DVB, wenn auch in anderer Form. Im Marschel-Werk führt ein SPD-Betriebsrat, ein führender Funktionär des DVB. Dieser erklärte:

„Der Streik im Frank-Werk geht uns gar nichts an, wir unterstützen ihn nicht.“

Dieser Betriebsrat lehnte ab, eine Betriebsversammlung einzuberufen, in der ein Vertreter der streikenden Freiberlegerin sprechen sollte. Er lehnte ab, die finanzielle Unterstützung für die Frank-Belegschaft mit durchzuführen. Der Verrat bei Goerlich, der Verrat im Hauptwerk und die Streikbrecher brachen diesem Streik das Genick und auch die Frank-Belegschaft wurde ein Opfer der Streikbruchtaktik des DVB.

Die Belegschaft von Müller & Horn streifte unter steter Führung der KGO weiter und konnte die Auswirkungen des Verrats bei Goerlich sofort spüren. Der Unternehmer machte dieser Belegschaft den Vorwurf, die Arbeit anzunehmen zu den Bedingungen der DVB-Vereinbarung bei Goerlich. Mehr als einmal erklärte der Unternehmer den Arbeiterinnen: „Mit dem DVB läßt sich wenigstens reden, aber nicht mit den zweifelhaften Elementen, von denen sie geführt werden.“

Die tapferen Arbeiterinnen aber erzwangen, daß der Unternehmer mit den „zweifelhaften Elementen“, mit der KGO verhandelte. Die tapferen Arbeiterinnen ließen sich durch nichts von ihrer Führung losreißen und nach acht Tagen konnten sie in den Betrieb zurückgehen und hatten den Lohnabbau vollständig abgemehrt!

Streik bei Tittel & Krüger in Leipzig

Hier traten gegen drohenden Lohnabbau zunächst 100 Handwerker und Stundenlöhner in den Streik. Es war klar, daß dieser Streik nur erfolgreich sein konnte, wenn man die übrige Belegschaft, die ebenfalls vom Lohnabbau bedroht war, mit in den Streik einbezog, zumal die Gesamtbelegschaft fast 1000 Mann stark war. Den Streik der 100 Handwerker und Stundenlöhner funktionierte der DVB. Als aber durch die Mobilisierungsarbeit der

Die Unternehmerpresse stellte fest:

Gewerkschaften übten „Zurückhaltung“ und „vermittelten“

Der Vorkopf der sächsischen Industriellen bei Vapen — Unternehmerforderung: Verbot der KGO und der roten Verbände!

Die Streikbruchtaktik der sächsischen „Linken“ wurde durch die Unternehmer in den letzten Tagen lobend anerkannt. Und zwar beim „allerhöchsten“ Besuch des Herrn Vapen in Dresden. Der Vorsitzende des sächsischen Industriellenverbandes, Wittke, forderte am Anfang der Streikbewegung ein Streikverbot. Als

Sozialdemokratische Logik

Die neue Nationalregierung — so lesen wir in der reformistischen Gewerkschaftszeitung Nr. 24 — geht von der Annahme aus, daß der Hauptpunkt der Krise erreicht sein müsse, in der Tat spricht manches dafür. Schon der Zeitablauf wirkt in dieser Richtung, es ist ja ein einfaches Rechenexempel, daß jeder neue Tag uns dem Krisenende um 24 Stunden näherbringt!



Beispiel: „Was, streiken willst du? Bedenke doch, daß jeder neue Tag dich um 24 Stunden deinem Tode näherbringt. Dann ist natürlich alles aus.“

KGO auch der übrige Teil der Belegschaft in den Streik gegen den Lohnabbau trat.

Da erklärte der DVB diesen Streik für „wild“ und legte mit der schamlosesten Hege gegen die KGO und die Streikenden ein.

Der Streik wurde als „Wahimache“ bezeichnet, die sozialdemokratische Zielherpolizei legte vom ersten Tage an mit einem glibberigen Terror gegen die Streikenden ein. Die DVB-Mitglieder wurden nach allen Regeln reformistischer Demagogie betriebläufig und verhöhnt, die Streikbrecher wurden im Auto zum Betrieb gebracht, so daß ihre Anzahl täglich wuchs. Der Streik, der in roter Einheitsfront aufgenommen worden war, mußte abgebrochen werden auf Grund des offenen Verrats des DVB.

Wie in Leipzig, so war es im Dresdener Bezirk. Dort wurde beim Streik der Hoffmann-Letzler in Neugersdorf ein noch schamloserer Dolchstoß, kurz vor dem Sieg, durchgeführt.

Hoffmann, Neugersdorf, wird abgemängt

Die Belegschaft dieses Betriebes trat Anfang Oktober in den Streik. Überall wurde unter der Arbeitererschaft dieser Kampf stürmisch begrüßt, denn diese Firma gilt als der Schrittmacher der Unternehmung. In roter Einheitsfront wurde gekämpft. Und von Anfang an versuchte der DVB die Streikfront zu zerlegen. Drei Wochen lang hielt die Belegschaft jedem Unternehmerräuber und jedem Versuch der DVB-Bürokratie, die Streikfront zu zerlegen, stand, bis sie das Opfer eines gemeinen hinterhältigen Dolchstoßes wurde. Bei jeder Gelegenheit verlangten die DVB-Führer in den Streikversammlungen Abkimmungen. Da sie selbst es nicht wagten, verletzten sie Arbeiter zu beschuldigen, die sich in der Streikversammlung gegen den Streik aussprechen wollten. Die Verbreiterung des Streikes wurde verhindert. Im Betrieb Kofcher, der ebenfalls in den Streik unter Führung einer SPD-Streikleitung trat, wurde die Polizei und die Betriebsleitung wehr mobilisiert, damit von der streikenden Hoffmann-Belegschaft kein Vertreter dort sprechen konnte. Flugblätter mit launigen Versen wurden vom DVB an die Bevölkerung verteilt, um sie gegen den Streik aufzuheizen. So wurde der offene Verrat vorbereitet, der am Ende der dritten Streikwoche durchgeführt wurde.

Bei den Verhandlungen über die DVB, daß der Erwerbslosenvertreter der Streikleitung nicht an den Verhandlungen teilnehmen dürfte. Der Erwerbslosenvertreter wurde mit Hausbesuch bedroht. Daraufhin versicherte die gesamte Streikleitung die Verhandlungen. Hinter dem Rücken der Streikleitung schloß der DVB-Komitee aus einer freien Vereinbarung mit 5 Prozent Lohnabbau ab und mobilisierte unter dem Schutz von Hundsdörner etwa 40 DVB-Mitglieder, die er in den Rücken der Belegschaft führte. Der Kampf mußte damit abgebrochen werden. Wieder war eine Belegschaft, die drei Wochen streikte, um den Streikerfolg durch Verrat betrogen worden.

Vapen jetzt in Dresden wollte, machten die Textilbetriebe einen neuen wütenden Vorstoß. In der „Allgemeinen Zeitung“ und im „Chemnitzer Tagesblatt“ erschienen Artikel mit der Überschrift: „Vapen muß sein eigenes Werk schützen!“ Dort hieß es:

„Nach anfänglicher kämpferischer Einstellung haben die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften vermittelnde Stellung eingenommen.“

Und der Verlagsdirektor Kauschagen des „Chemnitzer Tageblattes“, der in der Veröffentlichung mit Vapen zum Hauptredner der sächsischen Industriellen wurde, erklärte laut Bericht des Neustädter Herrn Vapen folgendes:

„Sie (die Neueinsteigerungen, D. Red.) blieben bei einer Zahl von ungefähr 9000 Köpfen, und zwar aus dem Grund, weil sich die Kommunisten und besonders die beiden Organisationen der Kommunisten, der rote Textilarbeiterverband und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die KGO, sich mit aller Macht gegen die Durchführung des Programms in der Weise gestemmt haben, daß sie wilde Streiks inszenierten. Diese wilden Streiks waren nicht niederschlagen, weil sie zunächst einmal in einer geschickten Taktik durchgeführt wurden, und zweitens, weil es keine geeigneten Maßnahmen gab, gegen sie einzuschreiten.“

Die Gewerkschaften selber, die man als Tarifpartner dafür hätte paden können, hielten sich zurück.“

Bedarf es noch besserer Bestätigung der Streikbruchtaktik der „Linken“ als die Worte dieses Exzentrikers, der während des Verrats der KGO und der roten Verbände, der Flugblätter und Betriebszeitungen der KGO und die Betrugung aller Streikbetriebe“ forderte, in dem gleichen Atemzuge aber behauptete, daß die Gewerkschaften sich „zurückhielten“?

Die Streikämpfe haben bewiesen, daß die „Linken“ in der Durchführung des Vapen-Programms, ebenso wie Tarnow und Konietzki, alles daran setzten, „um seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen“. Die Streikämpfe haben bewiesen, daß nur die KGO und die roten Verbände, die sich zum Siege führen lassen! Jetzt gilt es alle Kräfte anzugreifen und den Einfluß der freiberlegerischen Gewerkschaftsopposition zu brechen, Mobilisierung der Betriebe zu neuen Kämpfen um Lohn und Brot, gegen die Betriebsräte gegen die KGO, gegen schamlose Ketzner und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie und verschämte innergewerkschaftliche Arbeit, Kampf um Beibehaltung der Funktionen in den freien Gewerkschaften mit revolutionärem Charakter, Kampf um die Einheitsfront der KGO und freigelegten sächsischen Mitglieder, um den Einfluß der gemäßigten Kräfte in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter gegen die schamlose Diffamierung — das ist der Weg, der den Einfluß der Streikbrecher und um weiter bringen wird auf dem Wege zur Überwindung der Herrschaft der Arbeiterverfall!

Kämpft in roter Einheitsfront für das Streikrecht und verteidigt die KGO!

Hunger in den Kommunen

Kurt Bauer Vapen seinen „Kantlandsbesuch“ bei der sächsischen Regierung durchführte, hat der reaktionäre Ministerpräsident Schick der Reichsregierung eine Denkschrift zugeworfen. In dieser Denkschrift wird die besonders katastrophale Arbeitslosigkeit in Sachsen, die prozentual seit Jahren die höchste von ganz Deutschland ist, hervorgehoben. Die Ursache der großen Erwerbslosigkeit in Sachsen liegt begründet in der Halbstarkeindustrie; Sachsen ist also ein ausgeprägtes Ausfuhrland. Die Kontingentierungspolitik Vapens muß sich also in Sachsen am katastrophalsten auswirken und die Finanzlage des Landes und damit vor allem die der Gemeinden, wird dadurch sprunghaft verschlechtert. Schick gibt in seinen Klarlegungen zu, daß Sachsen die härtesten Sparmaßnahmen durchgeführt hat und betont gleichzeitig diese Maßnahmen für die kommenden Monate noch zu verschärfen. Die Gesamtschulden Sachsens betragen Ende des Rechnungsjahres 1929 rund 282 Millionen Mark, dabei Ende Oktober 1932 rund 300 Millionen Mark. Besonders bedenklich, so schreibt Schick weiter, ist die Höhe der kurzfristigen Verschuldung.

Sie haben als Kommunisten, als die Feindorganisation der SPD, die von den Sozialdemokraten toleriert wurde, und sich „Notverordnung zur Sicherung der Finanzen“ nannte, vorausgesetzt, daß diese ungeheuerliche Steuerdiktatur, die auf die Gemeinden abgewälzt wurde, die Zerrüttung und den Bankrott der Kommunen bewirkt.

Schick schreibt dazu folgendes: Die Folgen der erschreckenden Verschärfung an Gemeindefiskalpolitik durch die Notverordnung waren eine völlige Zerrüttung der gemeinlichen Haushalte- und Kassen-

Ein typisches Beispiel sozialdemokratischer Verratspolitik

Was die SPD unter „Arbeitermehrheit“ in den Gemeinden versteht

Um ihre Wahlverträge zu verschleiern, schreibt die SPD am Tage nach der Kommunalwahl, die Arbeiterschaft in Sachsen habe keine Verluste, im Gegenteil, in einem ganzen Teil Gemeinden sind „marxistische Mehrheiten“ entstanden. Sie wollen durch diese Schreibweise zum Ausdruck bringen, daß Kommunisten und Sozialdemokraten in einer ganzen Reihe Kommunen die absolute Mehrheit haben. Für uns als Kommunisten gibt es keine Streitfrage darüber, was eine Arbeitermehrheit in einer Gemeinde zu bedeuten hat. Die Sozialdemokraten sind eine kleinbürgerliche Partei im Lager der Arbeiterklasse, eine Partei, die sich auf den Boden des kapitalistischen Staates stellt, muß mit den kapitalistischen Machthabern durch die und dünn gehen. Der Zweck dieser demagogischen Feststellungen seitens der SPD ist im Zusammenhang zu bringen mit ihrer allgemeinen Politik, die sie der Arbeiterschaft gegenüber zu verteidigen versuchen. Sie wollen in den Arbeiterhirnen Missionen erwecken, als wenn sie eine Arbeiterpartei wären und die Interessen der Arbeiterschaft in den Kommunen vertreten würden. Ein Beispiel, wie die Sozialdemokraten Politik treiben in den Kommunen, wo eine sogenannte „marxistische Mehrheit“ besteht, ist Weichen. Dort hatten die Kommunisten und die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Was hat die SPD in dieser Stadt für eine „Arbeiterpolitik“ getrieben? Lassen wir die Zahlen sprechen, die im Haushaltsplan der Stadt mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurden:

Im Jahre 1931 wurden für Gesundheits- und Krankenkursorge 165 560 Mark eingesetzt, 1932 92 275 Mark. Das ist ein Abbau der Gesundheits- und der Krankenkursorge von rund 71 000 Mark. Für Krankenhauskosten für Schwangere und Wöchnerinnen wurden 1931 500 Mark eingesetzt, 1932 200 Mark, also 300 Mark Abbau. Für Stillgeld und -prämien 1931 2800 Mark, 1932 1000 Mark, Abbau 1800 Mark.

Für Unterbringungskosten von Arbeiterkindern in Kindererholungsheimen 1931 15 000 Mark, im Jahre 1932 nur 2000 Mark, also beträgt der Abbau hier 13 000 Mark.

Für Kindererspaltungen wurden 4000 Mark abgebaut und im Jahre 1932 nur 500 Mark eingesetzt.

In der Krüppelkürsorge betrug der Abbau 2000 Mark, im Etat 1932 wurden dafür nur 1800 Mark eingesetzt.

Für Tuberkulosefürsorge ziehen wir einen Vergleich aus den vergangenen drei Jahren: im Jahre 1930 war das Rechnungsergebnis für die Ausgaben 24 476 Mark, 1931 wurden 17 000 Mark und 1932 nur 2000 Mark bewilligt!

Wir könnten den Abbau der sozialen Belange der Arbeiterschaft in der Stadt Weichen noch erweitern. Fast hat, daß die Sozialdemokraten diesen Haushalt befürworteten, im Stadtrat an dem Ausbau dieses Haushalts praktische Vorschläge gemacht haben und so etwas nennen die Herren von der Sozialdemokratischen Partei: Interessenspolitik für die Arbeiterschaft! Mit einem Federstrich wurden allein zehntausende von Mark aus dem Etat gestrichen, die für die Ärmsten der Armen dieser Stadt eingepflegt waren.

Die Gemeinde ist eine Zelle des Staates und die Staatspolitik spiegelt sich wider in den einzelnen Kommunen. Die Sozialdemokraten tolerierten die ganzen Notverordnungen Brünnings, die die Selbstverwaltung der Kommunen beseitigten. Wenn man aber im Reich diese Zustimmungen macht, dann ist man als Partei gezwungen, auch dafür zu sorgen, daß diese Beschlüsse in den Kommunen realisiert werden. Hier zeigt es sich an einem praktischen Beispiel aus einer größeren sächsischen Kommune, wie die Sozialdemokraten dort, wo sogenannte rote „Mehrheiten“ bestehen, nach ihrer Auffassung zu arbeiten gedenken.

Können wir als revolutionäre Arbeiter und Marxisten diese Scheinpolitik der SPD beden? Nein, tausendmal nein! Wir sind und bleiben Gegner des kapitalistischen Systems. Wir können es als Arbeitervertreter ab, eine Politik zu treiben, die zur Behauptung des Kapitalismus dient. Wir wollen den Sturz des Kapitalismus und realisieren diesen unseren Standpunkt in den kleinen Zellen dieses Staates. Arbeitermehrheit in den Kommunen heißt also: Mehrheit der Kommunisten in den Gemeinden oder Mehrheit der Arbeiter und armen Bauern, die sich offen zum Kommunismus bekennen.



Das ist die kapitalistische Wohlfahrt

resultierte. Viele Gemeinden sind mit der Zahlung der Beamtengehälter bis zu sechs Monaten im Rückstand (im Bezirksverband Landau z. B. 61 Prozent aller Bezirksamte).

Interessant ist weiter das Einkommensniveau, das ohnehin die Arbeiter mehrfach herabgesetzt worden sind und kaum noch der Lebensbedürfnisse gedeckt werden kann, auch die geringen Mietzuschüsse in einigen Gemeinden nur verzipelt gezahlt werden können.

In den einzelnen Sitzungen der Bezirksverbände Sachsens werden hunderte von Gemeinden genannt, die die Steuer an Land und Reich einfach nicht abgeführt haben, weil man sonst den Kürzungen hätte kein Geld auszahlen können. Jetzt geht das Reich dazu über, den Bürgermeistern mit schmerzhaften Strafen zu drohen, wenn sie diese Politik fortsetzen würden. Man legt den einzelnen Gemeinden Staatskommissare ein, die verhaften sollen, wenn die Bürgermeister die Steuern nicht zahlen. Außerdem werden eingekaufte Bürgersteuer hinaufgeschraubt und die Abschlagsrate der Erwerbslosen noch mehr herabzusetzen, damit der Gemeindehaushalt „finanziell saniert“ werden soll. Die Bürgersteuer wird bis zum zwanzigfachen ihres Grundbetrages erhöht. In den großen Kommunen Leipzig, Dresden, Chemnitz werden 500 und 700 Prozent Bürgersteuer diktiertlich eingeführt.

Die Verteilung der katastrophalen Finanzlage der Gemeinden in Sachsen ist ein Alarmzeichen an die sächsische werktätige Bevölkerung. Jeder dritte Arbeitnehmer in Sachsen ist erwerbslos, zehntausende sind Rentempfänger, zehntausende sind statisch nicht versichert, weil sie keine Unterstützung nach den Notverordnungen mehr bekommen. Die Gemeinden sind bankrott, das Reich und das Land können keine Zuschüsse mehr gewähren, die Arbeiter und Kleinrentempfänger, die noch im Produktionsprozess stehen, die Arbeitslosen von Kurzarbeitern sollen durch ungeheure Steuerbefreiungen die bankrotte kapitalistische Finanzpolitik sanieren. Der Winter steht vor der Tür, keine Kohlen sind in den Kellern, keine ganzen Schuhe an den Füßen, keine Kleidung für die Kinder und die Ausstattung dieser letzten Hungerunterstützung ist in Frage gestellt. Städtische Angestellte und Beamte bekommen kein Geld. Wir haben in Sachsen, wie im ganzen Reich, vor dem Hungerwinter, wie er noch nicht war!

Die Kommunalwahlen haben einen Voranschritt der revolutionären Arbeiter gezeigt, hunderte tausende haben ein Bewusstsein für den revolutionären Klassenkampf abgelegt. Es gilt, gegen die katastrophale Finanzpolitik der Bourgeoisie den Klassenkampf der Arbeiter zu organisieren.

Die Scheunen sind gefüllt, die Speicher und Warenlager sind überfüllt mit Kleidungsstücken, Hunderttausende von Zentnern Kohle liegen in Sachsen auf Vorrat.

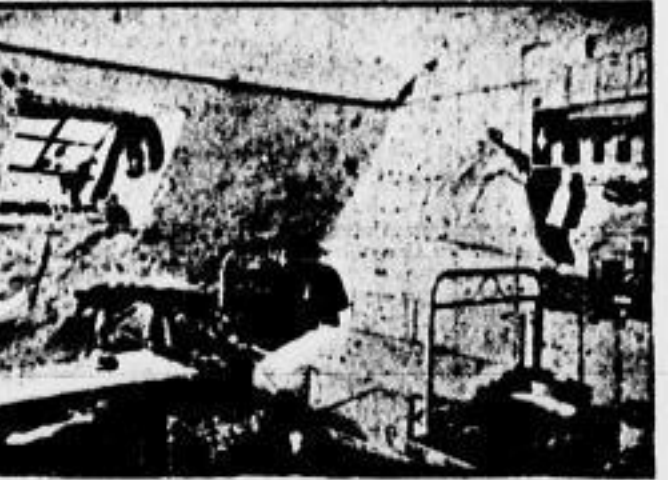
Erwerbslose und Betriebsarbeiter, sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter, wollt ihr wissen, daß das Korn verfault, während ihr hungert? Wollt ihr wissen, daß die Kleider hangeltüde vermodern, während ihr nichts auf dem Felde und an den Füßen habt? Wollt ihr es wissen, daß die Kohlen verrotten und ihr in euren Wohnungen mit eurer Familie friert? Nein, tausendmal nein!

Schließt die Einheitsfront aller Hungernden gegen die Willkürmaßnahmen der Bourgeoisie und ihre Trabanten in den Kommunen und im Land! Kämpft für ein sozialdemokratisches Partei! Nur im Kampf könnt ihr eure Lebenslage verbessern!

SPD und „freiwilliger Arbeitsdienst“ in Sachsen

Jungarbeiter kämpfen gegen faschistische Maßnahmen in Arbeitsdienstlagern — 3 Mark Wochenlohn und rohe Nöhren bei 48 stündiger Arbeitszeit

Wer sagt und fesselt den Kapitalismus sein will, wie es die SPD auf ihrem letzten Reichsparteitag in Leipzig festgelegt hat, der muß mit allen kapitalistischen Einrichtungen Hand in Hand arbeiten und die brutalsten Ausbeutermassnahmen gegen die Arbeiterschaft unterstützen. Die SPD unterstützt und propagiert, und mit ihr alle reformistischen Organisationen, den freiwilligen Arbeitsdienst. Dadurch ist den Kommunen im kapitalistischen System die Möglichkeit gegeben, Arbeitskräfte zum Ausbau der Straßen und Urbanisierung großer Landflächen für ein Spottgeld zu bekommen. Die Sozialdemokraten entpuppen sich hier sogar als die übelsten Treiber



Großsanna. Während

dieser Methoden. Erst vor kurzem konnten wir aus Weitzen berichten, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Soel erwerbslose Jungarbeiter zum Arbeitsdienst heranzog und als sie sich weigerten unter dieser Kratte zu arbeiten, ihnen auf Wochen die Unterstützung berrren ließ.

Die Arbeitsdienstfreiwilligen werden in Sachsen mit 21 000 angezogen, und zwar:

Arbeitsamtsbezirk Leipzig	2644
Arbeitsamtsbezirk Dresden	1801
Arbeitsamtsbezirk Chemnitz	1066

Der übrige Teil ist in kleineren Bezirken untergebracht.

Die in den Arbeitsdienstlagern Beschäftigten benutzt man als Rohmaterial gegen die übrige Arbeiterschaft. In Städte Arbeiter aus den Kommunen einzustellen, hilft man einfach Arbeitsdienstfreiwilligen, die werden in dem Gemeindebetrieb zum Straßenbau beschäftigt waren, werden auf die Straße geschmissen und bald Arbeitskräfte eingestellt, denen man in der Woche das zahlt, was die tariflich bezahlten Arbeiter an einem Tage verdienen haben.

In Weitzen bei Leipzig wurde zur Anlage von Straßen und Entschlackung des Müllfeldes der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt. Die neu erworbenen angenommenen Arbeitskräfte liegen in einem Nebengebäude des Rittergutes und bekommen bei 48 Stunden Arbeitszeit 2—3 Mark wöchentlich. Allerdings werden ihnen verschiedene Nachschubmittel im selben Gebäude geliefert. Wie 10 FL. Wochensumme, rohe Kartoffeln

teufeln, Wöhren und Kraut. Das ist sozialdemokratischer Arbeitsdienst!

Allerdings beginnen die Jungarbeiter und Arbeiter in den Arbeitsdienstlagern bereits zu wütten. Kämpfe wurden geführt zur Besserung ihrer Lebenslage in einem ganzen Teil sächsischer Gemeinden. Dort, wo man mit besonderer scharflicher Brutalität gegen Jungarbeiter vorging, kam es zur offenen Revolte. In der Nähe von Weitzen wurde ein ganzes Lager von den empörten Jungarbeitern demoliert. Es wird Pflicht der revolutionären Arbeiter sein, überall dort, wo die Jungarbeiter in den Arbeitsdienstlagern untergebracht sind, die Kämpfe um tarifliche Bezahlung zu organisieren und auszuführen. Die SPD leistet dem Faschismus auf jedem Gebiet Vorstoß. Die Arbeiterschaft hat aber bereits erkannt, wohin diese schändliche Mäße führt. Und gerade dort, wo die Sozialdemokraten ihre Arbeitsdienstlager eingestellt haben, haben sie bei den Reichstags- und Kommunalwahlen eine empfindliche Schlappe erlitten.



diese Häuser leer dastehen

Hinein in die rote Einheitsfront! Kämpft gegen Hunger und Faschismus!

Die „linken“ SPD-Führer - erbittertste Feinde der roten Einheitsfront der Tat

SPD-Arbeiter! Wie reichen die die Bruderhand zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Bourgeoisie, für das gemeinsame Ziel - den Sozialismus!

Der bittliche Übergangsprag der Sozialdemokratie wird von den SPD-Führern mit einer neuen Welle demagogischer und schamloser Manöver aufhalten versucht. In dieser Situation, in der die besten und klassenbewußtesten proletarischen Elemente, die bisher noch im Lager der Sozialdemokratie standen, zu Hunderttausenden in das kommunistische Lager abmarschierten, treten auf neu die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten auf, um die niederbriehende Scheidewand zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Proletariats mit dem Mittel der niederrichtigsten Verleumdung und Hege gegen die kommunistische Partei aufrechtzuerhalten. Die Rolle dieser „linken“ sozialdemokratischen Führer wird am besten und eindringlichsten gekennzeichnet mit folgenden Worten der Thesen der 12. Plenartagung der Kommunistischen Internationale:

„Der Masseneinfluß der Sozialfaschisten ist in fast allen Ländern zurückgegangen, aber um so stärker und vielseitiger gestalten sich die durch sie zur Anwendung gelangenden Manöver. Leitung von Streiks, um sie abzuwürgen, in einzelnen Fällen Auslösung demonstrativer Generalstreiks, Scheinkampf gegen den Faschismus, „für den Frieden“, „für die Verteidigung der Sowjetunion.“ Einen besonderen Elter in diesen Manövern legen die „linken“ sozialdemokratischen Gruppen an den Tag, bei gleichzeitiger Entfaltung einer tollen Hetze gegen die kommunistischen Parteien und die Sowjetunion.“

Diese Kennzeichnung trifft besonders auf die „linken“ Führer der SPD zu, die schon seit längerem bemüht sind,

vor den kampfgewillten sozialdemokratischen Proletariats als „Klassenkämpfer“ und „Revolutionäre“ aufzutreten, um gleichzeitig die Massen der SPD-Arbeiter in Sachen an die verbrecherische und klassenverräterische Politik der Sozialdemokratie zu fesseln und mit radikalen Thesen nach jedem entlarvten Verbrechen der SPD die Arbeiter auf die Möglichkeiten der „Wendung des Kurzes“ zu verwirren und sie so hinzuhalten. Gerade in dieser Situation, in der die Arbeiterklasse vor schwerwiegenden Entscheidungen gestellt ist, in der die Situation der ständig sich steigenden Zuspaltung des Klassenkampfes, in der die Rolle der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei, der kommunistischen Partei Deutschlands, vor den breiten Massen der Arbeiter und Werktätigen immer deutlicher zutage tritt, muß den „linken“ sozialdemokratischen Betrügern das Handwerkszeug endgültig gelegt werden.

Indem wir an Hand der Beispiele des Verrats der SPD-Führer, insbesondere der „linken“, die gefährliche Rolle dieser erbittertsten Feinde der kämpfenden proletarischen Einheitsfront anprangern, reichen wir im Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit, im Tageskampf gegen die Not und um die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen unseren sozialdemokratischen Klassengenossen die Bruderhand. Indem wir die Scheidewand des „linken“ Arbeiterbetruges zertrümmern und niederreißen, schaffen wir die Grundlage für eine Einheitsfront aller Arbeiter auf der Basis des revolutionären Klassenkampfes um die gemeinsamen Interessen und für das gemeinsame Ziel: Ein freies sozialistisches Deutschland!

Wäre als bei der Reichstagswahl verlor die SPD auch bei den Kommunalwahlen, während die KPD einen glänzenden Sieg trotz Terror und Verleumdung errang. Und nun brachten es dieselben „linken“ SPD-Führer fertig, deren Organ die Umwertung der „kommunistischen Welt“ als ihre Aufgabe definierte, diesen großen Erfolg der von ihnen so schamlos geschmähten KPD für sich in Anspruch zu nehmen. Die Chemnitzer „Klassenstimme“ leitete ihren Artikel über das Ergebnis der Kommunalwahlen mit den Worten ein: „Siegesjubeln über Chemnitz! Die alte Arbeiterhochburg ist wieder rot!“ - Daß die KPD die einzige Vertreterin des Marxismus, der alleinige Sieger war, gegen die die SPD-Führer den Wahlkampf unter dem Motto „gegen Papen, Thälmann, Hilfer“ geführt hatten, ersahen mit einem Male „unwiderstehlich“.

Wiederum neue „linke“ Manöver

Mit Hilfe Pöbes und Otto Bauers und ihrer heuchelischen „Einheitsfrontangebete“ geben jetzt erneut die „linken“ in Sachen haufenweise. Herr Pöbel vertritt wieder eine „grundlegende Wende“ der Taktik der SPD, er findet „schärfste Opposition“ gegen die Regierung an. Wiederum sollen die SPD-Arbeiter an die verbrecherischen SPD-Führer schick-

In Dresden SPD-Edel - Schrittmacher des Parteivorstandes

Ein Musterexemplar eines „linken“ SPD-Führers stellt unweifelhaft für die Dresdener Sozialdemokratie Oskar Edel dar. Dieser Verräter, der noch vor dem Herbstberger Parteitag der SPD im Dresdener Unterbezirk eine „radikale“ Einschätzung der Regierung- und Staatsstrafe vorlegte, in der mit Worten gegen die Reaktion, ja sogar für die proletarische Diktatur Stellung genommen wurde, der aber auf dem Parteitag selbst diese Revolution vollständig unter dem Tisch hielten ließ. Dieser selbe Edel hat sich im Laufe weniger Jahre als ein mühter Gimpelbühler der sozialdemokratischen Parteivorstandspolitik entpuppt.

Rein Verbrechen, das die Weis und Müller begangen haben, das nicht durch Oskar Edel und die mit ihm durch die und dann gehenden „linken“ SPD-Führer Toni Sender, Wischner und Konforten mit mehr oder minder radikalen Thesen gedeckt und verteidigt wurde. Vom ersten Danziger Freier bis zu den Steuer- und Zollverhandlungen der Regierung Hermann Müller und Brüning, vom Raub der sozialen Rechte bis zu den brutalen Unterdrückungsmassnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, vom Ausbau des heuchelhaften Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie bis zur Millionenubvention an die Kapitalisten und der Beteiligung der Amderspeilung - das alles fand bei den ostfälischen SPD-Führern volle Unterstützung. Was die Toni Sender und Wischner im Reichstag mit durchführen hatten, das übertrug Oskar Edel und sein Kumpan Weidel auf die Maßnahmen im Sächsischen Landtag. Wie die SPD-Führer im Reich den kapitalistischen Regierungen die Durchführung ihrer Politik ermöglichen, so trug heute noch der ostfälische Reichstagsführer des Herrn Weis sein Jahr und Tag die erregationäre Schieds-Regierung und ihre Politik.

Der erste Danziger Freier bis zu den Steuer- und Zollverhandlungen der Regierung Hermann Müller und Brüning, vom Raub der sozialen Rechte bis zu den brutalen Unterdrückungsmassnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, vom Ausbau des heuchelhaften Unterdrückungsapparates der Bourgeoisie bis zur Millionenubvention an die Kapitalisten und der Beteiligung der Amderspeilung - das alles fand bei den ostfälischen SPD-Führern volle Unterstützung. Was die Toni Sender und Wischner im Reichstag mit durchführen hatten, das übertrug Oskar Edel und sein Kumpan Weidel auf die Maßnahmen im Sächsischen Landtag. Wie die SPD-Führer im Reich den kapitalistischen Regierungen die Durchführung ihrer Politik ermöglichen, so trug heute noch der ostfälische Reichstagsführer des Herrn Weis sein Jahr und Tag die erregationäre Schieds-Regierung und ihre Politik.



„Lieber Fleißer, die säkularische Regierung ist mit Ihnen sehr zufrieden. Unter ihrer erfahrenen Leitung wurden alle Versuche, die Ruhe und Ordnung in Leipzig zu stören, tatkräftig unterdrückt. Man muß den Mut zur Unpopularität haben, wie schon ihr Kollege Severing im Kampf gegen die Kommunisten immer gesagt hat.“

In Leipzig Der SPD-Demagoge Graf betrügt die SPD-Arbeiter

Im dieselbe Reihe bauen die Leipziger SPD-Führer um Hermann Liebmanna, der sich im Sächsischen Landtag als einer der mutendsten Kommunisten und brutalsten Gimpelbühler des Parteivorstandes auszuweisen hat. Gerade deshalb ist es auch kein Zufall, daß die immer härter werdende Reaktion der christlichen sozialdemokratischen Proletariats vor wichtigen Entscheidungen durch besonders bezugsgehobte geschickte Demagogen abgelenkt werden muß.

Für Leipzig spielt diese Rolle der „linke“ Engelbert Graf, der als Reichstagsabgeordneter der SPD zwar genau dieselbe Politik wie Toni Sender und Wischner nach dem Kommando der Weis u. Co. durchführt, der aber dafür um so mehr radikale Thesen dreht, wenn er vor den Leipziger SPD-Arbeitern Reden hält. Charakteristisch für seine Methode ist die Rede, die Engelbert Graf auf dem Leipziger Parteifunktionskongress der SPD zur Vorbereitung der letzten Reichstagswahlkampagne hielt. Dort fandte er wiederum die von den linken SPD-Führern stets vorgelegte „Wendung des Kurzes der SPD-Politik“ an. In dieser Rede verlor er mit einem Scheinverständnis über die Durchführung der Diktaturmethoden durch die Brüning-Regierung den SPD-Arbeitern vorzuliegen, daß man mit dieser Politik der Unterwerfung der Kapitalregierungen endgültig Schluss gemacht habe. Wörtlich erklärte er: „Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 sind aber Mittel der Diktatur. Die Brüning-Regierung bewegt sich immer weiter von der Demokratie weg und geriet auf das Gebiet der Diktatur...“ Damit war wider Willen eingestanden,

daß die Brüning-Regierung, die von der SPD gestützt wurde und der auch die linken sozialdemokratischen Führer in Sachen bewußt Huldbrachte leisteten, der sozialistischen Diktatur die Wege ebnete. Wer aber von den ostfälischen SPD-Arbeitern glaubte, daß mit dieser Erklärung der „Schlüßtritt“ unter die Tolerierungspolitik gezogen worden sei, der wurde wenige Tage danach eines besseren belehrt durch die SPD-Flugblätter, die in mehr oder minder offener Form den Arbeitern den Weg zurück zu Brüning und Hermann Müller empfohlen. Engelbert Graf kündigte auch „die notwendige Wende der Taktik“, die „ideologische Umfassung“ der Partei an. Wie aber die herrschende Klasse, die ihre Greis und Liebmänner sehr gut kennt, diese verlogenen Thesen einschätzte, zeigte die bürgerliche „Neue Leipziger Zeitung“, die im Zusammenhang mit dieser Grafischen Rede wörtlich folgendes schrieb:

„Von einem Mitglied des heutigen Kabinetts liegt schon das Fingerring vor, daß die Sozialdemokratie die staatsverhetzende Partei in höchster Potenz sei. Man hat sie zu Unrecht schlecht gemacht. Zu Unrecht verurteilt, und der Ausfall der Neuwahl wird auch zeigen ... daß bei ihr und bei dem Zentrum die wahren nationalen Kräfte versammelt sind.“

Die bürgerliche Zeitung entwarf durch dieses Geständnis, das sich auf die Erklärung eines Mitgliedes der Papen-Regierung (1) stützte, die Rolle der SPD als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie und die der „linken“ SPD-Führer als den wichtigsten Bestandteil dieser Politik.

und von der Herstellung einer wirklichen kämpfenden Einheitsfront mit den Kommunisten im Betrieb, auf der Stempelkarte, in den Häuserblöcken der Proletariatsviertel abgehalten werden, indem man die Einheitsfront von der Entscheidung der Klassenvertreter und Sozialimperialisten vom Schilde der Führer der II. Internationale abhängig machen will! Die wahre Rolle der „oppositionellen“ Sozialdemokratie wurde bereits am 20. April 1931 von der großkapitalistischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mit folgenden Worten gekennzeichnet:

„Die langsame Wandlung der Sozialdemokratie zur größten bürgerlichen Partei wird von uns nicht bestritten, sondern anerkannt; diese Wandlung verdient jede Förderung, aber auch aus diesem Grunde sehen wir keine Gefahr darin, jetzt die Konsequenzen aus dem Mißerfolg der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Reich und in Preußen zu ziehen. Wer behauptet, man müsse die Sozialdemokratische Partei gegenüber dem Kommunismus schätzen, sollte auch erkennen, daß sie in der Opposition dafür bedeutend bessere Aussichten hat, als in der Verantwortung...“

In Chemnitz „Linke“ Demagogen an der Spitze des Verrats!

Spitzenstellungen auf dem Gebiet „linker“ Demagogie zum Zwecke der Fesselung der rebellierenden SPD-Arbeiter an die Weis-Partei bringt jedoch die Chemnitzer SPD unter Pöbel und seinem Sprachrohr Gurland. Unmittelbar vor der Reichstagswahl brachte es die „Klassenstimme“, das Weis-Gurland-Organ, fertig, mit geradzu „revolutionärer“ Getöse folgenden zu erklären:

„Die reale Macht der Arbeiterklasse, das sind nicht Ministerposten, nicht papierne Gesetze, nicht leiblose Paragraphen einer ausgenutzten Verfassung, das ist organisierte Kraft, die der Arbeiterklasse die Lahmlegung der wirtschaftlichen Machtzentren der Bourgeoisie durch Niederlegung der Arbeit ermöglicht.“

Dies brachte ein Führer derselben Partei fertig, die die Kommunisten bei jedem aktiven Kampf gegen die Kapitalistatur beschimpfte, die am 20. April vor dem sächsischen Bewußtsein erbärmlich kapitulierten, die offen die Generallösungsforderung der KPD forderten und die dafür den öffentlichen Dank des Sächsischen Romanbanten Rundfunks einheimst. Und dieselbe „linke“ SPD-Organ, das diese Zellen druckte, labdierte in schamloser Weise die Streiks der Betriebsbelegschaften gegen den notverordneten Lohnabbau!

Mit diesen Thesen verführten und verführten die „linken“ SPD-Führer die SPD-Arbeiter abzuhalten von dem offenen Bruch mit dieser Partei, der das Kennzeichen des Klassenverrats durch ihre Praxis auf die Stirn geschrieben ist! Gleichzeitig aber begaben sie in ihrer raffinierten „linken“ Art gegen die kommunistische Partei. Während sie den Klassenkampf und die Ein-

heitsfront der Arbeiter im Tageskampf in der Praxis sabotieren, führen sie demagogische Wander durch, um für ihren Verrat und ihre Sabotage - die kommunistische Partei verantwortlich zu machen.

„Tod der kommunistischen Welt!“

Versuchten so die „linken“ SPD-Führer in ganz Sachen sich die Masse des „Verrats“ für die Einheitsfront mit den Kommunisten vorzubinden, um nachher um so härter gegen die KPD heken zu können, so ließ doch ein SPD-Blatt vorzeitig die Masse fallen. Am 7. November erklärte die „Oberlausitzer Volkszeitung“ im Zusammenhang mit einer verketten Anpreisung des Tolerierens der sozialistischen Verfallsregierung:

„Wir werden vor allen Dingen Zeit und Gelegenheiten haben, an der ... Überwindung der kommunistischen Pest wirksam arbeiten zu können als bisher.“

Mit dieser schamlosen Erklärung solidarisierte sich das SPD-Organ offen mit der Herberung Papens und Ausrottung des Kommunismus „mit Stumpf und Stiel“ und lieberte sich gleichzeitig bei der Bourgeoisie als besserer Bekämpfer des Volkseigenen an. Hier zeigt sich die gemeinsame Basis der SPD-Führer mit den Hauptkämpfern der sozialistischen Kapitalistatur - beide stehen in einer Front im Kampf gegen den Todfeind des Kapitalismus: gegen die kommunistische Partei! Auch dafür blieb die Quittung nicht aus. In viel härterem

SPD-Klassengenossen, wir rufen euch!

Reht euch nicht erneut betrüger. Wir reichen euch die Bruderhand zur Einheitsfront im Tageskampf. Wir Kommunisten haben in der antifaschistischen Aktion die Massen mobilisiert zum Widerstand gegen den Blutterror der Nazis. Wir haben an der Spitze des Kampfes gegen die sozialistische Klassenjustiz, die gegen Lohn- und Unterdrückung stand. Wir organisierten so durch den Tageskampf gegen die sozialistische Maßnahmen der Bourgeoisie den Kampf der Arbeiterklasse für die Beteiligung der sozialistischen Kapitalistischen Systeme, das was wir uns ausbedient und unterdrückt. Wir kämpfen damit für den Sozialismus.

In diesem Kampfe in der Einheitsfront stellen rufen wir Kommunisten auch SPD-Revolutionäre, unsere Klassengenossen! Macht Schluß mit der SPD und ihren „linken“ Helfershelfern, den Edel, Sender, Graf, Graupe und Pöbel! Verrätet euch mit uns unten in den Betrieben, auf den Stempelkarten, in den Registrierbüchern zum Kampfe gegen die sozialistische Kapitalistatur.

Marschiert Schulter an Schulter mit den Kommunisten gegen den gemeinsamen Klassenfeind, die Bourgeoisie, für das gemeinsame Ziel, den Sozialismus!

Kampf gegen Faschismus, heißt Kampf gegen die betrügerische „linke“ SPD

SPD gegen werktätige Frauen!

Wenn bisher noch viele Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die sozialdemokratische Mitglieder und Anhänginnen, noch nicht glauben, daß die SPD nicht die Partei ist, die ihre Interessen vertritt, so wurde ein großer Teil von ihnen in den letzten Wochen und Monaten eines anderen belehrt.

Die praktischen Erfahrungen, welche die Arbeiterinnen bei den Kämpfen machten, zeigten ihnen immer mehr, daß die SPD nicht auf Seiten der Arbeiterschaft, sondern auf der Seite des Unternehmers steht. Diese Erfahrungen machten sie bei der Tarifkämpfe in der sachlichen Textilindustrie. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und die SPD-Betriebsräte verhielten sich gegenüber den Arbeiterinnen und jeder Kampfbereitschaft der Arbeiterinnen abzuwenden.

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Götzer vom Textilarbeiterverband sagte in einer Plenarsitzung im August in der Leipziger Baumwollfabrik:

„Besonders die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen hätten kein Interesse an Politik und Wirtschaft, sie seien zu sehr von den täglichen Sorgen eingenommen und hätten dadurch die Orga-

nisierung des Krieges. Manche hauswirtschafterliche Frau macht mit den geringsten Mitteln Unmögliches möglich, und mancher Mann vermag es ihr gleich zu tun. Wenn Mann und Frau in der Not freudig zueinanderhalten, dann werden sie und ihre Kinder auch diese harte Zeit ohne gesundheitliche Schäden überleben.“

Da habt ihr es, sozialdemokratische Arbeiterinnen, wenn auch die Löhne noch so oft abgebaut werden und die Unterstützung noch nicht gelöst wird und wenn ihr nur versteht, hauswirtschafterlich mit den geringsten Mitteln umzugehen, dann wird alles gut.

SPD-Führerinnen und Faschismus!

Toni Sender, die bekannte „linke“ SPD-Führerin, schrieb in der „Frauenwelt“, März 1932:

„Der Weg ist klar: Wir Frauen haben uns eingestellt in die Eisernen Front, entschlossen unseren Mann zu stellen in diesem Jahr der Entscheidung 1932.“

So gehen wir in die nächste Schlacht. Die Präsidentenwahl im entfallenen Willen, unsere Stimme dem Kandidaten (Hindenburg) zu geben, dessen Treue gegenüber der Verfassung von Weimar wir kennen und der die beste Gewähr hat, dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten, von der es sich nicht mehr erholt.“ Dann heißt es weiter: „Hindenburg ist ein grundanknüpfender christlicher Mann, der wohl einmal irren kann, aber mit dem man ruhig ein absolut christliches Bündnis eingehen kann.“

Proletarische Frauen, Klassengenossinnen von der SPD! Ihr habt einen Anhaltungsantrieb über die „Kücherei“ des Faschismus durch Hindenburg erhalten. Er war es, der die Vapen-Regierung einsetzte. Er ist es, der mit Hitler verhandelt und Hitler zu seinem Verräter macht. Wo bleibt jetzt der Protest eurer Partei? Rufen sie die vier Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter zum Kampf gegen den Hitler-Faschismus auf? Rufen sie euch zum Kampf auf? Sie denken nicht daran, sie waren und sind die Wegbereiter des Faschismus und werden euch auch dem Hitler-Faschismus ausliefern.

Nicht die SPD ist eure Partei, sondern die Kommunistische Partei allein vertritt eure Interessen! Deshalb reißt euch ein in die rote Klassenfront und kämpft mit der Kommunistischen Partei!



Arbeiterfrau mit 4 Kindern in einem Bett. Die Folge sozialdemokratischer Tolerierungspolitik

...ation geschwächt, weshalb Mann auch kein Streik geführt werden.“

„Der Gegenteil aber bemerken die Arbeiterinnen bei den Wahlen gegen den Lohnabbau der Vapen-Notverordnung. Dort haben sie oft in vorderer Front. Sozialdemokratische, kommunistische, parteilose und auch Naziarbeiterinnen kämpften erfolgreich gegen den betrieblichen Lohnabbau. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und SPD-Betriebsräte forcierten zum Streikdruck auf und wogten die Vorkämpfer ab. In Leipzig bei der Textil & Krüger war es die SPD-Betriebsratin Scherz, die zuerst für den Streik war, am nächsten Morgen aber die Arbeiterinnen und Arbeiter aufforderte, wieder in den Betrieb zu gehen. In der Brauerei in der Leipziger Straße in Leipzig forcierte der Gewerkschaftsführer Schiele zum Streikdruck auf, indem er die Beurlaubung der streikenden Beurlaubten erließ.“

Die qualifizierten Arbeiterinnen, die Automatenfabrikerinnen können in anderen Großbetrieben (die Streikarbeit leisteten) Arbeit annehmen.“

Die Arbeiterinnen aber lehnten diese A. Herabsetzung zum Streik ab. In vielen Betrieben kann der Verrat der sozialdemokratischen Führer nachgewiesen werden. Die Arbeiterinnen, die von ihren Löhnen sich kaum noch halten können, haben das zum großen Teil der SPD zu verdanken.

Die Verurteilung der Arbeiterfrau in Berlin, die ein Jahr Zuchthaus bekam, weil sie einen Stein gegen die Streikbrecher geworfen haben soll, ist ebenfalls auf das Konto der Sozialdemokratie zu schreiben. Viele Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen haben daraus die Lehren gezogen. Auch alle anderen müssen erkennen, daß sie in dieser Partei nichts mehr zu suchen haben.

3/4 Million erwerbslose verheiratete Frauen

Wird mit Hilfe der SPD der Unterhalt durch den Staat, indem die Sozialdemokraten der Räumung der Notverordnung zustimmen.

Vielen erwerbslosen Arbeiterinnen wurde die Hungerunterstützung immer mehr gekürzt, weil die SPD zwei Jahre lang die Brüning-Regierung tolerierte und all ihre Notverordnungen unterzeichnete und durchführte hat, weil die SPD auch unter der Vapen-Regierung die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie war und weiterhin ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bohm-Schuch über sagte in Leipzig bei einer Frauendemonstration den proletarischen Frauen:

„Ihr wißt alle, was das heißt, wenn unsere Schwestern in den arbeitslosen Familien mit 8, 9 und 11 Raaf pro Woche, je nach der Kinderzahl auskommen müssen. Und immer wieder rufen wir vor der Tafel, ob es überhaupt noch möglich ist, mit diesen paar Groschen eine Familie „anständig“ zu ernähren. Diese Leute, die gewohnt sind, mit Hundertmarktscheinen umzugehen, wie wir mit Pfennigen, die niemand im Leben aus Not haben rechnen müssen, haben den erbärmlichen Mut, die Erwerbslosen, die sozialen Kleinsten unter uns, zum Spott auszuwerfen. Ich würde den Herren Ministern nur 10 Raaf für ihre eigene Person zugestehen.“

Aber Frau Bohm-Schuch und die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Ministern nicht 10 Raaf, sondern viele pfennigwerte Mark zugestanden. Sie bewilligten den hohen Gehalt der Brüning und Hindenburg und den übrigen Ministern und lehnten die Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen, die von den Kommunisten gefordert wurden, ab.

Der Arbeiterkampf predigt die SPD durchgehends! In Nummer 32 der „Metallarbeiterzeitung“ heißt es in einem Artikel:

„Stilles Gelbesium“

„Zwischen engen vier Wänden bleibt heute kaum weniger, als

So werdet ihr verraten, SAJler!

Arbeitsdienst, Wahlrechtsraub, Kriegsvorbereitung

Niederhalt rüsten die Imperialisten in allen Ländern der Welt zur Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Im Fernen Osten hat der Krieg des japanischen Imperialismus gegen China und der Mandchurien bereits begonnen. Die Gefahr eines Krieges durch den politischen Imperialismus zur Annexion Danzigs und Ostpreußens steigt von Tag zu Tag.

Die deutsche Bourgeoisie läßt kein Mittel unbenutzt, um ihren Mann bei der Vorbereitung zum neuen imperialistischen Krieg zu stellen. Die hauswirtschafterliche Welle wird weitergeschleppt. Kino, Theater, Kleinkunst, in Zigaretten, Schokolade, Arbeitsdienstpflicht, Wahlrechtsraub, Reichsstatut, Schule und Kirche, alles ist heute in den Dienst der Vorbereitung und Militarisierung der arbeitenden Jugend zum Krieg gegen die Sowjetunion eingestuft.

In dieser Militarisierung und Kriegsvorbereitung der deutschen werktätigen Jugend spielt die Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Arbeiterjugend eine große Rolle. In der Zeitschrift „Kampf“, dem Organ der 2. Internationale, schreibt der bekannte Sowjetfeind und Menschewitz Dan einen Artikel, in dem er die jenseitige Kriegsvorbereitung an den Ostgrenzen Sowjetrußlands auf die Schuld der Sowjetunion und ihrer Regierung schiebt.

In der gleichen Linie rufen sozialdemokratische Jugendführer zur Vaterlandspartei auf. Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt, angesichts der wachsenden Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion, die SAJ eine Festschrift „Jugend er wacht“ herausgegeben hat. Kampfschrift vertritt man da, daß man der sozialistischen Jugend Vaterlandspartei nicht vorwerfen kann. So heißt es unter anderem:

„Der Sozialist Ludwig Frank, der bei Ausbruch des Krieges freiwillig an die Front ging und schon im September 1914 im Felde fiel, war in der Postkriegszeit der Führer der enttäuschten deutschen Arbeiterjugend... die Kulturen des eigenen Landes beherzigen... Da machen wir wahr, was wir immer brüht haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“

Das ist nichts anderes, als aktiver Helfer des Krieges gegen die Sowjetunion zu sein.

Nach mit Wahlrechtsraub einverstanden

Aus der Tatsache heraus, daß die Stützen der kapitalistischen Herrschaft, Sozialdemokraten und Nazier, bei den letzten Wahlen hundertausende Jungwähler verloren haben und der revolutionäre Aufbruch der proletarischen Jugend mit in die Kampffront gegen die imperialistische Weltmacht eintritt, hat der bisherige Innenminister Gohl den Wahlrechtsraub für Millionen Jungwähler angeordnet, im Reichsministerium wurde folgender Verordnung zugestimmt:

„Arbeitsdienstpflichtige sind weder wahlberechtigt noch wählbar.“

Das ist der erste Schritt zur Durchführung der Wahlrechtspläne. Die proletarische Jugend, die gegen das bestehende System rebelliert, soll politisch völlig entrechtet werden. Deshalb muß die revolutionäre Jugend den Kampf gegen Wahlrechtsraub führen. Nicht für die Weimarer Verfassung, mit der erst die imperialistische Herrschaft ermöglicht wurde, sondern Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, wo jeder junge Schaffende vom 18. Lebensjahr ab das Wahlrecht hat und den Ausbeutern das Wahlrecht genommen wird. Dafür gilt es zu kämpfen.

Im Crimmitschauer Arbeitslager sollte der Wahlrechtsraub durchgeführt werden. Durch den geschlossenen, einheitlichen Kampfwillen der Jungbannernkameraden, Jungschüler, Parteigenossen und Jungkommunisten, die in einer Front gemeinsam kämpften, erlangten sie sich ihr Wahlrecht. Der gewählte Kampfschluß erzwang vom Bürgermeister das Wahlrecht für die Arbeitsdienstpflichtigen.

SAJ-Genossen, das ist der richtige Weg des Kampfes gegen den Wahlrechtsraub. Aber gute Führung ist für Wahlrechtsraub. Schreibt doch eure „Arbeiterjugend“, September 1932, daß es sich über die Draufhebung des Wahlalters und Wiedereinführung des Einmann-Wahlkreises reden ließe. Diese Feststellung muß in euren Reihen den schärfsten Kampf hervorrufen. Vermt von Crimmitschau. Nur unter revolutionärer Führung, in fester Einheitsfront, schlagen wir die Angriffe der imperialistischen Kapitalisten zurück.

In diesem Zusammenhang des Wahlrechtsraubs an der werktätigen Jugend steht die Frage des gemeinsamen Kampfes gegen Arbeitsdienst und Reichsstatut für Jugendberufshilfe.

„Arbeitsdienst — ein Stück Sozialismus“

Der Arbeitsdienst, auch der „Freiwillige“, ist ein Mittel, wie schon oben betont, zur Militarisierung der werktätigen Jugend. Auch hier sind es die Führer der SAJ, SPD und des KJVD, die für Arbeitsdienstpflicht eintreten. SAJler, vielleicht erinnert ihr euch noch, an Hülse und Schicksale von Justizministerkonferenzen eurer Organisation, die gegen jede Form der Arbeitsdienstpflicht waren. Was heißt? Wir wollen nur einen geringen Teil von den unzahligen Jünglingen und Jünglingen. So ist es 19. 3. 32: Die Wehrverbände sind nach einer Mitteilung des Präsidenten der Reichswehr für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge bisher härter als das Reichsbanner am Freiwilligen Arbeitsdienst

burg) zu geben, dessen Treue gegenüber der Verfassung von Weimar wir kennen und der die beste Gewähr hat, dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten, von der es sich nicht mehr erholt.“ Dann heißt es weiter: „Hindenburg ist ein grundanknüpfender christlicher Mann, der wohl einmal irren kann, aber mit dem man ruhig ein absolut christliches Bündnis eingehen kann.“

Proletarische Frauen, Klassengenossinnen von der SPD! Ihr habt einen Anhaltungsantrieb über die „Kücherei“ des Faschismus durch Hindenburg erhalten. Er war es, der die Vapen-Regierung einsetzte. Er ist es, der mit Hitler verhandelt und Hitler zu seinem Verräter macht. Wo bleibt jetzt der Protest eurer Partei? Rufen sie die vier Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter zum Kampf gegen den Hitler-Faschismus auf? Rufen sie euch zum Kampf auf? Sie denken nicht daran, sie waren und sind die Wegbereiter des Faschismus und werden euch auch dem Hitler-Faschismus ausliefern.

Nicht die SPD ist eure Partei, sondern die Kommunistische Partei allein vertritt eure Interessen! Deshalb reißt euch ein in die rote Klassenfront und kämpft mit der Kommunistischen Partei!

„Freies Wort“ vom 15. 5. 32: „Da die Arbeitsdienstpflicht und der sozialistische Staat ja durchaus nichts Gegensätzliches sind, ist bei einer aktiven Führung der freiwilligen Arbeitslosen durch uns vielleicht die Möglichkeit gegeben, ein Stück zum Sozialismus vorzudringen.“

Heute haben wir die Beispiele, junger Klassengenosse in der SAJ, daß Arbeitsdienstpflicht keine Rettung für die werktätige Jugend bringt, sondern Wahlrechtsraub, Faschismus, Krieg, weiteren Hunger und weitere Not. Nicht „gerühmter Mann“ des Reichsstatutes, sondern Kampf um tatsächliche Arbeit und genügend Brot, das müssen wir uns in roter Einheitsfront erkämpfen.

Manöver der SAJ-Führer gegen Reichsstatut

Es, wie wir es als Jungkommunisten vorausgesehen, ist es geschehen. Nach dem Arbeitsdienst die Kalemierung und Militarisierung der Jugend Reichsstatut für Jugendberufshilfe soll die Jugend zu Juch, Ordnung und Opferbereitschaft erziehen. Geländesporthaus, der bessere Ausdruck, Lager zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, nennt man die körperliche Erziehung der deutschen Jugend. Der wahre Charakter dieser Lager kann aber nicht besser enthüllt werden, wie dies in einem Artikel der „KJVD“ vom 12. November 1932 geschieht. Wörtlich sagt der Kritiker:

„Dazu kam Hinwirken und Aufführen mit Gewehr, schließlich das Kleinkaliberbüchsen auf 50 Meter, das selbstverständlich den meisten Spaß machte, Nachmärche und Orientierungsübungen, Entfernungsmessungen und ähnliche Dinge mehr.“

Der Zweck ist offensichtlich, die Jugend soll militarisiert werden. Die treuesten Helfer findet die Bourgeoisie auch hier wiederum in der SPD-Bürokratie. Das ist bis heute der SAJ-Hauptvorwand gegen das Reichsstatut für Jugendberufshilfe, Hauptvorwand gegen das Reichsstatut für Jugendberufshilfe, Hauptvorwand ausgesprochen, so erklären wir dies als gemeinsames Bestreben manöver an der werktätigen Jugend. Auch seit 40 zeigt sich, daß etwas ungewollt den Betrügnern der SAJ-Führer die Nase vom Gesicht. Es heißt: „Militarisierung der Jugend und wir“. Die Kommunisten werden uns anstreifen, wenn wir uns an dieser Ausbildung beteiligen. Aber das haben sie beim SAJ auch getan und jetzt schämen sie ihre eigenen Jugendgenossen hinein, um Zerkerungsarbeit zu treiben. Was man nicht verhindern kann, soll man versuchen, sich nutzbar zu machen.“

Junger Klassengenosse in der SAJ, erkenne, wofür der Kurs eurer Führer geht. Arbeitsdienst, Militarisierung und Wahlrechtsraub führen nach Auffassung deiner Führer zum Sozialismus. Die Arbeiterjugend wird und muß diesen Schandverbrei zurück machen, indem sie sich einreißt in den KJVD und gemeinsam mit ihm den Kampf gegen den Militarismus aufnimmt.



Jungarbeiter: Ausgesteuert, Wohlfahrtsschlaf, zerrissene Schuhe, hungrigen Magen — das ist das Resultat sozialdemokratischer „Hilfswachens“ im Sozialismus“

Arbeiterfrauen, Arbeiterjugend, kämpft mit der KPD um Lohn und Brot!

RUND UM DEN ERDBALL

Arbeitsdisziplin

Sinn und Zweck des Beschlusses der Sowjetregierung über die Hebung der Arbeitsdisziplin

Die „Pravda“ stellt in einem Artikel zum Beschluß über die Hebung der Arbeitsdisziplin fest, daß der Kampf um die Erhöhung der Arbeitsdisziplin der Sowjetunion grandiose Erfolge zu verzeichnen hat. Der vorbedachte Proletariat - der Entschlossenheit der sozialistischen Produktion - ist die zentrale Figur in unseren Kämpfen und Betrieben. Er kennt keine Entfremdung von der Arbeit ohne triftige Gründe. Er fühlt sich autorisiert mit dem Produktionsprozeß verbunden und übernimmt die Verantwortung für die Erfüllung des Produktionsplans des Unternehmens. Der sozialistische Wettbewerb, der Millionen besserer Arbeiter und Strohbrigaden umgibt, hat ihnen die Arbeit zu einer Sache der Ehre gestaltet.

Seit dem Sturz der jahrhundertelangen Kapitalherrschaft schreibt die Arbeiterklasse unseres Landes heldenhafte Seiten ihrer Geschichte. Es war die Arbeiterklasse die Maginotort, Kuones, Dnjeprstrotz und die gigantischen Autos, Traktoren, elektrischen und chemischen Industrien schuf. Die Arbeiterklasse ist es, die den fünfjährigen Plan in vier Jahren erfüllt und noch größere Aufgaben ausfüllt, im zweiten fünfjährigen Plan die nationale sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Doch die Zulassung der Arbeiterklasse ist nicht einheitlich. Neben Kaderarbeitern gibt es in unseren Betrieben viel junge Arbeiter, die die kapitalistischen Betriebe nicht kennen. Nicht selten gewöhnen sie sich an sozialistische Formen der Arbeit. Nicht wenig gibt es auch solche Arbeiter in unseren Betrieben, die früher Kleinrentner, arme Bauern und Mittelbauern waren, die für die Sowjetmacht voll eintriften, aber sich noch nicht auf das Niveau des Sozialismus um jede Tonne Erz, Stahl, Kohle und Getreide erhoben haben. Diese Arbeiter müssen erzogen werden im Geiste der Sozialisten um das Allgemeinwohl und der sozialistischen Behandlung der Waren. Sie müssen der entscheidenden Bedeutung des Anwachsenden der Arbeitsintensität für den Sieg der neuen sozialen Ordnung sich bewußt werden.

Ju glauben, daß all dies ohne hochentwickelte Disziplinierung und ohne harte Disziplin im Produktionsprozeß gelinge, bedeutet Unkenntnis der Wirklichkeit, bedeutet, den sozialistischen Aufbau dem opportunistischen Selbstläufer und den bürokratischen Elementen zu überlassen. Gerade daher hat Lenin über die Disziplinierung der Arbeiter geschrieben, daß für den Sozialismus die größte Schwierigkeit in der Sicherung der Arbeitsdisziplin besteht. Ohne Hebung der Arbeitsdisziplin und ohne Überwindung des eigenmächtigen Fernbleibens von den Arbeitsstätten werden wir die grandiosen Aufgaben des zweiten fünfjährigen Plans nicht lösen!

Das Blatt bringt eine Reihe praktischer Beispiele vom Fernbleiben von Arbeitern von Betrieben, wobei festgestellt wird, daß in den Betrieben des Kommissariats für Schwerindustrie im Jahre 1932 auf einen Arbeiter 0,78 Summerrate (der Monat August als Grundlage genommen) entfallen. Nach Aufhebung der Summerrate im Steinkohlenbergbau und in der Schwermetallindustrie schreibt der Verfasser des Artikels weiter:

Die Arbeitsdisziplin ist die Voraussetzung für die Erzeugung von Kohlen und für hunderte Millionen Rubel Artikel des täglichen Bedarfs, die der Staat notwendig braucht. Die Summerrate und Arbeitsdisziplin des Arbeiters sind die Voraussetzung für die Erzeugung der gerechten Entlohnung der besten Arbeiter. Letztere hat sich die Summerrate des einen oder anderen Arbeiters in einer Senkung des Einkommens des ehrlichen Arbeiters eines abhängigen Produktionszweigs ausgemittelt. Dazu kommt noch, daß die Summerrate bisher Bezugsarten für Lebensmittel und Industriewaren sowie Betriebsanordnungen ohne weiteres erhielten. Der neue Beschluß der Regierung sowie die vom Zentralkomitee der Partei und vom Räte der Volkskommissare ausgearbeiteten Bestimmungen über die Erweiterung der Rechte der Betriebsleitungen stehen unter dieser Anordnung den Schlichtern.

Die Durchführung der Beschlüsse der Partei und der Regierung hebt den Kampf für die Arbeitsdisziplin in den sozialistischen Betrieben auf eine neue Stufe. Sie sichert das Anwachsen unserer Produktion und damit die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen der Sowjetunion. Diese Beschlüsse werden die weitere Hebung der Arbeitsdisziplin sichern. Sie geben die Möglichkeit, das sozialistische Prinzip, jeden für seine Arbeit zu be-

zahlen durchzuführen und das Arbeitsmaß und das Ausmaß der Ansprüche jedes Arbeiters zu kontrollieren.

Wir haben die beste Arbeitsorganisation der Welt. Das Sowjetregime beherrscht den Arbeitstag auf sechs, sieben und acht Stunden (je nach dem Charakter der Arbeit) und ruht jedem Werktätigen einen Erholungsurlaub. Die morgens und des abends die ständige Betreuung der Arbeiter und der Arbeitshilfen der Frauen und der Jungarbeiter eingerichtet. Millionen Werktätigen besuchen alljährlich Sanatorien und Erholungsheime. In dem Maße des Anwachsenden unserer Wirtschaft verbessern sich die kulturellen und materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen, während in den kapitalistischen Ländern schimmert Hunger, Dürre und Elend der Werktätigen. Die Arbeiterklasse, wird vom Kapitalismus vernichtet. Dagegen haben wir alle Bedingungen für ein unaufhaltbares Wachstum der kulturellen und des materiellen Niveaus der Arbeiterklasse und der Werktätigen geschaffen.

Mit dieser schätzbaren Energie müssen wir den Kampf gegen die Arbeitsdisziplin und gegen die Schwänzer führen, die den Produktionsprozeß desorganisieren und der gesamten Arbeiterklasse Schaden zufügen!

Grubeneinsturz in Oberschlesien

Vier Arbeiter verschüttet

Wieslau, 25. November. Auf den Teufels-Schächten in Hindenburg, die der Preuberg gehören, hat sich gestern in den letzten Abendstunden ein schweres Grubeneinsturz ereignet. Eine Strecke von etwa 30 bis 35 Meter ging zu Bruch. Vier Mann, die am Ende des Stollens arbeiteten, konnten sich nicht mehr retten und wurden durch die herabstürzenden Gesteinsmassen eingeschlossen. Nur andere Arbeiter, die weiter vorn tätig waren, konnten sich einen Weg ins Freie bahnen.

Die sofort alarmierten Rettungsmannschaften haben kurze Zeit nach dem Unfall ihre Arbeit aufgenommen. Es gelang, mit einem der Verschütteten durch Klopfzeichen in Verbindung zu treten.

D-Zug Berlin-Basel überrennt Sanitätsauto

Genthin, 25. November. Der D-Zug Berlin-Basel, der in Genthin als „Diplomatenzug nach Genf“, der die Reichshauptstadt vom Potsdamer Bahnhof um 21.00 Uhr verläßt, ist heute nach Genthin mit einem Sanitätsauto der Genthiner Arbeiter-Samariter zusammengestoßen. Das Rettungsgauto wurde durch den Zusammenstoß zerstört.

Der schwere Unfall ereignete sich um 22 Uhr an einer Bahnstation bei Genthin. Dort wird der Schienenstrang von der Berlin-Magdeburger Fernstraße gekreuzt. Das Rettungsgauto der Genthiner Arbeiter-Samariter hatte eine schwer verletzte Frau ins Krankenhaus nach Magdeburg gebracht und befand sich gerade auf der Rückfahrt nach Genthin. Der Führer bemerkte, daß der Schlagbaum der Bahnstation sich bereits herabließ, er wollte jedoch, noch vor dem bereits in Sichtweite befindlichen D-Zug die Gleise überqueren zu können. Die Schranke auf der anderen Seite war jedoch bereits zu weit heruntergelassen, so daß der Wagen halb auf den Schienen liegen blieb.

Der D-Zug kam in voller Geschwindigkeit heran, überrennte das Auto und zertrümmerte es völlig. Der Führer wurde durch den Stoß herausgeschleudert und blieb in mehreren Metern Entfernung liegen. Wie durch ein Wunder ist es unbeschadet geblieben.

Ein deutscher Gelehrter auf Nowaja Semlja

Moskau, 25. November. Wie aus Peningrad gemeldet wird, hat der Führer der Forschungs-Expedition auf der Insel Nowaja Semlja dem kommissarischen Amtlichen Institut berichtet, daß zur Zeit alle Vorbereitungen für die Überwinterung einiger Mitglieder der Expedition auf einem der größten Gletscher auf Nowaja Semlja getroffen werden. Zu ihnen gehört auch der deutsche Gelehrte Welfen, der die Dede der Eisschichten untersuchen wird.

Großfeuer in Dresden

Dresden, 25. November. In der Nacht zum Freitag brach in Dresden-Neustadt in unmittelbarer Nähe des Hochhauses am Albertplatz ein großes Schuppenfeuer aus, dem die Holzwerkstoffe und das Auslieferungslager für Sperrholz und Furniere der Firma Holzplatten-Import-Gesellschaft Fromm & Kolbenbaum, Berlin, fast vollständig zum Opfer fielen. Der Brand Schaden wird auf 30.000 Mark beziffert. Die Feuerwehr ging mit acht Schlauchleitungen dem Brand zu Leibe, mußte sich aber in der Hauptsache auf den Schutz benachbarter Bauten beschränken. Die Löscharbeiten waren durch die starke Rauchentwicklung sehr erschwert und gingen zunächst unter Jodeln, dann unter Scheinwerferbeleuchtung vor sich. Der Verkehr mußte längere Zeit unterbrochen werden.

Die „feinen Leute“ als Schieber

Bad Godesberg, 25. November. In Bad Godesberg ist man sich über die Folgen der Verhaftung der in die englische Vertriebsstellen auf Godesberg und Walldorf vermittelte hat. Die die Zollabfertigung-Rolle mittelst hat eine theilweise Erbengemeinschaft in Bad Godesberg durch Vermittlung eines Majors a. D. eines Bankdirektors und eines Notars der Banken in Köln und Berlin 100.000 Mark in Wert von 150.000 Mark verkauft und den Erlös unredlich ins Ausland geschafft. Der Bankier wurde festgenommen, der Major a. D. und der Notar sind flüchtig; es ist Haftbefehl gegen sie erlassen worden.

Die Effekten wurden in Holland aufgelöst, über die Grenzgehalte und hier unter Umgehung der Devisenwirtschaftsbestimmungen zu der erheblich höheren deutschen Börsennotierung verkauft. Der Erlös ist dann wieder ins Ausland geschafft worden. Der in die Angelegenheit vermittelte Notar stammt aus Walldorf und soll sich jetzt in Stralsburg aufhalten. Der Major a. D. wohnte in Bad Godesberg und war dort sehr angesehen. Der Bankier ist bereits eingehend verhört worden. Die Unterluchung ist noch nicht abgeschlossen.

Die Sowjetpresse zum 300. Geburtstag Spinozas

Am 24. November jährte sich zum 300. Jahr der Geburt des großen Philosophen der letzten Jahrhunderte, Spinoza. Er ist einer der bedeutendsten Denker des Materialismus. Seine Philosophie war dem Materialismus aller Konzeptionen bis ins Letzte im Grunde „Gibt“ und seine anderen philosophischen Schriften gehören nach heute zu den besten Werken des Idealismus, wenn sich auch Konzeptionen über Chatterboxen, Kabbalah und Wäffen in letzter Zeit der Spinoza brüderlich haben und seine klare arbeitliche Lehre ins Gegenteil umwälzen konnten.

Wir geben im Nachstehenden einiges aus der Erklärung der Sowjetpresse zum 300. Geburtstag Spinozas wieder:

Die Stelle der Sowjetunion widmet dem 300. Geburtstag des holländischen Philosophen, Materialisten und Arbeiter Spinozas ausführliche Artikel. Die Blätter bringen zahlreiche Artikel über Materialismus und Religion sowie Zitate von Marx, Engels, Lenin, Stalin über die Bedeutung des philosophischen Materialismus. Die „Pravda“ enthält die Spinoza gewidmete Seite nach dem Lenin-Zitat: „Kur der philosophische Materialismus Marx hat dem Proletariat den Ausweg aus der irdischen Verfluchung aufgezeigt, in der sich bisher alle unterdrückten Klassen befunden haben.“ Neben der Biographie bringen die Blätter Artikel über die Rolle Spinozas in der Entwicklung des Marxismus. Ein Artikel der „Pravda“ heißt u. a. folgend:

„Gegenwärtig, da der Kampf um den Materialismus, gegen die komplizierte Reaktion der ganzen Welt unsere wichtigste Aufgabe ist, da der Kampf gegen die diplomierten Lakaien des Idealismus (Lenin) ein Hauptbestandteil unseres Kampfes gegen die kapitalistische Sklaverei ist, muß der 300. Geburtstag des größten Philosophen der neuen Zeit, des bedeutendsten Vertreters des Materialismus und des Idealismus, ein Anlaß für

die weitere Vertiefung und Entfaltung des Angriffs der leninistischen Philosophie auf den ganzen Front sein.“

Nach einer Darlegung der Meinungsstöße über die Philosophie Spinozas und nach der Darstellung einer Fälschung durch Sozialisten wird festgestellt, daß Marx, Engels und Lenin die einzig klare Bewertung seiner Philosophie gegeben und damit die Werktätigen zum Kampf gegen die Philosophie der Bourgeoisie und gegen den Revisionismus jeder Art ausgerüstet haben. Die Hauptaufgabe ist gegenwärtig die Enthüllung des materialistischen Inhalts und des geschichtlichen Sinnes, die Auslegung seiner geschichtlichen Rolle und der weiteren Entfaltung des Materialismus, der Philosophie und der Wissenschaft sowie seiner Unerschütterlichkeit und historischen Regenzigkeit. Lenin verwies darauf, daß die Lehre Marx' nicht „neben der Landstraße der Weltzivilisation“ entstanden ist. Die Genialität von Marx und Engels besteht darin, daß ihre Lehre „die gerade und direkte Fortsetzung der Lehre der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus“ ist. Unter diesen großen materialistischen Philosophen nimmt den bei weitem nicht letzten Platz Spinoza ein.

In diesen Tagen sind zahlreiche Neuauflagen von Werken Spinozas herausgebracht worden. Hoch künstlerische Werke sind ins Russische übersetzt worden. Das Philosophische Institut der Kommunistischen Akademie veranstaltet einen besonderen Spinoza-Abend mit Referaten über Spinoza und den dialektischen Materialismus sowie über die historische Bedeutung der Philosophie Spinozas.

*Aus 6 Millionen kampfgewillten KPD Wählern
schmieden wir
6 Millionen kampffähige Soldaten der Revolution*

Durch die Verlosung
Arbeiterliteratur im Kampf für die Einheitsfrontaktion
schleudern wir

*20000 revolutionäre Schriften
in die werktätigen Massen!*

Massenumsatz der Lose steigert Masseneinfluß der Partei
Jedes 6. Los gewinnt — Preis 10 Pf.
Ziehung: 10. Dezember 1932

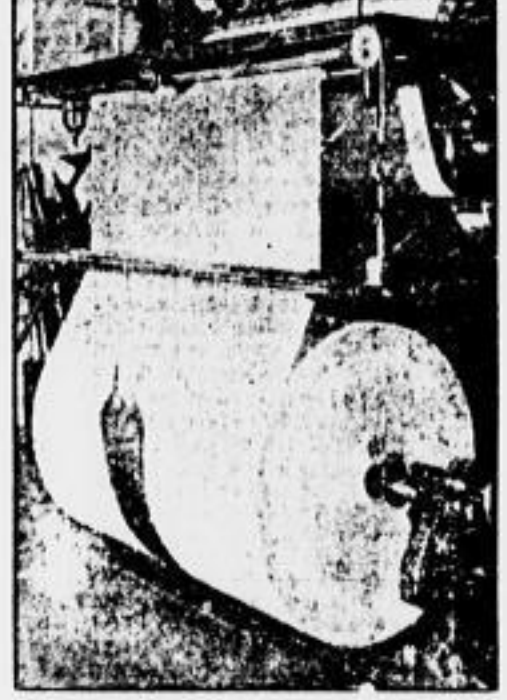
Verhängnisvoller Irrtum eines Apothekers
Die Wiener Behörden haben gegen einen Apotheker ein Strafverfahren eingeleitet, weil der Apotheker statt eines harmlosen Narkotikums ein schweres Gift gegeben und der Arzt es ohne Prüfung verordnet hatte. Die Verurteilung hat nach zehn Minuten.

Deine scharfe Waffe: Rote Presse

Rote Presseoffensive! — Die kommunistische Sachpresse greift an! — Pressewerbung für Tageszeitung und „Volkswacht“ bis zum 4. Dezember 1932 — Täglicher Kampf um die Tagesinteressen der Arbeiterklasse, um Lohn und Brot, um Rechte und Unterstützung, rücksichtsloses Eintreten für die Interessen aller wertvollen Schichten, an der Spitze der Kämpfe und Streits, im Kampf gegen die faschistische Diktatur, für die Arbeitermacht und den Sozialismus, das ist die kommunistische Presse!

Großmacht Presse

Die Presse hat für die Bourgeoisie und ihre Stützen, Nazis und Sozialdemokraten, eine gewaltige Bedeutung. Die kapitalistische Presse ist eine der wichtigsten Stützpunkte der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung. Sie ist eine Großmacht. So hat die Industrie, so hat sich der Kapitalismus im Zeitungsgewerbe weitverzweigte Konzerne geschaffen. Die großen Verlage sind der nationalsozialistische Jugendberg- und der Springer-Konzern, auf engste verbunden und verbunden mit anderen kapitalistischen Unternehmungen, mit Kinos, mit Radio-Konzernen und dem Interkontinental und die Kontrolle der öffentlichen Meinung. Von der Großmacht Presse, von der imperialistischen Bergwerksgewalt bis zu den nationalsozialistischen und „links“ betrügerischen sozialdemokratischen Propagandazentralen werden die Massen politisch beeinflusst. Dabei bedient sich die Großmacht Presse



Die Rotationsmaschinen der KPD-Presse werden beschlagnahmt und in Ketten gelegt

überall und leichter Koll, ganz wie die Vorkriegszeit es verbauen. Die Rolle der sozialdemokratischen und sozialistischen Presse für die Arbeiterklasse.

Unipre Presse — unsere Waffe!

Während die Mäule der Verbannung und Lüge, der Fehle, Verleumdung und des Lärms der bürgerlich-sozialdemokratischen Propaganda nicht ruhen, ruhen die kommunistische und revolutionäre Presse. Von der Arbeiterklasse, von Arbeitern geschrieben, die Sprache der Arbeiter und Werktätigen sprechend, ist die kommunistische Presse die Sprachrohr aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Die Sprachrohr der kommunistischen Partei in den Kämpfen gegen den Kapitalismus und Propaganda. Sie ist zugleich die zentrale Organisations des Kampfes der Arbeiterklasse.

Die kommunistische Presse ist die scharfe Waffe gegen die Faschisten des Proletariats und ihre Stützen, die Nazis und die SPD. Durch ihren rücksichtslosen Kampf gegen den Kapitalismus ist sie unauflöslich mit den Millionen der Arbeiterklasse und der Wertvollen verbunden.

KPD-Presse in Ketten

Während die Presse der bürgerlichen Parteien der Nazis und der SPD von den Unternehmern, den Banken des Finanzkapitals und der Regierung direkt oder indirekt finanziert und unterstützt wird, die Presse der KPD verfolgt, verboten und in Ketten gelegt. In der Reichweite garantiert Arbeit der Presse ist, wie in keinem anderen, als eine Freiheitskämpfer für die Arbeiter. Die Verbote der kommunistischen Presse erfolgen am liebsten. Die „Rote Fahne“, das „Rote Volkswort“ und „Rote Jugendzeitung“ wurden im März 1932, wurde seit ihrem Verbot im März 1932, wurde die von Arbeitern unter den größten Opfern verboten. In den Druckereien werden, wie jetzt in Eilen, Bremen, Hamburg, Stuttgart, Hannover und München, die Rotationsmaschinen und die Rotations- und Druckmaschinen beschlagnahmt. Die kommunistischen Zeitungen werden unter Verhaftung und mit Zwangsverhaftungen unter Zwangsverhaftung. Der Oberleutnant hat einen förmlichen Befehl, die KPD-Presse organisiert. Über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen der kommunistischen Zeitungen wurden in den letzten Jahren festgehalten. Die Verlage der kommunistischen Zeitungen sollen durch Repressalien und hohe Geldstrafen wirtschaftlich unmöglich gemacht werden. Fast alle periodischen kommunistischen Zeitschriften wurden auf Monate verboten. Die kommunistische Presse, das Sprachrohr der Massen, soll zum Schweigen gebracht werden.

Die Presse als revolutionäres Massenorgan

Das 12. Plenum der Kommunistischen Internationale stellt die Aufgabe der kommunistischen Parteien und insbesondere für die KPD die zentrale Aufgabe der Erhaltung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Die „Praxis“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei der Sowjetunion, ist es, dass die Kommunisten in Deutschland, daß die KPD dabei ist, die Mehrheit

der Arbeiterklasse bei den Wahlen zu erobern, daß dies aber noch nicht bedeutet, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die entscheidenden Klassenkämpfe.

In der Erhebung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die entscheidenden Klassenkämpfe spielt die Presse der KPD als revolutionäres Massenorgan eine gewaltige Rolle. Die KPD-Zeitung muß das Arbeiterleben lebendig widerspiegeln, muß in allen proletarischen sozialen Fragen eine unerbittliche Haltung einnehmen. In der Presse der KPD müssen und werden die Probleme des Arbeiterlebens und Kampfes, die des Mittelstandes, der armen Bauern, der Gewerkschaften, der Frauen und der Jugendlichen gestellt. In erster Linie muß die kommunistische Zeitung das Leben und den Kampf der Betriebsarbeiter widerspiegeln. Die Presse der KPD muß eine revolutionäre Massensprache sprechen und den Grundriss der revolutionären Journalistik. Die Verbindung der populären Sprache mit der tiefgründigsten Theorie. Die Presse als revolutionäres Massenorgan muß, wie Lenin sagt: „Alle Elemente der politischen Unzufriedenheit und des Protestes konzentrieren und mit ihnen die revolutionäre Bewegung des Proletariats befruchten.“

Als Propaganda der proletarischen Revolution!

Die kommunistische Presse ist der leitende Propagandist der proletarischen Revolution. In den Beschlüssen des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Parteipresse heißt es:

„Die kommunistische Zeitung muß sich vor allem um die Interessen der unterdrückten, kämpfenden Arbeiter kümmern. Sie soll unter bester Propaganda und Agitation, der leitende Propagandist der proletarischen Revolution sein.“

So steht vor den kommunistischen Zeitungen die Aufgabe der Heranführung der Massen durch die Propaganda und Organisation der Teilnahme zum Kampf um die politische Macht.

Die Presse der kommunistischen Partei kämpft zugleich um die Durchführung der Parteibeschlüsse und ihrer Popularisierung unter den breiten Massen. Sie kämpft um die Gewinnlinie der Partei, gegen den rechten Opportunismus und gegen das linke Scheitern.

Die Presse als kollektiver Organisator

Die kommunistische Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Für diese Aufgabe der kommunistischen Presse ist insbesondere Lenin einen sehr scharfen Kampf geführt. Im Jahr 1901 kämpfte er in der Russischen Sozialdemokratie um die Herausgabe einer zentralen politischen Zeitung und sagte:

„Als kollektiver Organisator kann die Zeitung mit einem Gehalt verglichen werden, das in einem im Ganzen beträchtlichen Gebäude errichtet wird, es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert die Verbindung zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die allgemeinen Resultate zu überprüfen, die durch organisierte Arbeit erreicht werden sind. Mit Hilfe der Zeitung und im Zusammenhang mit ihr wird sich ganz von selbst eine beträchtliche Organisation herausbilden, die sich nicht nur mit Arbeit, sondern auch mit regelmäßiger allgemeiner Arbeit befaßt, die ihre Mitglieder leitet, die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, deren Bedeutung und Einfluß auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten richtig zu bewerten, zweckmäßige Methoden herauszuarbeiten, durch die die revolutionäre Partei auf diese Ereignisse einwirken kann.“

Die scharfe Waffe der Streits und Kämpfe

In der Streifwelle, die über Deutschland in den letzten Wochen flutete, in dieser Streifwelle, die der Durchführung des Wirtschaftsprogramms der Völkervereinigung die größten Hindernisse in den Weg gelegt hat, war die kommunistische Presse eine unentbehrliche Waffe.

Entgegen den sozialdemokratischen Zeitungen, die fast alle Streiks als „wild“ bezeichneten und den Streikbruch und Streifverrat organisierten, erwieß sich die kommunistische Zeitung als die einzige Presse zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter. Die kommunistische Sachpresse hat gerade in der letzten Textilarbeiterbewegung in Sachsen eine



Jede Zeile bespricht die Werbearbeit für die Presse und legt konkrete Aufgaben fest

Proletarische Demokratie und Selbstkritik

Die kommunistische Presse ist ein Beispiel und Ausdruck des demokratischen Zentralismus, einer der wichtigsten Organisationsprinzipien des Sozialismus. Die kommunistische Zeitung ist eine Zeitung der Arbeiterklasse. Dies spiegelt sich in der Haltung der kommunistischen Zeitung wieder. In den Beschlüssen des 3. Kongresses der Komintern heißt es:

„Die kommunistische Zeitung muß demnach höchsten, kommunistischen Unternehmern zu werden, d. h. eine proletarische Kampforganisation, eine Arbeitsgemeinschaft der revolutionären Arbeiter, aller derjenigen, die für die Zeitung tagelöhntig schreiben, die sie lesen, drucken, verwalten, verteilen und unterstützen, die für ihren Inhalt kritischen Material sammeln und das Material in den Zeilen besprechen und beschreiben, die für ihre Verbreitung täglich tätig sind.“

Die KPD-Presse ist ein Beispiel der bolschewistischen Selbstkritik. Was Lenin für die Partei sagte: „Das Kretzerium einer wirklich bolschewistischen Partei ist, wie alle ihre Fehler offen eingestanden und vor den Massen ihrer Arbeiter korrigiert“, gilt auch für die kommunistische Presse.

Arbeitertorrespondenten und B3D

Die kommunistische Zeitung wird nicht wie die bürgerlich-sozialdemokratische Presse von einer Unmenge bezahlter Zeitungsmaschinen geleitet, ist nicht abhängig von kapitalistischen Nachrichtenagenturen und Pressekonzernen. Die Zeitungen der KPD werden von Arbeiterkorrespondenten und einer Masse von Arbeitertorrespondenten aus den Betrieben, Gewerkschaften, Massenorganisationen, von den Stempelstellen, aus der Arbeiterwohnungs



In den Arbeiterhäusern, im Betrieb, in Stadt und Land, überall Pressewerbung

nom Land geleitet. Die Arbeitertorrespondenten arbeiten nach dem Leninschen Grundsatz: „Es genügt nicht, der Zeitung ein einzelner Arbeiter und Agitator zu sein, man muß ihr eine ganze Arbeiterbewegung sein.“

Ein besonderer Apparat der bolschewistischen Zeitungswirtschaft (B3D), in Verbindung mit den Korrespondenten und der gesamten Parteiorganisation, sorgt für den Massenvertrieb und die Massenwerbung für die kommunistische Presse.

Die Presse in der Sowjetunion

Die Zeitungen in der Sowjetunion, die in massenhafter Zahl und Auflage erscheinen, sind eine wichtige Waffe im sozialistischen Aufbau. Sie sind kollektive Agitatoren, Propagandisten und Organisatoren auf allen Gebieten des Aufbaus des sozialistischen Sozialismus. Alle Gebiete des täglichen Lebens, des Aufbaus des Sozialismus, nach der Arbeit der einzelnen Brigaden im Betrieb bis zu den Beschlüssen der Regierung werden in der Zeitung behandelt. Die Zeitung in der Sowjetunion erfüllt im hohen Maße ihre zentrale Aufgabe und zieht die Masse der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung an. In den sozialistischen Aufbau ein. Jeder Arbeiter, jeder Arbeiter in den Sowjetunion hat eine eigene Zeitung. Die Zeitung der Sowjetunion ist ein gewaltiges Massenorgan. Die Korrespondentenbewegung ist zu einer wirklichen Massenbewegung geworden. In Moskau sind andere Zentren der Sowjetunion haben die größten Schlangen vor den Zeitungsstellen. Diese Tatsache zeigt das ungeheure Interesse der Massen an der Zeitung und damit zugleich eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Aufbau. Jeder Arbeiter, jeder Arbeiter in der Sowjetunion hat eine eigene Zeitung. Die Zeitung der Sowjetunion ist ein gewaltiges Massenorgan. Die Korrespondentenbewegung ist zu einer wirklichen Massenbewegung geworden. In Moskau sind andere Zentren der Sowjetunion haben die größten Schlangen vor den Zeitungsstellen. Diese Tatsache zeigt das ungeheure Interesse der Massen an der Zeitung und damit zugleich eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Aufbau.

Jeder Antifaschist ein Werber für die kommunistische Sachpresse

Der Weg zum Sozialismus!

Die SPD-Führer in Sachsen sind „linke“ Sozialisten mit der Funktion, einen besonderen Eifer an den Tag zu legen bei der Durchführung jener Manöver, die die zur roten Einheitsfront drängenden sozialdemokratischen Arbeiter im Lager des Sozialismus halten sollen. Je stärker der Massen einfluss der SPD zurückgeht — so stellt das 12. Zentralkomitee — um so stärker und vielseitiger gestalten sich die zur Anwendung gelangenden Manöver. Das der Massen einfluss des Sozialismus mächtig zurückgeht, wobei die einzige revolutionäre Arbeiterpartei, die SPD, über den Rückgang der SPD hinaus vorläufig in Erfüllung ihrer strategischen Hauptaufgabe, der Erhebung der Arbeiterklasse, mühte am 17. November, die „Chemnitzer Volksstimme“ in folgenden Sätzen einzuflechten:

„Von den Wählerkreisen, die in steigendem Maße (von der

SPD) abzuweichen beginnen, nimmt die Industriearbeiterklasse die weitestgehende Stelle ein. Diese Schicht, die die Elite des Proletariats darstellt, die die effektivsten Kampftruppen stellt und die das Rückgrat der sozialdemokratischen Partei und der mit ihr sympathisierenden Organisationen sind. Die SPD hat in dieser Schicht die besten Stützpunkte zu verzeichnen.“

Diese „linken“ Sozialisten machen deshalb immer vielseitiger Manöver, weil die Arbeitermassen infolge der eigenen traurigen Erfahrungen auf dem „demokratischen“ Wege und der unüberwindlichen sozialen Schwierigkeiten der Sowjetunion Vergleiche ziehen zwischen dem sozialdemokratischen und dem bolschewistischen Wege und immer besser erkennen, daß der erstere Weg zum Sozialismus und nur der letztere zum Sozialismus führt.

Welt der wertvollen Bevölkerung über die keine Widerrede bei Kapitalisten.

Da der Regel stellen die Sozialisten die Frage: Demokratie oder Diktatur. Es hätten beide nichts miteinander zu schaffen. Dennoch hat diese Demokratie, die sogenannte „reine“, keinen Klassencharakter, was völlig unmöglich ist.

Was aber, der Sekretär der Zweiten Internationale, und ein Freund Otto Bauers, des „linken“ Theoretikers der sozialdemokratischen Internationale, wirft den Kommunisten vor, daß diese die Alternative aufstellen: Demokratie oder Diktatur, und versucht uns zu belehren, daß die „politische“ Demokratie in einem Klassenstaat infolge des „Rechtsprinzips“ Demokratie immer eine Diktatur, nämlich entweder die Rechtsbourgeoisie oder die Diktatur der proletarischen Klasse oder die Diktatur des Proletariats sei (Was aber: Die soziale Revolution in „Arten bei Kapitalismus“).

Erstens ist das eine plumpe Fälschung. Marx, Engels und Lenin legten die bürgerliche Demokratie im Prinzip und Inhalt der bürgerlichen Diktatur gleich. So Engels in „Ursprung der Familie“: Die höchste Staatsform — die demokratische Republik ist die Staatsform, in der der letzte Entschiedenheitskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgefochten wird. In der demokratischen Republik herrscht die bürgerliche Klasse oder die Diktatur des Proletariats (Was aber: Die soziale Revolution in „Arten bei Kapitalismus“).

Und Marx sprach in seinen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ von der vulgären Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich bringt, und daß diese vulgäre Demokratie keine Abwendung davon bringt, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Kampf definitiv auszuspielen ist.

Errungenschaften — Gelegenheiten!

Aus der folgenden Gegenüberstellung zweier Pläne aus zwei Hefen der „Leipziger Volkszeitung“ zum 7. bzw. 9. Nov. geht hervor, wie sich die „Linken“ drehen und winden, wie sie die sozialistischen Errungenschaften der Sowjetunion gleichzeitig zugeben und leugnen und wie sie ihre Manöver mit einer tödlichen Hege gegen die Kommunisten verbinden:

„Die verflochtenen vier Jahre des fünfjährigen Planes haben gewaltige Errungenschaften auf dem Gebiete der Industrialisierung gebracht. Und wenn auch die Pläne nicht in vollem Umfang durchgeführt sind, ist doch eine außerordentlich große Hebung der Produktivkräfte, ein außerordentliches Tempo des industriellen Wachstums, erzielt. Die Kapitalanlage der Industrie ist viel größer als vor dem Kriege. Zahlreiche Kleinbetriebe, technisch unter Berücksichtigung der letzten Errungenschaften der Technik ausgerüstet, sind entstanden. In einer Reihe von Industriezweigen hat die Produktion den Friedensstand überschritten. Die Zahl der Industriearbeiter ist doppelt so groß wie vor dem Kriege.“

„Der ehemals herrschende Klasse in Deutschland ist für den Übergang vom kapitalistischen Wirtschaftssystem zu der unermesslich höheren Wirtschaftsordnung eine selten günstige Gelegenheit gegeben. In Deutschland existiert eine seit Jahrzehnten sozialistisch geschulte, demokratisch eingestellte Arbeiterklasse. Dieses sozialistisch geschulte Proletariat haben es die herrschenden Klassen zu danken, daß sich die Revolution in Deutschland 1918 vollziehen konnte.“

Die Errungenschaften unter den ungünstigsten Verhältnissen zeigten, welche gewaltigen Vorteile die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Macht in den Händen eines Staates darstellt, der nicht als Willkürherrscher proklamerter Interessen entgegensteht, sondern die industriell-ökonomische Entwicklung im Interesse der Gesamtheit lenkt und vermittelt. Nur dieser Willkürherrscher der Wirtschaft der freien Welt, der die gesamten Produktionsapparate, der Wohlstand der Konzentrierung der Gewinne auf diesen oder jenen bestimmten Wirtschaftszweig, die wirtschaftlichen Kräfte und die bedeutendsten Produktionskräfte zu verwalten.“

Die Errungenschaften unter den ungünstigsten Verhältnissen zeigten, welche gewaltigen Vorteile die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Macht in den Händen eines Staates darstellt, der nicht als Willkürherrscher proklamerter Interessen entgegensteht, sondern die industriell-ökonomische Entwicklung im Interesse der Gesamtheit lenkt und vermittelt. Nur dieser Willkürherrscher der Wirtschaft der freien Welt, der die gesamten Produktionsapparate, der Wohlstand der Konzentrierung der Gewinne auf diesen oder jenen bestimmten Wirtschaftszweig, die wirtschaftlichen Kräfte und die bedeutendsten Produktionskräfte zu verwalten.“

Das Zitat links ist aus einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 7. November unter der Überschrift: „Sowjetruhländ Jahrestag“.

Marx über die proletarische Diktatur

Die Ueberschätzung der bürgerlichen Demokratie besteht darin, nicht zu sehen, daß diese Staatsform die letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft ist. Nicht etwa die letzte Staatsform überhaupt, diese ist die proletarische Demokratie oder die Diktatur des Proletariats. Die Unterschätzung der Bedeutung der demokratischen Republik besteht nach Lenin darin, nicht zu sehen, daß die demokratische Republik der nächste Zugang zur Diktatur des Proletariats ist.

Engels, Marx und Lenin warnen also sowohl vor der Ueberschätzung als auch der Unterschätzung der bürgerlichen demokratischen Republik. Auf der anderen Seite der Barrikade stehen die vulgären Demokraten, wie z. B. Kautsky, der in der Broschüre „Die proletarische Revolution“ die demokratische Republik als die Staatsform für die Herrschaft des Proletariats, als die Staatsform für die Verwirklichung des Sozialismus bezeichnet.

Der verbliebene Antibolschewist Kautsky, der die demokratische Republik nicht als die letzte bürgerliche Staatsform, sondern wie die vulgären Demokraten als das tausendjährige

SPD-Kriegshetze gegen Sowjetunion

In der gleichen Woche (zum 7. November) erschien im „Ham-burger Echo“ (SPD) ein Artikel über „15 Jahre Sowjetstaat“ mit folgendem Inhalt:

„Der Sozialismus wird, vermag in Rußland weder Sozialismus noch Arbeiterstaat zu errichten, muß das Regime der terroristischen Diktatur bekämpfen und darf vor der Verleumdung und den Entbehungen der russischen Arbeiter die Augen nicht verschließen.“

Hier kommt die konterrevolutionäre, sozialfaschistische Natur der Sozialdemokratie unerbittlich zum Vorschein. Kriegshetze und feindschaftliche Entwertung sind hier der Ruf des Sozialismus, der zum Interventionskrieg gegen Sowjetrußland ruft.

Erfolge nur im Sowjetstaat

„Gewaltige Errungenschaften“ werden festgesetzt. Beschreiben eine „außerordentlich große Hebung der Produktivkräfte“. Und ein „außerordentliches Tempo des industriellen Wachstums“. Weiter: „Gewaltige Vorteile unter ungünstigen Verhältnissen“. Was zeigen diese Erfolge? Die gewaltigen Vorteile durch einen Staat, der die Entwicklung im Interesse der Gesamtheit lenkt und vermittelt. Ganz zum Schluß des Artikels wird dann dieser Staat als das Sowjetrußland bezeichnet und letzteres als eine Übergangsform auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus bezeichnet.

Neue Betrugsmanöver der „Linken“

Über da kommen ihm seine Gefinnungsfreunde, die Kramowitz und Kautsky, in die Quere. Sie rufen Bauer zu: „Man kann es nicht mehr für die bolschewistische Diktatur oder für die Demokratie sein. In beiden Fällen aber für die ganze Welt einschließlich Rußlands.“ Und: „Wenn man den fünfjährigen Plan anerkennt, dann hätte sich auch die Diktatur gerechtfertigt.“

Die Tatsachen können nicht mehr geleugnet werden, man muß sie anerkennen. Der Einfluss des Sozialismus auf die Welt wächst. Deshalb sollen neue Manöver den Kampf der 2. Internationale gegen die Sowjetunion vorbereiten.

In Wirklichkeit handelt es sich ja nur um ein Stappelerkenntnis Bauers, der sich anstrengt, gleich seinem Genossen Max Adler zu beweisen, daß es sich in der Sowjetunion um eine ursprüngliche sozialistische Akkumulation handele, also um eine ursprüngliche kapitalistische Akkumulation auf Kosten der Arbeiter und Bauern. Bauer und Adler müssen aber gestehen, daß die Akkumulation ohne Mitwirkung von Privatkapitalisten vor sich geht. Angenommen, es herrsche Staatskapitalismus, dann kann natürlich keine ursprüngliche Akkumulation sein. Wenn aber Staatskapitalismus herrscht, muß natürlich auch die Staatliche Struktur die des Kapitalismus sein. Es gibt aber keinen Kapitalismus, selbst nach Bauer und Adler nicht,

Antifaschisten! Verteidigt eure Führerin, die KPD!

Im Zitat rechts, das aus einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ 2 Tage später (November 9.) genommen ist, wird gewissermaßen insofern mit den Begriffen Demokratie, politischer, sozialer Demokratie ufm.

In streifendem Geheime gebührt die „ehemals herrschende Klasse in Deutschland“. Man fragt sich, was ist das für eine „ehemals herrschende Klasse“. Da die Rede ist von dem Übergang vom kapitalistischen Wirtschaftssystem zur höheren Wirtschaftsordnung, also zum Sozialismus, kann nur die Bourgeoisie gemeint sein. Die ist die herrschende Klasse im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Es bleibt aber das Geheimnis von der „ehemals herrschenden Klasse“. Das ist das Geheimnis der „Leipziger Volkszeitung“, die da vorwurfsvoll lehrte, daß dieser (der herrschenden Klasse) eine selten günstige Gelegenheit gegeben war, den Sozialismus zu errichten, für den Kampf (Übergang) zum Sozialismus (Wer laßt da?).

Das neue Deutschland, eine „soziale Demokratie“, ein „wirklicher Volksstaat“ (I) sollte aufgebaut werden. Das gelang nicht, die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrem „Jahrestag“, weil „kapitalistische, feudalistische und bolschewistische Diktaturherrscher die Entwicklung zum Sozialismus verhindern.“

Immer ist es für die Bourgeoisie vorteilhafter gewesen und auch unethisch, sagte Lenin, daß dem Volke der bürgerliche Charakter der modernen Demokratie verborgen

Antifaschisten! Verteidigt eure Führerin, die KPD!

Im Oktober 1917 schrieb Bauer, daß das schließliche Ergebnis der russischen Revolution nichts anderes sein können als eine bürgerlich-demokratische Republik.

Im Jahre 1920 behauptet Bauer die 2. Phase der russischen Revolution, nämlich die Diktatur des Proletariats als notwendige Durchgangsstufe zur bürgerlichen Demokratie.

Im Jahre 1921 sah Bauer eine kapitalistische Wirtschaft in der Sowjetunion wieder entstehen, die von der neuen Bourgeoisie beherrscht wird.

Im Frühjahr 1931 plötzlich anerkennt Bauer die Erfolge und Vermittlung des fünfjährigen Planes in der Sowjetunion.

Bauer sprach dann auf dem Wiener Kongress der 2. Internationale (1931), daß Rußland jetzt, daß auch auf diesem Wege (er meint auf dem Wege der Diktatur) die Produktionsmittel der Kapitalisten enteignet werden können.

In einem Artikel in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Kampf“ geht der alte Jude Bauer: „Die Entwicklung der letzten drei Jahre läßt es also mindestens als möglich erscheinen, daß das schließliche Resultat der russischen Revolution ein ganz anderes sein wird als das, was die Menschlichkeit, was auch andere Prognosen in der Zeit des Bürgerkrieges und in der Zeit des KCP vorausgesetzt haben.“

Bauer sagt „auch auf diesem Wege“, also er hat noch einen anderen Weg in petto. Dieser andere Weg ist kein Weg der „Demokratie“. Der „russische Weg“ ist der Weg der Diktatur. Nachdem er jahrelang von der „bürgerlichen Demokratie“ als erreichbares Ziel der russischen Revolution geredet hat, wendet er sich jetzt zurück auf den einen und den anderen Weg. Der eine Weg ist gut für Rußland, der andere Weg gut für Europa.

Antifaschisten! Verteidigt eure Führerin, die KPD!

in der Sowjetunion. Es fehlen ja die Kapitalisten. Die Produktionsmittel sind in die Hände des proletarischen Staates übergegangen. Das bedeutet nicht Staatskapitalismus, sondern das heißt Sozialismus. Planwirtschaft und Belegschaft der Anarchie in der Produktion ist auf der Basis des Kapitalismus unmöglich.

Worauf es Bauer ankommt, ist, lebendig den revolutionären Aufschwung in Deutschland und Österreich zu hemmen. Bauer will nichts als die Konstitutionspolitik mit den Feinden der Arbeiterklasse. Die bürgerliche Presse leidet sehr an Bauer und dem Parteitag der SPD.

Man wird nach der Rede Dr. Bauers das Schicksal von Antifaschismus ernstlich zu Grabe tragen müssen... Es der proletarischen Belegschaft der Demokratie vor allem Arbeit in der demokratischen Staatsführung ist ein allzu großer Schritt.

Die Betrugsmanöver der „linken“ Sozialisten sollen den Kampfsitz der Arbeiter gegen den Kapitalismus verschleiern. Die sozialdemokratischen Arbeiter jedoch werden sich nicht lassen, von weitem durch diese Manöver, und seien sie noch so groß, zu wirken lassen für die Unterdrückung des Sozialismus. Sie werden sich einziehen in die Kampffront des revolutionären Proletariats, das nur auf dem Wege, den Marx, Engels und Lenin gingen, und auf dem die grandiosen Erfolge des sozialistischen Kampfes in der Sowjetunion erreicht wurden, zum Sieg über die Bourgeoisie in den Sozialismus gelangen kann.

Antifaschisten! Verteidigt eure Führerin, die KPD!



Um Sie bei Ihren Weihnachtseinkäufen besser unterstützen und beraten zu können veranstalten wir wieder

Vorführungen von Kleidern, Mänteln u. v. a. Dingen

Eine Schau der Moden und der kleinen Preise

Im bedeutend erweiterten Erfrischungsraum: Musik sowie preiswertes Gedeck

Von Montag, d. 28. November, bis mit Freitag, d. 2. Dezember nachmittags 3 und 5 Uhr

KONSUMVEREIN

VORWÄRTS

Warenhaus Große Zwingstraße

- Fell-Färberei
- Kohlen-Franke
- Gtrohljüde

Ligarren von Willi Beutner

Kauft bei mir! sind viel besser und bedeutend billiger!

6% 6%

Gesundheit, Lebensmut und Kraft durch unsere Pfläzer Weine!

Verlangen Sie unsere Typenweine

Weißweine:	Rotweine:
Edenkobener ... Liter 1.50	Dürkheimer ... Liter 1.80
St. Martin ... Liter 1.50	St. Ingobers ... Liter 1.80
Hambacher ... Liter 1.50	Katzenberg ... Liter 1.80
Malschauer ... Liter 1.50	
Dieselder ... Liter 1.50	

Weihnachten 1932

Um jeder Familie die Gelegenheit zu geben sich zum obigen Feste Nürnberger Lebkuchen zu kaufen zu können, hat sich untenstehende Firma entschlossen, solche zu einem enorm verbilligten Preis zu versenden. Und zwar kostet ein großes Weihnachts-Postpaket mit Inhalt 10 Stück weißen, braunen und Eisenlebkuchen mit Obstsorten gar 6.- RM. Versand erfolgt nach gewöhnlicher Zeitangabe und gegen Nachnahme. Bestellungen oder Vorbestellungen sind zu richten an:

Nürnberger Lebkuchen-Versand
J. Zedel, Nürnberg-S., Schwabstr. 64

Geschäftseröffnung

Der geschätzten Einwohnerschaft von Pirna und Umgebung bringe ich hiermit zur gefl. Kenntnis, daß ich am Sonnabend, dem 16. November, ein

Spezialgeschäft für Glas und Porzellan

eröffne. Ich bin besonders leistungsfähig in Wein- und Biergläsern, Vasen, Dosen, Schalen, Bowlen, Krügen, Bierkrügen, etc. Porzellan, Schmelzkeramik usw.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, meine Kunden sehr außerordentlich zu bedienen, und rein billig, höchlichst, mein Unternehmen freundlichst zu unterstützen.

Otto Brandenburg
Pirna, Barbiergasse Nr. 20

FERNE LICHT SPIELE 11667 FREIBERGER PLATZ

Täglich 1/2 8, 1/2 7 und 1/2 9 Uhr

Ab heute ein Sensationell, wie ihn die Welt noch niemals sah:

Kameradschaft

Die **SCHUH-ETAGE** bietet mehr als Geld!

PETER HOFER · GALERIESTR. 3

Ab Montag

Reite-

Gross-Verkauf bei Alsbere

auf vielen Wühlischen im großen Lichthof. — Alles unglaublich billig, schon für Pfennige finden Sie Verwendbares! Aber allen Sie, damit Sie die erste Auswahl treffen!

- Mantelstoff Reste
- Kleiderstoff Reste
- Seidenstoff Reste
- Weißwaren Reste
- Gardinen Reste

Qualitätschöne, hochmoderne Ware z. B.:
140 cm br. Marango-Mantel-Stoffe, englisch gemusterte Mantelstoffe, Shetland-Mantelstoffe für Kinder- u. Damen-Mäntel, in Längen bis zu 3 Mr. Alles zu unglaublich billigen Restpreisen!

Wartvolle, neue Gewebe in praktischen Längen z. B.:
Rauwollene Alpha-Linse, moderne Strick- und Karostoffe, wertvolle Bouclé-Gewebe, Oberhemden-Stoffe, Pyjama-Flanell usw., gute Ware Alles zu unglaublich billigen Restpreisen!

Modernste Designs für Besatz, Bluse und Kleid z. B.:
Flamenge und Hemmerstich, Maroon-Strick und -Kara, rötliche und karaktistische Maroon, einfarbiger und bedruckter Wollstoff Alles zu unglaublich billigen Restpreisen!

Nur gute und bewährte ALSBERE-Qualitäten z. B.:
Roh-Wolle, Wolle, Schafwolle, Stangenwolle, Bett-Garn, Koper-Garn, Scherwolle, Handwuchstoffe, Bademantel-Stoffe Alles zu unglaublich billigen Restpreisen!

Gute Qualitäten in den beliebtesten Größen u. Längen z. B.:
Schiffenordnungen, Faltenstoffe bis 200 cm breit, Mull u. Vell in weiß u. rot, Gardinen u. Besatzstoffe, Dekorationsstoffe, Klebe- u. Papp-Stoffe Alles zu unglaublich billigen Restpreisen!

Außerdem: Wollwolle, Baumwolle, Seide, Zucker-Paste und noch vieles andere. Alles zu unglaublich billigen Restpreisen!

Alsbere

Am Sonntag, dem 27. November 1932, 10 Uhr, im Bürgergarten Löbtau

Großer Konzertabend, verbunden mit Tanz

Ausgeführt von der Musik-Orchestra des Löbtau-Orchester. Eintrittspreise 20 Pfennig. Ernt 17 Uhr

Zum 3. sächsischen Bezirksparteitag

Erobert die Betriebe! Schafft die Voraussetzungen für die Auslösung von Massenkämpfen!

K. F. Die Parteioffensive kann mit den Wahlergebnissen, die an den ersten beiden November-Sonntagen erzielt wurden, zufrieden sein. Zufrieden allerdings nur mit zwei Einschränkungen. Erstens zur Sache: daß das Ergebnis vom 13. November über das ungenügende Ergebnis vom 6. November hinausging, und zweitens, zufrieden in dem Sinne, daß wir nochmals unterrichten, daß es sich um eine Wahl handelte.

Audem die „Fraktion“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, stellt, daß in Deutschland die Partei der Eroberung der Mehrheit des Proletariats müßig und gleichgültig macht. Sie ist eine für unsere Arbeit bedeutungsvolle Einschränkung, indem sie sagt:

Durch selbst die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse bei den Wahlen, an die die KPD herangeht, bedeutet es noch nicht die Eroberung der Arbeiterklasse für entscheidende Kämpfe.

Diese Artstellung gilt es bei Überwindung unserer geleiteten Arbeit, viel mehr aber noch bei der Aufgabenteilung im Auge zu haben. Nur aus Kommunisten kommt es keinesfalls lediglich heraus, die Mehrheit des Proletariats zu erobern, sondern es gilt, die Massen zu erobern in der Kampfbereitschaft für unsere Klassenkämpfe. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß überall dort, wo die Partei kämpfte oder, besser gesagt, es versuchte, Kämpfe auszulösen, geradezu planmäßige Ergebnisse zu verzeichnen sind. Das trifft auf Berlin, Hamburg und vor allem fast auf das ganze Rhein-Ruhr-Gebiet, aber auch mit den notwendigen Einschränkungen auf anderen Bezirk zu. Wir können keinesfalls sagen, daß wir eine gleichmäÙig gute Bewegung führten, so daß dadurch das Wahlergebnis für ganz Sachsen hätte beeinflusst werden können. Die Tatsache, daß wir unter dem Reichsbüchsenkrieg, daß innerhalb der drei sächsischen Wahlkreise und vor allem in den einzelnen Wahlkreisen selbst, solche erhebliche Differenzierungen vorhanden sind, beweist die Richtigkeit unserer Behauptung, daß dort, wo gelangt wurde, die Partei gewinnen konnte. Wie richtig die Behauptung ist, soll durch einige Beispiele bewiesen werden.

In Aalfeld sind die Stimmen der KPD vom Juli bis zur Gemeindevahl gestiegen. Dies ist im allgemeinen zurückzuführen auf die gute Mobilisierung im Textilarbeiterkampf. Wir erhielten am 31. Juli 480, am 6. November 488 und am 13. November 620 Stimmen. Die Betriebsstelle von Viehmann, die sofort Stellung nahm, ist mit diesem Ergebnis noch nicht zufrieden und hat weitere Vorarbeiten zur Verbesserung der Arbeit gemacht.

An Oberlungwitz liegen wir von 1930 auf 1937 und dann bei den Kommunalwahlen auf 1938. Hier sind wir zur Parteiliche Partei geworden. Interessant sind auch einige Beispiele aus Groß-Lützen. Am 2. Dresden 4. B. wurden wir in Dresden wegen der guten Arbeit in der „Garbine“ zur stärksten Partei. Am 2. Stadtteil 1. B. in Dresden wurde die Bewegung im „Tahem-Betrieb“ so stark, daß wir unsere Stimmen um 22,7 Prozent steigern konnten. Am Stadtteil 10 in Dresden wurde durch den Streik der Autos und durch die gute Solidaritätsbewegung die Stimmenzahl um 28 Prozent gesteigert. In Kötzschenbroda wurde eine gute Solidaritätsbewegung für die Strohbinden in Zornheim durchgeführt. Ergebnis: Steigerung der Stimmen um 33 Prozent. Am 2. Dresden 4. B. wurde die Bewegung im „Tahem-Betrieb“ so stark, daß wir unsere Stimmen um 22,7 Prozent steigern konnten. Am Stadtteil 10 in Dresden wurde durch den Streik der Autos und durch die gute Solidaritätsbewegung die Stimmenzahl um 28 Prozent gesteigert. In Kötzschenbroda wurde eine gute Solidaritätsbewegung für die Strohbinden in Zornheim durchgeführt. Ergebnis: Steigerung der Stimmen um 33 Prozent. Am 2. Dresden 4. B. wurde die Bewegung im „Tahem-Betrieb“ so stark, daß wir unsere Stimmen um 22,7 Prozent steigern konnten. Am Stadtteil 10 in Dresden wurde durch den Streik der Autos und durch die gute Solidaritätsbewegung die Stimmenzahl um 28 Prozent gesteigert. In Kötzschenbroda wurde eine gute Solidaritätsbewegung für die Strohbinden in Zornheim durchgeführt. Ergebnis: Steigerung der Stimmen um 33 Prozent.

Solche Behauptungen aufstellen, verlangt aber auch, daß wir die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen und die können nur sein: die Partei gewinnt in dem Maße das Vertrauen der Arbeiterklasse und darüber hinaus der werktätigen Bevölkerung, wie es ihr gelingt, den Massen nachzuweisen, daß wir die alleinigen Führer aller Ausgebeuteten und Unterdrückten sind und das können wir heute nur, indem wir die Massen mobilisieren und führen zu Widerhandlungen gegen das kapitalistische System.

Aufgabe der Partei im Übergang zu einem neuen Aktus

Bei der Berichterstattung vom 12. Effi-Plenum haben sich alle Genossen, sagen wir die meisten, gefreut über den Sieg in den Teilen:

Im gegenwärtigen Augenblick vollzieht sich gerade der Übergang zu einem neuen Turnus großer Zusammenstöße zwischen den Klassen und den Staaten zu einem neuen 7. aus von Revolutionen und Kriegen.

Hier brauchen wir nicht lange zu beweisen, hier finden wir wieder die Zustimmung der Genossen. Und dennoch glauben wir, es ist wichtig, gerade diesen Vorlass zu unterstreichen, damit keine Illusionen und vor allem keine Zukunftsträumereien entstehen. Wenn das 12. Effi-Plenum feststellt, wir befinden uns in einem Übergang, so heißt das, daß wir alles tun müssen, um in unserer revolutionären Massenarbeit Schritt zu halten und das heißt auf gut Deutsch, daß wir die Arbeiterklasse und darüber hinaus bereits Teile des werktätigen Volkes auf diese Kämpfe vorbereiten müssen. Die Stimmenabgabe an den beiden November-Sonntagen war noch keineswegs eine kämpferische Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie.

Wenn in den Teilen des 12. Effi-Plenums gesprochen wird von der Festlegung und Verhärtung der bolschewistischen Massenarbeit zur Hebung des revolutionären Bewusstseins und der revolutionären Bereitschaft der Arbeiterklasse, dann wird darunter keineswegs nur eine agitatorische oder propagandistische Arbeit verstanden.

Wehr als je, und das haben vor allem die letzten Wahlkämpfe bewiesen, gilt das, was Lenin in folgenden Sätzen sagt:

„Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Geknechteten zu dieser Stellung gelangen (gemeint ist, in die kämpfende Front einziehen) dazu ist Propaganda und Agitation ein wenig wenig. Dazu gehört die eigene politische Erfahrung dieser Massen.“ (Ibid. 17, S. 179.)

Darum auch heißt uns das Effi-Plenum die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit des Proletariats nicht abdrückt, sondern es wird gesprochen von einer „fortschrittlichen Durchführungs- und Einheitsfront von unten“, von „Reagieren auf jedes die Arbeiter empfindende Ereignis, auf jede Attacke des Klassenfeindes“, von „lebendiger Aufklärung“, „fortschrittlicher Aufklärung, die imhande

habe, sie wirklich zum Kampf zu mobilisieren.“ Es wird auch gesprochen von der Notwendigkeit der „Herstellung, Ausdehnung und Befestigung der ständigen lebendigen Verbindung jeder kommunistischen Partei mit der Mehrheit der Arbeiter“. Unterstreichen muß noch werden, daß bei dieser Aufgabenstellung es sich heute keinesfalls mehr nur um die Vorbereitung des besten Teils des Proletariats handelt. Es handelt sich um die Vorbereitung der breitesten Massen des Proletariats. Auch hier trifft noch immer das zu, was Lenin 1904 in seiner Broschüre „Einen Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts“ sagte:

„Es heißt sich selbst betrogen und die Augen vor der Größe unserer Aufgaben verschließen — diese Aufgaben verkleinern, wenn man nicht schon wollte, daß zwischen dem Vortrupp und den zu ihm hingehörenden Massen ein Unterschied besteht und daß es ständige Pflicht des Vortrupps ist, immer breitere Schichten auf sein fortgeschrittenes Niveau emporzuführen.“ (Ibid. S. 350.)

Hier muß — wollen wir uns die Realität der richtigen Beurteilung der Dinge nicht nehmen — rücksichtslos und brutal festgestellt werden, nicht ob wir als sächsische Kommunisten zu einem solchen Handeln bereit sind, nein, ob wir es können und tun.

3A unsere Arbeit so, daß wir diesen Aufgaben gerecht werden?

Wir glauben nicht. Vom 2. bis 3. Parteitag ist der allgemeine politische Einfluß der Partei gewachsen. Auf dem zweiten Bezirksparteitag konnte Genosse Ingham unter dem Befehl des Parteitagbeschlusses, wenn wir im zweiten Parteitag die Aufgabe unserer Stimmen behalten, dann bedeutet das einen großen Erfolg für unsere deutsche Partei.“ Inzwischen haben wir aber eine vollkommen andere Situation.

Wir sind über die Erwerbslosenbewegungen im Mai, über den 31. Juli, über die Textilarbeiterbewegung und 150 Streikfälle gegen die Papenale Notverordnung am 6. und 13. November gekommen.

Eine glänzende Entwicklung. Haben wir aber die Massen in dem Sinne erobert, wie es notwendig ist? Nein, denn sonst hätte unsere Parteioffensive sich in diesem Zeitabschnitt verdoppeln müssen, müßte der Stand unserer Parteipresse mindestens um das Dreifache gemacht sein. Als im Sommer die Frage der qualitativen Werbung gestellt wurde, haben die Parteieinheiten die Liste der Partei geschlossen und einfach keine Protesten in die Parteioffensive zugelassen. Wir können eine andere Frage stellen. Der KPD und nicht zuletzt die Gewerkschaften in Sachsen haben gerade im letzten Jahr ungenügend viel Mitglieder verloren. In den Gewerkschaften herrscht eine starke Reaktion. Spiegelbildlich aber die Mitgliederzahlen der KPD diese Stimmungen auch nur einigermaßen wieder? Keinesfalls! Solange noch solche Stimmungen in unserer Partei sind, wie wir sie gerade jetzt bei der Buchkontrolle feststellen konnten, nämlich daß man den Konzentrat in den Fabriken sammeln will, um, solange werden wir die im Proletariat vorhandenen Stimmungen nicht ausnützen können. Solange wir die Parteioffensive nicht dazu bewegen, in den Gewerkschaften intensive Arbeit zu leisten, solange wird es der Gewerkschaftsbürokratie immer wieder gelingen, einseitig Streiks gar nicht zur Auslösung kommen zu lassen oder aber dieselben schnell wieder abzumürgen. Selbst in den besten Streikfällen im Bezirk war es noch immer so, daß die Arbeit unter der freigeschäftlich organisierten Kontrolle vollkommen vernachlässigt wurde. Was ist es für ein Zustand, wenn die U.B.-Leitung Limbach uns mitteilt, zu den Ortsverwaltungswahlen konnte keine Stellung genommen werden, weil es bereits zu spät ist. Was ist es für ein Zustand, wenn es Gewerkschaftspositionen gibt, die sich angeblich in unseren Händen befinden, wo aber die Leitung eine Neuwahl zur Ortsverwaltung ablehnt und sich friedlich mit den Reformisten einigt. Wollen wir die von der KPD befristete Taktik der eigenen Kampfführung noch weiter ausbauen, dann geht der Weg unbedingt über die Arbeit in den freien Gewerkschaften. Anders wir irgendwelche Unterschiede zwischen der Politik der Gewerkschaftsbürokratie und den Gewerkschaftsmitgliedern müssen wir auch endlich darangehen, mit Entschiedenheit und Entschlossenheit die Differenzen auszuräumen, die zwischen diesen beiden Gruppen bestehen.

Bekennung der Bedeutung der KPD

Bereits vor einem Jahr sagte die Parteileitung der KPD, daß jedes Parteimitglied Mitglied einer Gewerkschaft oder der KPD sein muß. Jetzt bei der Buchkontrolle stellen wir fest, daß sich an diesem Verhältnis noch nichts geändert hat. Von Einseitigkeit schreibt ein Genosse einen Brief, indem er sich darüber beschwert, daß er nicht zur U.B.-Konferenz delegiert wurde, weil er nicht Mitglied der KPD war. Er sagt, daß in seiner Zelle von 19 Mitgliedern nur zwei Mitglieder der KPD und einige Beispiele von der Buchkontrolle beweisen, wie stark nicht in unseren Reihen diese Arbeit noch vernachlässigt wird.

In Dippoldiswalde hatten wir nur einen ungenutzten den Ausgang bei den Wahlen. Bei der Buchkontrolle stellen wir fest, daß von 18 Mitgliedern 16 nicht in der KPD organisiert sind. In Aalfeld sind wir, wo wir ein gutes Ergebnis hatten und von 28 Mitgliedern 22 in der KPD oder Gewerkschaft. Die Ortsgruppe Polzig bei Leipzig macht auf dieser Stelle auf dem Fragebogen einfach ein Angelegenheit, so erst nehmen diese Genossen der Gewerkschaftsarbeit. (Die Ortsgruppe zählt über 30 Mitglieder.) In Lauban bei Wurgeln ist kein einziges Mitglied in der KPD und nur fünf in der Gewerkschaft. In Borsdorf bei Wurgeln ist meist über die Hälfte nicht in der KPD. In Seitenhain bei Jittau waren von 18 kontrollierten Mitgliedern 16 nicht in der KPD. In Lauter im H.B. sind von 113 Mitgliedern 107 nicht in der KPD. In Hartau sind von 183 Mitgliedern 122 nicht in der KPD. So können wir die Reihe fortsetzen. Diese Tatsachen bringen zum Ausdruck, daß noch nicht erkannt wird, welche Bedeutung die Gewerkschaftsarbeit hat.

Hier muß der 3. Parteitag mit aller Entschiedenheit unterstreichen, daß eine Wendung nur dann eintreten wird, wenn die Gesamtpartei diese Wendung herbeiführt.

Bedeutung der Wirtschaftskämpfe

Wenn wir von der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse reden, dann müssen wir immer wieder daran denken, daß jeder Streik und jede andere Massenaktion die Massen immer wieder aufstacheln werden. Der Streik bei Litzke & Krüger in B. hat nochmals bewiesen, daß selbst eine Forderung, die von der Gewerkschaftsbürokratie herrührt, eine Niederlage erleidet, zur KPD führt und maßgebend in die KPD eintritt. Im Kampf wächst das Vertrauen der Arbeiterklasse zu uns und zur KPD. Heute bereits können die Reformisten nicht mehr eine solche Wunde heilen, die die KPD betriebl. Bei der Firma Köhler in Dresden 4. B. in einem Betrieb, wo die Arbeiterklasse zu 85 Prozent organisiert ist, hat erstmalig die reformistische Kolonne gegen den Konzern aufgetreten, der eine müßige Forderung gegen die KPD betrieb. Wir müssen noch stärker als bisher bei der Organisation ununterbrochener Kampfschaltungen an die Massen appellieren. Das heißt voraus, daß wir die Massenstimmung kennen, daß wir unser Ohr bei den Massen haben. Denn „nur gelangt auf den Kampf für die Tagesinteressen der Massen, werden die Kommunisten imstande sein, die Positionen in der Arbeiterklasse zu behaupten und zu festigen und sie selbst an immer höhere Formen des Kampfes heranzuführen.“ heißt es in den Teilen zum 12. Plenum.

Obwohl wir auf dem 2. Bezirksparteitag uns in erster Linie mit der Betriebsarbeit beschäftigt haben, müssen wir feststellen, daß die Organisation nur schwerfällig an die Durchführung der Schlüsse herangegangen. Erst mit der Textilarbeiterbewegung wurde die Arbeit angefaßt und können wir sagen, daß auf breiterer Basis die Partei verläßt, Betriebsarbeit zu leisten. Die Forderung der Bourgeoisie in den letzten Wochen (siehe „Chemnitzer Tageblatt“) und vor allem Dingen der Versuch der Schwerindustrie, die KPD, die in letzter Zeit des Streites aus demorganischen Gründen für Streiks kämpfen mußten, in die Regierung zu bringen, hat uns gezeigt, wo wir die Bourgeoisie die entscheidenden Schläge verlesen. Das „Chemnitzer Tageblatt“ hat nicht umsonst gefordert das Verbot der KPD und der roten Verbände. Es verlangt nicht umsonst ein generelles Verbot für Betriebsleitungen und so weiter.

Nur 250 Streiks, in denen hunderttausende Arbeiter ergriffen wurden, hat die KPD hegemonisch geführt und schon haben wir dieses Turndauer bei der Bourgeoisie, schon hat Papen den Versuch, die Wirtschaft anzufachen, aufgegeben. Was wird erst sein, wenn wir, gefüllt mit den Erfahrungen der Vergangenheit, Millionenmassen des werktätigen Volkes in Bewegung bringen?

Der Parteitag muß vor allen Dingen für die sächsische Parteioffensive festhalten, daß die Arbeit in den ausschlaggebenden Betrieben, d. h. in den Großbetrieben, völlig ungenügend ist. Die 150 Streiks, die in Sachsen geführt wurden, waren vorwiegend in kleineren Betrieben. Die gesamte Parteioffensive muß sich in ihrer Arbeit mehr noch als bisher konzentrieren auf die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse und damit auf die entscheidenden Betriebe. Ein weiterer Mangel in unserer Betriebsarbeit ist der ungenügende Kampf gegen die Nationallog-

iken an der Betriebsfront. Obwohl die Nazis bei den letzten Wahlkämpfen außerordentlich stark vorrückten, gelang es ihnen in einigen Betrieben, sich festzusetzen und Positionen zu schaffen. Subjektive (Sib - Dingen in die Betriebe) der Nazis wurde von der Partei, obwohl der 2. Parteitag die Parteioffensive ernstlich darauf aufmerksam machte, ungenügend beachtet. Die sächsische Parteioffensive muß bei der Verdrängung des Feindes auf die Nationallogik in erster Linie des Eindringens der NSDAP in die Betriebe ungenügend machen.

Der Mangel an Betriebsarbeit ist in erster Linie auf die ungenügende Kenntnis der Dinge zurückzuführen. Wir haben kein Anknüpfen an die Forderungen der arbeitenden Arbeiterklasse. Als wir im Textilarbeiterkampf nur drei Forderungen aufstellten:

- 1. Keinen Pönig Lohnraub.
2. Gegen jede Verdrängung im Betrieb.
3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

haben unsere Parteieinheiten nicht gemerkt, wie diese Forderungen die Massen herausfordern sind. In den Materialien, Betriebsleitungen, Flugblätter usw. wurden diese Forderungen nur ungenügend konkretisiert und den Massen begrifflich gemacht. Ein weiterer entscheidender Mangel ist der ungenügende Kampf um die wählbaren Funktionen zu stellen in den Betrieben. Stärker noch als bisher muß die Partei ringen und kämpfen um jede Position, die uns die Möglichkeit gibt, mit den Massen besser in Verbindung zu kommen.

Bei den geleiteten Wirtschaftskämpfen hat es sich gezeigt, daß wir noch keineswegs bolschewistisch an die Erfolge der KPD herangehen. Immer dann, wenn eine Streikbewegung ungenügend ausfällt, haben wir am Schluß der Kampagne ohne Verbindung mit dem Betrieb da. Die Partei hat es noch nicht gelernt, bolschewistische Arbeitsmethoden anzuwenden und auf längere Zeit zu arbeiten. Wenn wir schon illegale Sitzungen ansetzen, nach Möglichkeit die Arbeit der Betriebsstelle konspirativ durchzuführen, warum weichen wir dann, wenn es zu einer Streikbewegung kommt, alle unsere Kräfte auf einmal in die Offensive. Die Verbindung zwischen legaler und illegaler Arbeit, die die Parteioffensive in gegenwärtigen Zeitabschnitt erlernen muß, muß in erster Linie an der Betriebsfront in Anwendung gebracht werden.

Während vom 3. sächsischen Parteitag müssen wir in der Massenarbeit eine höhere Form der Arbeit erreichen. Der Feuer muß noch stärker als bisher auf die Betriebe konzentriert werden. Die Parteileitung im Bezirk wird sich leicht die wichtigsten Betriebe vornehmen müssen. Über jede Betriebsarbeit muß ein Betrieb förmlich bearbeitet. Im Monat Dezember muß es uns gelingen, 1000 neue Betriebsarbeiter für die Parteioffensive zu gewinnen.

Jede Parteieinheit muß sich selbst eine bestimmte Aufgabe stellen und auf dem Weg der Betriebsarbeit herkommen, was sie zu tun gehabt, um in allerletztes Jahr und dem Parteitag diese Arbeiten zu vollziehen.

Berstätkt überall die Massenwerbung für Partei und Presse!